

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband ist Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Arbeiterfragen vor dem Dreiklassenparlament.

Es kommt selten vor, daß sich die Erfahrenen des preussischen Wahlrechts mit Fragen befassen, die sich auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter beziehen. Geschieht das aber, dann legen die Herren eine geradezu fabelhafte Unwissenheit an den Tag.

Auch der großmüchtige Freisinn hütet sorgsam die Interessen des Ausbeuteriums, und nur das Zentrum gewinnt es über sich, gelegentlich einmal ein Wort für die Arbeitermassen einzulegen. Sein Verhalten ist diktiert von der Rücksicht, die es auf die noch in seiner Gefolgschaft befindlichen Arbeiter nehmen muß. Mit der Fürsorge für die Arbeitermassen ist es aber auch dieser Partei nicht ernst, denn auch sie steht auf dem Boden der kapitalistischen Völlendung und auch sie geht nicht weiter, als die Interessen des Großkapitals es gestatten.

Arbeiterschutz und Fabrikinspektion gehören in Preußen zum Ressort des Handelsministers, dem selbst sein größter Bewunderer nicht nachfragen kann, daß er eine, wenn auch nur ganz winzige Autorität auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist. Die Fabrikinspektion beruht auf einem Reichsgesetz, die Ausführung aber ist Sache der Einzelstaaten, die das Personal anzustellen und auch zu bezahlen haben. Unter diesen Umständen gehört auch die Besprechung der Tätigkeit der Fabrikinspektoren unstreitig zu den Befugnissen des Landtages. Von dieser Befugnis hat der Landtag Gebrauch gemacht in seiner Sitzung vom 1. Februar 1908. Es ist gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen nicht ohne Interesse, an der Hand der stenographischen Berichte, einen Blick auf die Art dieser Verhandlungen zu werfen.

Zu den Hauptrednern der fünfzehntägigen Sitzung der konservativen Abgeordneten Hammer. Er verlangte Lehrlingsheime, in denen die Lehrlinge ihre freie Zeit verbringen sollen, damit sie vor schädlichen Einwirkungen bewahrt bleiben. Herr Hammer will verhindern, daß die Lehrlinge mit modernen Ideen vertraut gemacht werden. Er beklagte das mit den Worten:

„Bezüglich der sozialdemokratischen Lehrlingsvereine habe ich voriges Jahr beim Etat des Ministeriums des Inneren vorgebracht, wie die Herren Polizeipräsidenten von Königsberg und Breslau vorgegangen sind, wo diese jungen fortbildungspflichtigen Elemente in die Versammlungen gingen, selber Versammlungen veranstalteten, und unter Führung des Herrn Liebknecht, der leider auf Festung sich befindet.“

(Rufe rechts: Leider? — Weiterleit!)
— Ja, er könnte sich doch wo anders noch befinden — (Große Heiterkeit)

haben die sozialdemokratischen Jugendvereine tatsächlich einen Ton angeblasen, daß es recht verheißungsvoll für die Zukunft klingt.“

Dieser konservative Volksvertreter erklärte, nicht gerade ein Feind der Tarifverträge zu sein, aber er möchte diese Verträge durch das System der Gewinnbeteiligung ersetzt sehen. Welche Wirkung er sich davon verspricht, das sagte er mit diesen Worten:

„Während die Arbeitnehmer heute gar kein Interesse daran haben, ob der Kollege, sagen wir Lehmann, Schulte oder Meyer, viel oder wenig tut — denn der untätige Arbeiter bekommt daselbe wie ein tätiger Arbeiter —, haben sie von dem Momente an ein Interesse daran, daß die Ueberschüsse nicht allzu sehr geschmälert werden durch untätige, nicht leistungsfähige Leute, und sie werden sich an die Arbeitgeber wenden und sagen: mit dem oder jenem kann ich nicht zusammen arbeiten, da muß ich ja das meiste allein leisten. Ich glaube, der Arbeitgeber hätte keinen Schaden davon, und der Arbeitnehmer auch nicht, und wir ziehen dadurch die Arbeiter an uns, so daß sie nicht in die Großindustrie gehen.“

Diese Auslassungen sind ein klassischer Beitrag für das soziale Verständnis der Innungsbrüder. Nicht darum handelt es sich für sie, die im Handwerk tätigen Arbeiter an sich besser zu stellen, sondern durch die Aussicht auf einen Gewinnanteil soll der Arbeiter sich noch mehr schinden. Berechnet sich dann etwa der biedere Innungsmeister bei einer Submission, dann ist der Gewinn flöten und der Arbeiter hat sich umsonst geplagt. Schließlich versichert Herr Hammer noch, daß heute nicht der Arbeitgeber, sondern der Arbeiter „Herr im Hause“ sei. Gegen diese stöckreaktionären Ansichten hatten weder die ultramontanen noch die freisinnigen „Arbeiterfreunde“ eine Silbe einzuwenden!

So ganz nebenbei ist dann doch noch die Frage der Fabrikinspektion erörtert worden. Mit aller Entschiedenheit erklärte sich der nationalliberale Abg. Dr. Schröder-Kassell gegen die Zuziehung von Arbeitern. Seine ablehnende Haltung leitete er in die Worte:

„Meine politischen Freunde stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Heranziehung der Arbeiter und eine Wahl von Arbeitern zu Gewerkeinspektoren sich nicht empfiehlt. Damit wird der soziale Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vollends untergraben.“

Der Handelsminister Delbrück vermied es, auf diese Frage einzugehen, und der Redner der Frei-

sinnigen Volkspartei, Abg. Rosenow, stimmte den Ansichten des Abg. Hammer sogar teilweise zu, indem er ausführte:

„Nun hat der Herr Abgeordnete Hammer noch einen Ausblick getan auf die Frage, inwieweit unsere Arbeiter es verstehen, sich mit den Arbeitgebern ins Einvernehmen zu setzen, damit Friede besteht. Auch da können wir ihm bis zu einem gewissen Grade zustimmen, und wir haben es hier ja angedeutet, daß gerade in den Arbeitgeberkreisen aller Parteien der Terrorismus, den die Arbeiter auf die Arbeitgeber ausüben, dazu geführt hat, daß sich leider eine scharfe Trennung gezeigt hat.“

Lediglich die Redner der Freisinnigen Vereinigung und des Zentrums, die Abgg. Dr. Pachnide und Dr. Pieper erklärten sich in mehr oder weniger gewundenen Redensarten für eine Heranziehung der Arbeiter. Die Nationalliberalen ließen sich aber noch nicht daran genügen, daß schon der Abg. Schröder ihre Arbeiterfeindschaft zu charakteristischen gezwungen war, sie schickten auch noch den Abg. Franken vor, der es fertig brachte, den Grad der Gehässigkeit noch wesentlich zu steigern. Ihm haben es ganz besonders die christlich organisierten Arbeiter angetan. Er hob hervor:

„Der Arbeitgeber sagt mit Recht: wenn die Leute mit den Sozialdemokraten so zusammengehen, wie es heute vielfach der Fall ist, dann kann es uns ganz egal sein, ob uns das Fell von den Sozialdemokraten oder von der christlichen Arbeiterbewegung über die Ohren gezogen wird.“

Der Abg. Franken hat damit nur erneut die Tatsache bestätigt, daß den Unternehmern jede Art der Arbeiterorganisation verhaßt ist, sobald diese sich erlaubt, für die Verbesserung der Lage der Arbeiter einzutreten.

Damit war für das Klassenparlament die Frage der Fabrikinspektion erledigt. Sie fand einen Nachhall bei der Beratung des Etats der Bergwerke. Hier wertete der freisinnige Abg. Goldschmidt gegen die Grubenbarone, die zumeist stramme Nationalliberale sind und denen gegenüber er sich ein scharfes Wort erlauben durfte.

Wenn man sich vor Augen hält, wie ausgiebig die Frage der Fabrikinspektion und deren weiterer Ausbau im Reichstag erörtert wird, dann lernt man erst die Komödie richtig beurteilen, die da im Landtag aufgeführt worden ist. Kein Wort darüber, daß die Fabrikinspektion in Preußen absolut ungenügend ist. Im Jahre 1906 sind bloß 50,4 Prozent der gewerblichen Anlagen kontrolliert worden und auch diese in der Regel nur einmal, so daß von einer wirksamen Kontrolle gar keine Rede sein kann! Kein Wort über die Unfälle und den mangelnden Schutz der Arbeiter vor den Gefahren des Betriebes. Statt dessen eine geradezu gemeingefährliche Scharfmacherei! Das wird erst dann anders werden, wenn es gelingt, einige Sozialdemokraten in den Landtag zu bringen. Die Arbeiter — und nicht bloß die sozialdemokratischen — können daran wieder erkennen, daß eine wirksame Wahrnehmung der Arbeiterinteressen nur dort möglich ist, wo Sozialdemokraten mitreden können. Die Wahl einiger Sozialdemokraten erst würde einen frischen Luftzug in den Moderatort der Klassenherrlichkeit bringen. Dann würde auch der preussische Handelsminister mit der Gepflogenheit brechen müssen, sich über solche Dinge konsequent auszusprechen!

Freisinnige, Nationalliberale und Konservative versprechen in ihren Wahlaufrufen, daß sie für das Wohl der Arbeiter eintreten wollen. Wie sie das getan haben, das zeigen die von uns gegebenen Stichproben aus den Verhandlungen der letzten Monate. Denkende Arbeiter können darauf nur eine Antwort geben: Die Wahl von Sozialdemokraten!

300 Mark — 3400 Mark.

Ein Exempel auf das soziale Empfinden des Freisinn.

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt in einer Polemik gegen den „Vorwärts“:

„(er) drückt mit Wohlgefallen die Resolution eines national-liberalen Vereins ab, in der gesagt wird: „Angesichts der ganz wesentlich angestiegenen Preise sämtlicher Lebensmittel dürfte heute ein Einkommen von 1200 Mk. kaum mehr bedeuten als seinerzeit ein solches von 900 Mk.“. Der „Vorwärts“ fügt hinzu, daß das, was für das Einkommen der Proletarier gilt, auch für das Einkommen des kleineren Mittelstandes gelte. — Sehr richtig! Und nicht nur für das Einkommen des kleineren Mittelstandes, sondern überhaupt aller Personen. Danach bedeutet heutzutage ein Einkommen von 10000 Mk. kaum mehr als seinerzeit ein solches von 6600 Mk.“

Daß die „Freisinnige Zeitung“ seit Eugen Richters Tod nicht mehr das kleinste Rechenexempel ohne Schnitzer zustande bringt, ist ja bekannt. So mag sie sich durch einen Vorkühler des näheren darüber belehren lassen, warum es von vornherein statt 6600 Mk. 7600 Mk. heißen muß. Doch das nur nebenbei.

Nicht diese Unfähigkeit, eine rechnerische Ab-Schätzungsaufgabe richtig durchzuführen, wollen wir geißeln, sondern die stupende, empörende Unfähigkeit dieses angeblich arbeiter- und mittelstandsfreundlichen Freisinn — denn die „Freisinnige Zeitung“ ist ja das führende Organ der führenden Partei des Bloßfreisinn —, sich auch nur einmal in die elementarsten sozialen Empfindungen einzulassen!

Die „Freisinnige Zeitung“ behauptet, es sei ganz dasselbe, ob ein Wohlhabender heute 10000 Mk. statt früher 7500 Mk. (wir unterstellen also hier die richtige Lösung) zu verzehren habe, oder ein Arbeiter 1200 Mk. statt 900 Mk. Das ist denn doch die dreifache Verhöhnung der Not. Mit 1200 Mk. Einkommen vermag der Proletarier heute nur ebenso seine nackte Notdurft zu befriedigen, wie vor 15 Jahren mit 900 Mk. Durch den Brot- und Fleischwucher, durch die Preissteigerung fast aller Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsartikel, infolge der gesteigerten Mieten kann er für die 300 Mk. mehr seine Lebenshaltung um kein Atom verbessern. Er muß genau so in engen Räumen hausen, wie vor 15 Jahren. Er kann sich weder besser ernähren noch kleiden, kann für seine eigene Fortbildung und Unterhaltung und die Erziehung seiner Kinder keinen Pfennig mehr ausgeben als früher!

Ist das auch so bei den Einkommen von 10000 Mk.? Werden da die 2500 Mk. mehr so völlig aufgezehrt durch Mehrausgaben für Wohnung, Brot, Fleisch usw.? Keineswegs! Nur ein Teil des Mehreinkommens wird kompensiert durch die Steigerung der Wohnungs-, Lebensmittelpreise usw. Der andere, größere Teil wird vielleicht auch aufgezehrt, aber nur deshalb, weil sich die Lebensansprüche gesteigert haben, weil man sich eine komfortablere Wohnung leistet, manchen Luxus, den man früher nicht kannte, vielleicht jetzt zwei Dienstmädchen hält usw. Wenn also ein Rentier mit 10000 Mk. Einkommen ein paar hundert Mark direkter Reichsteuern zahlen soll, so fällt ihm das viel leichter als einem Proletarier, Kleingewerbetreibenden oder kleinen Beamten mit 1200 oder auch 2000 Mk. Einkommen, auch nur ein paar Mark an direkten Steuern mehr aufzubringen!

Daß das der Freisinn nicht einsehen will, kennzeichnet geradezu klassisch sein durch und durch unsoziales Denken und Empfinden! Der Freisinn findet es ganz in der Ordnung, daß die große Masse des Volkes — in Preußen beträgt die Zahl der Einwohner mit weniger als 3000 Mark Einkommen 34 Millionen von insgesamt 87 Millionen — jahraus jahrein in den dürftigsten Verhältnissen lebt und obendrein mit neuen indirekten Steuern belastet wird, während er es umgekehrt ganz in der Ordnung findet, daß die Wohlhabenden und Reichen ihren Reichtum mehren, sich eine immer luxuriösere Lebensführung gestatten und trotzdem Kapital auf Kapital häufen können. Denn daß allein die Rentiten mit mehr als 30000 Mk. Einkommen ihr Vermögen binnen zehn Jahren um 8700 Millionen vermehren, das hält der Freisinn für schön und gut, für einen erfreulichen Beweis der Reinerhaltung des „Nationalvermögens“!

Der Arbeiter und kleine Mann, der diesem Freisinn, diesem offenen Vertreter des Geldjads bei der Landtagswahl seine Stimme gibt, verdient die neue Steuerausplünderung, die ihm der Freisinn freundschaftlich zugebracht hat!

Kardinal und Freimaurer.

Herr Kardinal und Erzbischof Fischer unterbrach heute seine Firmungsreise und begab sich vom Hauptbahnhof zum Rathaus, um dort sein Wahlrecht auszuüben. Seine Eminenz wählte die drei Kandidaten der Zentrumspartei. Kölner „Lokal-Anzeiger“ Nr. 138 vom 18. Mai 1908.

Zu Köln haben am 18. und 19. Mai die Stadtverordnetenwahlen der zweiten Wählerklasse stattgefunden, nachdem drei Mandate, die in liberalem Besitz waren, vom Oberverwaltungsgericht wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt worden sind. Die Wahlen in der zweiten Wählerklasse stehen seit Jahren in Köln stets auf des Messers Schneide. Bald gewann die eine, bald die andere Partei; stets handelte es sich nur um verhältnismäßig wenige Stimmen. Das veranlaßte das Zentrum von jeher, sowohl seine Rathausstätigkeit wie auch die Kandidatenaufstellung in der raffiniertesten Weise nach ihrer Wirkung auf die einzelnen in der zweiten Klasse ausschlaggebenden Wähler- und Interessengruppen einzurichten.

Diesmal hat das Zentrum in Köln, um auch bei den Protestanten Stimmenfang zu treiben, einen lutherischen Kaufmann, den Möbelhändler Christian Meyer als Kandidaten aufgestellt. Man hat den alten Humbug, daß das Zentrum keine konfessionelle, sondern eine religiös-neutrale, rein politische Partei sei. Bei dieser Wahl durch eine protestantische Zentrumskandidatur „beweisen“ zu müssen geglaubt. Dieser Herr Christian Meyer hat sich nun, kurz vor der Wahl, auch noch als Freimaurer entpuppt. Er ist Mitglied der Loge „Wahrheit vom Rhein“. Zum zweiten Male hat damit die Kölner Zentrumspartei einen Freimaurer auf ihre Stadtverordneten-Kandidatenliste gestellt: das erste Mal im November 1897, dem Hausagrarierium zuliebe. Und wie damals der Kölner Weihbischof Schmitz für den Freimaurer Langhaus, so hat diesmal der Kardinal Erzbischof Antonius Fischer für den Logenbruder Christian Meyer gestimmt.

Wie man in dem von Dr. Julius Bachem (Köln) herausgegebenen „Corres-Blatt“ zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland“ nachlesen kann, sind die Freimaurer der Inbegriff des Unglaubens und des sittlichen, staatlichen und rechtlichen Unsinns. Christus ist ihnen „nur einer der vielen Götter neben dem Menschheitstempel und zwar einer von sehr untergeordneten Range“. Die ihrem Prinzip allein entsprechende Staatsform ist die Republik. Die katholische Kirche hat die Freimaurer stets verurteilt. Zuerst Clemens XII. 1788. Und diese Verurteilung wurde oft und feierlich wiederholt... in unseren Tagen noch von Leo XIII. in seiner Enghälsa „Humorum

genus" vom 20. April 1894. In diesen päpstlichen Konstitutionen wird unter Strafe der Exkommunikation (der Ausstoßung aus der katholischen Kirche) verboten, nicht nur dem Freimaurerbunde und verwandten Gesellschaften beizutreten, sondern auch den gegen die Kirche und den gegen die weltliche Obrigkeit gerichteten Bestrebungen derselben, gleichviel, ob dieselben offen hervortreten oder sich in Geheimnis hüllen, irgendwie Vorstoß zu leisten."

Trotz alledem stellt das Kölner Zentrum zum zweiten Male einen Freimaurer als Stadtverordneten-Landkandidaten auf, weil es ihm in seine Politik so paßt. Den Arbeitern aber verwehrt das Zentrum, sich ohne Unterschied der Weltanschauung in gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzuschließen. Die katholische Arbeiterschaft darf sich nur in „christlichen“ Gewerkschaften organisieren. Die Zentrumsführer aber, die höchsten Kirchenfürsten an der Spitze, gehen mit Andersgläubigen und Freimaurern zusammen und entsenden sie sogar als ihre Vertreter ins Rathaus.

Grundzüge einer Reform der Arbeiterversicherung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat bislang sich darüber ausgeprochen, ob die von und in Nr. 115 aus dem „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ wiedergegebenen Grundzüge einer Reform der Arbeiterversicherung dem vom Reichsamt des Inneren ausgearbeiteten Entwurf entsprechen. Offiziell wurde das durch die „Berl. Pol. Nachr.“ bestritten. Sie erklärten, die Arbeiten im Reichsamt des Inneren gingen erst ihrem Abschluß entgegen. Diese offiziellen Behauptungen widersprechender Wahrheit. Richtig ist vielmehr, daß der auf Vernichtung der Selbstverwaltung abzielende Entwurf in der Tat im Reichsamt des Inneren ausgearbeitet ist. Das bestätigt Professor Dr. Stier-Somlo in einem Aufsatz im „Tag“ mit dem Titel: „Die Arbeiterversicherung in den Bundesstaaten zur Neuherausgabe“.

Professor Stier-Somlo tritt für eine Zentralisierung der Rassen ein, wendet sich aber mit Nachdruck gegen die Veseitigung der Selbstverwaltung durch Einsetzung eines „unparteiischen“ Vorsitzenden. Der konservative Professor schreibt u. a.:

„Dagegen ist die vorgesehene Bureaualtisierung der Krankenkassen auf das allerentschiedenste zu bekämpfen. Nach dem Entwurf erhalten die Krankenkassenpräsidenten einen unparteiischen Vorsitzenden. Damit kommt ein Element in die bisherige Verwaltung hinein, das zwar von vielen Seiten verlangt worden ist, aber doch geeignet ist, den stärksten Willen der Arbeiter zu erregen. Man mag nun noch so viel Anteile für die „Aufrechterhaltung“ des Selbstverwaltungsrechts schaffen, so wird doch nicht in der Lage sein, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß an der Spitze der Rassen nicht die Arbeiter stehen, für die sie bestimmt sind, sondern ein Beamter, der, noch so wohlwollend und objektiv gedacht, niemals das Gefühl „tuas agitur“ haben kann, wie es die Arbeiter haben, nämlich, daß es sich um ihre eigene Sache im ursprünglichsten Sinne des Wortes handelt. Würde nun dieser Bureaualtisierung mit geringen Funktionen ausgestattet, so würde er hinter den Arbeitern, die in den Vorstand gelangen, zurückstehen haben und müßte eine lästige Rolle spielen. Würde er aber eine Macht in seiner Hand vereinigen, welche so groß wäre, daß er die der Vorstandsmitglieder in Schach zu halten vermöchte, so würde praktisch die Selbstverwaltung der Rasse illusorisch sein. Ich verkenne gewiß nicht, daß die bestehenden Verhältnisse mancherlei Mängelheiten mit sich führen. Ich weiß, daß eine große Anzahl von Rassen parteipolitisch, insbesondere im Interesse der Sozialdemokratie, ausgenutzt werden. Das ist gewiß zu mißbilligen. Aber wenn die Majorität der in den Rassen befindlichen Arbeiter tatsächlich Sozialdemokraten sind — und das ist vielfach so —, wird niemand bestritten, daß dies eben nicht mehr als natürlich, daß auch die Leitung der Rasse von Sozialdemokraten besetzt wird. Ich sage, um kein Mißverständnis zu erregen, ausdrücklich hinzu, daß ich persönlich meiner Ueberzeugung nach konservativ gerichtet bin und die Sozialdemokratie als Partei als Gegensatz empfinde. Allein dies macht mich nicht wandelnd in der Ueberzeugung, daß gerade der einzige vollstündliche Zweig der Arbeiterversicherung, nämlich der des Krankenversicherungsgesetzes, nur dann seine Aufgabe voll erfüllen kann, wenn er getragen ist von dem Vertrauen derer, für die die Einrichtung bestimmt ist.“

Mit der irigen Ansicht des Professors, daß Rassen im Interesse der Sozialdemokratie parteipolitisch ausgenutzt würden, wollen wir an dieser Stelle nicht rechten. Erfreulich ist, daß der konservative Sozialpolitiker durch seine Darlegungen die oft von uns geäußerte Behauptung bestätigt: es gibt ohne Unterschied der Parteirichtung keinen objektiv denkenden Sachverständigen, der nicht anerkennt, daß die beabsichtigte Bureaualtisierung der Rassen und Entrechtung der Arbeiter dem Rassenwohl und dem Allgemeinwohl ins Gesicht schlägt. Wenn die „Tägliche Rundschau“ und deren freisinnige Kronzeugen mit Dr. Magdon an der Spitze gegen die Selbstverwaltung der Rassen und für den veröffentlichten Plan eintreten, erklärt sich das aus dem Streben jener Kreise, die Krankenkassen in Versorgungsanstalten für Militärärzte und Ärzte umzuwandeln, und aus ihrem Haß gegen die Arbeiterklasse. Wird das Reichsamt des Inneren nunmehr den, wie sich aus dem „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ ergibt, den Scharfmachern bekannt gewordenen Entwurf in seinem Wortlaut endlich veröffentlichen? Oder unterläßt es dies, weil das geplante Attentat gegen die Arbeiterklasse das Licht gar zu sehr zu scheuen hat?

Aus dem Wahlkampf.

Ein freisinniges Geständnis.

Die Freisinnigen müssen den 11. Berliner Landtagswahlkreis für besonders bedroht halten, denn sie haben inzwischen ein neues Flugblatt dort verbreitet. In diesem Flugblatt findet sich eine wirklich ganz vorzügliche Erklärung für jene Flucht des liberalen Bürgerturns in die Arme der Reaktion, deren letzte Phase der konservativ-freisinnige Block darstellt. Die betreffende Stelle lautet:

„Die Sozialdemokratie vergiftet durch ihre gefährliche Agitationsweise den politischen Kampf, wie sie durch ihre Verhöhnung und ihre verwerflichen Kampfmittel im Wirtschaftsleben das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergiftet. Hierdurch aber fördert sie nur die Reaktion, indem sie weite Volksteile, die ihr hysterisches Treiben verurteilen, ins reaktionäre Lager treibt. So ist denn, je stärker die sozialdemokratische Partei, desto fester steht die Reaktion.“

Uebrigens man diese Stelle aus dem freisinnigen Jargon in einfaches Deutsch, so besagt sie: „Die Sozialdemokratie nennt die Dinge beim richtigen Namen und stößt dadurch die heuchlerische Bourgeoisie vor den Kopf. Die Sozialdemokratie macht keine bloßen

Redensarten, sondern kämpft wie auf politischem so auch auf gewerkschaftlichem Gebiete für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Das mißfällt aber dem sogenannten liberalen Unternehmerum, das sich zum Schutz gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse immer mehr dem junkerlichen und großindustriellen Scharfmachertum in die Arme wirft. Je mehr sich also die Arbeiter auf ihre Menschenrechte und ihre Kraft besinnen, desto mehr schließen sich alle ausbeutenden, privilegierten Schichten zur brutalen Verteidigung ihres schändlichen Geldsackinteresses zu der „einen reaktionären Masse“ zusammen.“

Das führt das freisinnige Flugblatt aus. Und wir unterschreiben das.

Nur die Folgerungen aus dieser Tatsache sind für die freisinnigen Blockbrüder und das aufgeklärte Proletariat grundverschiedene.

Der Blockfreisinn rät dem entrechteten, ausgebeuteten Volke, wieder freisinnig, d. h. harmonisch, bescheiden und unternehmerfromm zu werden. Dann, wenn die Arbeiter von ihrer „Begehrlichkeit“ lassen, würde sich auch die Ausbeuterklasse wieder einem „Liberalismus“ zuwenden, der ihr ja dann nichts kosten würde!

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft dagegen sagt sich: Je offener sich das Ausbeutertum demaskiert, je reaktionärer es auftritt, desto besser! Desto rascher wird sich die Klasse der Ausbeuteten, diese riesige Mehrheit des Volkes, zu einer einheitlichen Kampfpartei zusammenscharen! Desto rascher wird dann durch den Klassenkampf das Klassenverrecht der Herrschenden gebrochen werden!

Die Entrechteten haben ja überhaupt keine Wahl! Was nicht ihnen ein Liberalismus, dessen Blüte sie nur durch die Preisgabe ihrer Forderungen ermöglichen könnten! Wie sie es auch anstellen mögen: wollen sie wirtschaftliche Vorteile und gleiches Recht erringen, so müssen sie eben kämpfen. Und wenn dieser Kampf das liberale Mast- und Spießbürgertum in die Arme der Reaktion treibt, so müssen sie eben auch mit aller Rücksichtslosigkeit die „liberalen“ Reaktionen bekämpfen! —

So mußte es kommen.

Ein konservativ-freisinniges Bündnis besteht auch im Wahlkreis Rogino, wo neben einem konservativen der freisinnige Landgerichtsrat Veltsohn aufgestellt ist. Wie dem „Berliner Tageblatt“ jetzt von dort gemeldet wird, stellten die Konservativen an den Freisinnigen das Ansinnen, er solle die Verpflichtung ausdrücklich anerkennen, Bestrebungen auf Beseitigung des Klassenwahlrechtes nicht zu unterstützen. So ist's recht, der Freisinn wird von den Konservativen, denen er sich aufgedrängt hat, nicht anders behandelt als er es verdient. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Freisinn auch diese Forderungen ablehnen wird. Wenn man schon Wahlrechtsfeinde wählt, warum soll dann der Freisinn nicht auch einem seiner Anhänger gestatten, direkt gegen eine Verbesserung des jetzt geltenden Wahlrechts zu kämpfen. In politischer Reputation hat der Freisinn ohnehin nichts mehr zu verlieren, weshalb soll er also nicht alles tun, um ein gefährdetes Mandat zu retten? —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Mai 1908.

Immer neue „loyale“ Ausführungsbestimmungen zum Vereinsgesetz.

Ständig laufen neue Meldungen über behördliche Willkür bei der Bestellung der Publikationsorgane für die die Anmeldung ersporende Bekanntmachung von Versammlungen ein. So ist in Kottbus die dort erscheinende sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ von der Polizeibehörde der angeblich liberalen Stadt boykottiert worden. Dasselbe ist in Guben geschehen, wo die „Märkische Volksstimme“ ebenfalls von der Arbeiterschaft geleitet wird. In Essen hat der Oberste der dortigen Polizei, der Oberbürgermeister Holle die „Arbeiterzeitung“ aus der Liste der zugelassenen Publikationsorgane ausgeschlossen, im Reichstagswahlkreis Bochum ist das „Volksblatt“, das Organ der Sozialdemokratie, nur für die Kreise Bochum-Stadt und Land und für die Stadt Witten zugelassen worden, die Stadtverwaltungen von Gelsenkirchen, Herne und Wattenscheid, sowie das Landratsamt des Landkreises Gelsenkirchen haben das Blatt der Arbeiterschaft boykottiert!

In Grimmitzschau (Sachsen) hat man unser zu Joidau erscheinendes Parteiblatt, das „Sächsische Volksblatt“, ausgeschlossen, obgleich es in Grimmitzschau in nahezu 2800 Exemplaren gelesen wird und in fast allen Restaurants ausliegt, jedenfalls dort eine größere Verbreitung, als die zwei am Orte erscheinenden bürgerlichen Blättchen, die zu Publikationsorganen bestimmt sind.

Selbst in Hessen haben die Behörden ähnliche Bestimmungen getroffen. Die sozialdemokratischen Blätter werden dort nur für die Kreise der Publikationsorgane zugelassen, in denen sie erscheinen, so daß beispielsweise das „Offenbacher Abendblatt“, obgleich es im Titel die Bezeichnung führt: Organ der Sozialdemokraten des Wahlkreises Offenbach-Dieburg, für den Kreis Dieburg nicht als Publikationsorgan anerkannt wird. Die „Oberh. Volksz.“ in Siegen erscheint für ganz Oberhessen, wird aber nur für den Kreis Siegen anerkannt, dergleichen die „Mainzer Volkszeitung“ nur für Mainz, der „Heffische Volksfreund“ in Darmstadt nur für Darmstadt. Nichtin wird für 14 von den 18 heftigen Kreisen kein sozialdemokratisches Blatt als Publikationsorgan anerkannt. „Man wird zugeben, daß dieser Zustand eine ganz unzulängliche Einschränkung der Regierungsübersprechungen ist“, bemerkt das „Offenbacher Abendblatt“ dazu.

Für zahlreiche Kreise sind immer noch nicht die Polizeiverordnungen über die Publikationsorgane erschienen. So war in Halle a. S. noch am 19. Mai nichts bekannt! Ja, für ganze Bundesstaaten, so für Neuch jüngere Linie und Sachsen-Weimar-Eisenach fehlten an diesem Tage noch die Ausführungsbestimmungen! Es handelt sich ja nur um Volksrecht! Wozu da die Eile!

Inferer Kolz in der Dienstagnummer: Die „loyale“ Ausführungsbestimmungen des Vereinsgesetzes enthält einen sinnentstellenden Druckfehler. Er läßt und sagen: Der Landrat des Kreises Harburg hat in seiner Verordnung das sozialdemokratische Organ, das „Volksblatt für Harburg und Wilhelmshagen“, als Publikationsorgan vorgeschlagen! Das letzte Wort des Satzes muß, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht, lauten: ausgeschlossen. —

Konfistoriale Weisheit.

Die vorjährigen sechs Berliner Kreisynoden hatten sich, wie gewöhnlich, mit den sittlichen Zuständen in Berlin beschäftigt und dabei mit der Belannten Gründlichkeit die Frage erörtert: „Was läßt sich zur wirksamen Bekämpfung der Unsitlichkeit tun?“ Das hat das Konfistorium der Provinz Brandenburg veranlaßt, nochmals mit weiser Bedächtigkeit ein Jahr lang die Frage zu erwägen. Das Ergebnis dieser Erwägung ist ein langer Bescheid an die Synoden, in dem es heißt:

„Auf allen Synoden sind die wahrhaft erschreckenden Zustände aus der Erfahrung heraus festgestellt worden, nämlich die ungeheure Verbreitung der Sittenlosigkeit, die Frechheit, mit der sie hervortritt, die Tatsache, daß die Altersgrenze der sittlichen Verantwortlichkeit sich nach unten verschoben hat, die Unzucht und der widernatürlichen Unzucht, die furchtbaren Folgen in den geschlechtlichen Erkrankungen. Es ist überall auf die besorgenden Mächte der Unzucht hingewiesen worden, auf die mit der Lasterhaftigkeit der Leser rechnende Sensationspresse, besonders auf die rohen, mit diabolischer Kunst ausgestatteten Bigblätter, auf die Auslagen der Schaufenster und die schlechten Theater. Dazu gesellen sich die ungünstigen Wohnungsverhältnisse in weiten Kreisen, das Wohnen der Dinnen in den Familien, das Schleustellenumsetzen usw. Als besonders drohende Zeichen am Horizont unserer Zeit ist mit Recht erkannt worden, daß in sogenannten wissenschaftlichen Versammlungen der außereheliche Geschlechtsverkehr von einzelnen Gelehrten als berechtigt anerkannt worden ist, daß eine radikale Frauenbewegung die freie Liebe geradzu fordert, während die christliche Auffassung der Ehe von einer oft belächelnd geschriebenen und viel gelehrten Literatur bekämpft wird. ... Wir verkennen nicht, daß die Kirche sich in allen Fragen des sittlichen Lebens als das Gewissen des Volkes zu erweisen hat, daß sie auch in bezug auf die Frage der Prostitution die christlichen Anschauungen geltend machen muß, so zwar, daß weder die Reglementierung der Unzucht durch Kontrolle, noch die Kasernierung durch Vorbehalte dem christlichen Staatsgedanken entspricht, und daß der jetzige Zustand geradzu eine Sanktion der Sünde bedeutet.“

Ganz unrecht hat das Konfistorium nicht mit der Behauptung, daß manche „Aussagen der widernatürlichen Unzucht“ aufgenommen haben; aber es zeugt von wenig Gründlichkeit, wenn es die Kirchengläubigkeit für ein Schutzmittel hält. Die Hohenan, Dyrar, Eulenburg und Konforten haben sich weder jemals für die „religionsfeindlich gezeigten, noch waren ihre Wohnungsverhältnisse ungünstige, und ebensowenig dürften sie „mit diabolischer Kunst ausgestattete Bigblätter“ (gemeint ist jedenfalls der „Simplicissimus“) oder liberale Sensationsblätter zu ihrer Lektüre gewöhnt haben. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist vielmehr anzunehmen, daß sie, ihren noblen Passionen entsprechend, eifrige Leser der „Kreuz-Ztg.“, der „Deutsch. Tagesztg.“ und anderer geistesverwandter Preßerzeugnisse waren. —

Jsenbiel und Bälow.

Die „Ndn. Volksztg.“ beschäftigt sich ausführlich mit der Rolle, die Herr Jsenbiel, Justizminister Besefer, der Reichskanzler und der Kaiser im Harden-Mollke-Prozess gespielt haben. Wie das rheinische Zentrumblatt zu wissen behauptet, hat Oberstaatsanwalt Jsenbiel, als Graf Mollke bei der Staatsanwaltschaft den Antrag gegen Harden stellte, nicht aus eigenem die Erhebung der öffentlichen Klage abgelehnt, sondern erst nach erfolgter Zustimmung des Justizministers. Nach dem Beginn des ersten Harden-Prozesses schlug aber plötzlich im Justizministerium der Wind um. Jetzt erging von hier aus die Anweisung zur Erhebung der öffentlichen Klage. Dann heißt es weiter:

„Der damalige Umsturz in der Anschauung des Justizministers erfolgte aber nicht etwa auf Beschluß des Staatsministeriums. Ministerpräsident Fürst Bälow sprach sich vielmehr mit Entschiedenheit gegen die Erhebung der öffentlichen Klage aus; Justizminister Besefer stellte daraufhin in sein Portefeuille zur Verfügung. Nun erst willigte der Ministerpräsident ein, nachdem er noch zuvor seinen anfänglichen Widerspruch zu den Akten des Justizministeriums gegeben hatte. Das Staatsministerium selbst hat sich mit der Sache nicht befaßt. Heute mag es dem Ministerpräsidenten leid tun, daß er Ende 1907 nicht standhaft geblieben ist.“

Wom Kaiser heißt es, daß bei ihm während der Prozesse bald diese bald jene „Einzelbeurteilung“ die Oberhand gewonnen hätte, daß er aber bereits vorher entschieden mit Fürst Eulenburg gebrochen hätte:

„Alle Versuche des Fürsten Eulenburg, sich mündlich oder schriftlich zu rechtfertigen“, wurden in kürzester Form abgelehnt, obwohl das „Grippersch“, das jetzt im Prozeß eng verbunden ist, recht viele Mittel anwendete. Wir rechnen hierzu auch die im Schöffengerichtprozeß von dem Vertreter des Grafen Mollke beantragte eidliche Vernehmung des Kaisers, ein ungemein schlaues Schachzug, der große Wirkungen hervorbrachte und die Kronjuristen in Bewegung setzte. Ein solcher Antrag konnte sich in der zweiten Instanz wiederholen. Die Gruppe um Eulenburg hatte diesen Fleiß mit Gelächel abgelehnt; sie wußte am besten, wie er wirken wird. Sie hat sich nicht getraut. Dazu kam ein zweites. Mit auffallender Geschwindigkeit verbreitete man in Hofkreisen die Nachricht, daß Fürst Eulenburg eine ganze Anzahl von Briefen des Kaisers besitze, deren Inhalt nicht gleichgültiger Art ist; wenn diese alleamt publiziert würden, seien die Folgen gar nicht abzusehen.“

Sollte der Gleichmut, mit dem Fürst Eulenburg jetzt dem Strafverfahren entgegensteht, sich nicht auch auf die Ansicht stützen, daß man nicht wagen werde, ihn wegen Meineids zu verurteilen, damit nicht er oder seine Freunde die ins Ausland geschafften kaiserlichen Briefe veröffentlichen? —

Der Fall Buchwald.

Wir berichteten vor einiger Zeit über das Vorgehen des Berliner Vorstands gegen den Herausgeber der „Vorfenderichte“, Bruno Buchwald, dem der Vorwurf gemacht wurde, über Umsätze und Kursergebnisse falsche Angaben an die Provinzbankiers übermitteln und zur Erlangung von Mitteilungen unlaute Mittel benutzt und Bestechungen versucht zu haben. In dieser Sache wurde am Dienstag vor dem Ehrengericht der Börse verhandelt. Buchwald war noch angeklagt seine Mitarbeiter Korsumelstein und Schabrodt. Die Verhandlung hat nichts ergeben, den Vorstoß der Börse gegen Buchwald als gerechtfertigt erscheinen lassen könnte. Der Staatskommissar Hempelmacher reduzierte denn auch die Klage auf den Vorwurf der nicht fairen Handlungsweise, die dadurch begangen sein soll, daß Buchwald und seine Mitarbeiter sich an Angestellte von Kurmakern gewandt haben, um Mitteilungen über die Höhe der Umsätze zu erlangen. Er meinte daher, daß ein Dreizehn eine genügende Sühne sei. Und das Gericht hat auch alle drei Angeklagte nur mit einem Verweise bestraft, weil sie gegen die „kaufmännische Ehre“ verstoßen haben sollen.

Da den Bestraften durchaus nicht nachgewiesen worden ist, daß sie unlaute Mittel angewandt haben, um Mitteilungen zu erlangen, wohl aber der Nachweis erbracht wurde, daß man Scheingeschäfte inszenierte, um Buchwald irre zu führen, erscheint die vom Ehrengericht bekundete Auffassung über „kaufmännische

Ehre als höchst selten. Nach dem gefällten Urteil sollte man wirklich annehmen, Künstlichkeit, Täuschungsversuche, bewusste Zurechnung seien an der Börse streng verpönt. Das glaubt kein Mensch, um so weniger, als offensichtlich die Aktion des Börsenvorstandes gegen Buchwald darauf hinausläuft, Mitteilungen über Tatsachen zu unterbinden, deren Geheimhaltung von der Absicht der Interessenten diktiert ist, Unwissende irre zu führen und dadurch selbst Vorteile zu erzielen.

Wie die Beurteilten wissen lassen, werden sie gegen das Urteil Berufung einlegen.

Bündler-Terrorismus.

Schon wieder hat der „unpolitische“ Bund der Landwirte ein Beispiel von Terrorismus gegeben. Das Bundesmitglied, Hofbesitzer Meyer-Jurendorf ist aus dem Bunde ausgeschlossen worden. Der „Besessene“ ist als national-liberaler Kandidat in Halle-Verford-Vielefeld gegen einen Bündler aufgestellt. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird diese Gelegenheit gewiß nicht verpassen, sich weidlich zu entrüsten, denn das Vorgehen des Bundes — nicht gegen Sozialdemokraten — sondern gegen die im Bloß befindlichen National-liberalen ist doch entschieden der schlimmste Terrorismus!

Vom „Ausgleich der Interessen“ im Zentrum.

Das Zentrum in Westfalen hat seine Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl nunmehr alle aufgestellt. Es sind im ganzen 20. Darunter befinden sich neun Beamte (Landräte, Justizräte, Regierungsräte usw.), sieben Gutbesitzer, zwei Arbeiter, ein Rentner und ein Kaufmann. Die katholischen Arbeiter in Stadt und Land haben allen Grund, über diesen „Ausgleich der Interessen“ einigermaßen erstaunt zu sein; sie müßten sich denn nicht mit dem Bewußtsein, daß unter den beiden Arbeiterkandidaten sich Herr August Prust befindet, dem vor noch nicht allzu langer Zeit von seinen Kollegen im Gewerksverein christlicher Vergleite das Zeugnis ausgestellt wurde, daß er sich bezüglich der Vertretung der Arbeiterinteressen jedem Scharf-wacher an die Seite stellen könne!

Freisinnige Selbstverspottung.

Unter den verschiedenen Interessentengruppen, die in Deutschland bestehen, ist es besonders die zünftlerische antisemitisch-konservative Mittelstandsvereinerung, die bei Wahlen einen Röm macht, der im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Stärke steht. Die Mittelständler hätten gern eine stärkere Vertretung im Landtag, und lediglich nach dieser Richtung hin möchten sie eine Veränderung des Wahlrechts herbeigeführt wissen. Dies Verhalten ist erregend, denn es geht es den Konservativen, die unentwegt an dem Klassenwahlrecht festhalten, bereits zu weit. Nun kandidiert der Führer der Mittelstandsvereinerung Obermeister Kahardt auf Grund eines mit den Konservativen abgeschlossenen Kompromisses. Dieser Umstand gibt der „Freisinnigen Zeitung“ Anlaß zu folgender Glosse:

Die Hauptfrage ist: wie kann es geschehen, daß sich derselbe Herr Kahardt neben einem Konservativen und mit konservativer Hilfe wählen lassen will, obwohl er nicht nur im Allgemeinen der Ueberzeugung ist, daß die konservativen Landtagsabgeordneten die Mittelstandsinteressen nicht genügend gewahrt haben, und obwohl er in der so wichtigen Wahlrechtsfrage eine den Parteien der Rechten diametral gegenüberstehende Auffassung vertritt?

Hat denn der Freisinn bereits jedes Gefühl für Hohn und Spott verloren? Der Mittelständler Kahardt ist ein Stodreaktionär, der von dem Reichstagswahlrecht für Preußen absolut nichts wissen will; er gehört zu den Konservativen. Derselbe Freisinn aber, der hier Kahardt wegen seines Zusammengehens mit den Konservativen angreift, gaukelt dem Volke Wahlrechtsfreundschaft vor und hat selbst Wahlbündnisse mit den verbissensten Wahlrechtsfeinden geschlossen. Vielleicht entschließt sich der Freisinn, der sich so prächtig selbst verhöhnt, durch einige seiner politisierenden Geschäftsleute den konservativen Mittelständlern eine entsprechende Mandats-offerte zu machen. Geschäft ist Geschäft! —

Erst das Vörsengesetz — dann neue Steuern.

Im allgemeinen herrscht die Ansicht vor, daß der „entschiedene“ Liberalismus nur das Vereinsgesetz auf Wunsch der Börse verschahert habe — wobei er noch, sehr glaubhaften agrarischen Behauptungen zufolge, über's Ohr gehauen werden sollte. Da ist es von Wichtigkeit, daß auch zwischen den im kommenden Herbst zu bewilligenden neuen Steuern und dem Vörsengesetz ein eigenartiger und interessanter Zusammenhang besteht. Am 2. August des vorigen Jahres veröffentlichte die „Germania“ einen Artikel über die traurige Finanzlage des Reichs, worin sie die Vorkenntnisse darlegte, daß — sofern keine Verringerung der Ausgaben eintrete — entweder neue Schulden oder neue Steuern erforderlich seien. Den Weg der neuen Steuer aber nannte die „Germania“ mit einer nicht ablen Ironie „Blockiert“. Sie schrieb:

„Die Konservativen sagen: zuerst indirekte Steuern; die Liberalen sagen: „Warte, mein, aber wenn doch, dann wenigstens später“... Aber daß die Liberalen ihren Wählern gar nichts anderes mitbringen sollen, als neue indirekte Steuern, daß dies nicht geht, setzen auch die Mitleidigeren unter den Konservativen ein. Also bleibt es vorläufig doch bei den Schulden, und die indirekten Steuern kommen ein Jahr später, bis die Liberalen wenigstens ihre — Vörsen-reform haben.“

Wenn man das heute liest und dabei den Verlauf überdenkt, den die Dinge inzwischen tatsächlich genommen haben, dann erscheint der Hergang in der Tat in einem seltsamen Licht. Das Vereins-gesetz mit Sprachenverbot und Unterdrückung der Jugendlichen haben die Freisinnigen zuerst annehmen müssen, um überhaupt das Vörsengesetz zu kriegen. Dann hat man ihnen das Vörsengesetz gegeben, damit sie ihren Geldgebern etwas nach Hause bringen, und zum Dank dafür werden sie im Herbst indirekte Steuern bewilligen, wozu sie sich ja schon bereit erklärt haben. Man hat die indirekten Steuern in der Tat, ganz wie die „Germania“ vermutete, um ein Jahr hinausgeschoben, so daß die Freisinnigen zuerst ihre Vörsenreform hatten. All das braucht natürlich nicht mit ausdrücklichen Worten verabredet zu sein — so plump ist kein zünftiger Diplomat. Aber gemacht worden ist es so. Und es ist gut, wenn das Volk bei der Landtagswahl weiß, wie seine Interessen verhandelt und verschahert worden sind! —

Wahlreform in — Braunschweig.

Das offiziöse Depeschensbureau meldet: Braunschweig, 20. Mai. Die Landesversammlung behandelte in ihrer heutigen Sitzung die Anträge der zur Vorbereitung von Vorschlägen betreffend Abänderung des Landtags-wahlrechtes eingesetzten Kommission, die dahin gehen, die bisher indirekte Wahl durch direkte Wahl zu ersetzen, die Zahl der Wähler der ersten Klasse auf mindestens 10 Prozent, die der zweiten Klasse auf 20 Prozent und die der dritten Klasse auf 70 Prozent festzusetzen. Die Wähler der ersten Klasse haben drei, die der zweiten zwei und die der dritten eine Stimme. Die Vorschläge der Kommission wurden mit 37 von 45 abgegebenen Stimmen angenommen.

Das jetzt in Braunschweig bestehende Wahlrecht ist ein so exzessives und ständisch verropft, daß selbst diese Reform, die $\frac{2}{10}$ der Wähler ebensoviele Wahlrecht einräumen will, wie $\frac{7}{10}$ die einer Minderheit das $\frac{2}{10}$ Wahlrecht verleiht, noch eine Verbesserung darstellt. Freilich ist auch das neue Wahlrecht so eingerichtet, daß die große Mehrheit der nichtbesitzenden Klasse durch die besitzende Minderheit ver-gewaltigt werden kann! —

Peterspfennige.

Der Münchener „Bayerische Kurier“, das Hauptblatt der bayerischen Zentrumspartei, erläßt auf der ersten Seite seiner Mittwochnummer einen pathetischen Aufruf an die getreuen Söhne der Kirche, Peterspfennige für den Papst zu sammeln. In dem Aufruf heißt es:

„In unseren Herzen sollen wir das Reich Gottes aufrichten unter der Leitung der Kirche. Nach dem Willen ihres göttlichen Stifters ist sie dazu begründet, alle Völker, Nationen und Stämme der Menschheit als milde Mutter ihrer ewigen Bestimmung entgegenzuführen. Ihr sichtbares Oberhaupt ist nach Christi An-ordnung der Papst zu Rom.“

Der Papst zu Rom ist für uns als Oberhaupt der Kirche vor allem auch der oberste Leiter der katholischen Mission und der katholischen Heilserziehung und Heilsermittlung in allen Teilen der Welt. Er befaßt dazu der Arbeiter, die sich der Bebauung des heiligen Weinberges widmen. Er bedarf aber auch der materiellen Mittel, um den weitverzweigten Aufgaben seines ebenso erhabenen, wie verantwortungsvollen Amtes gerecht werden zu können. . . .

Katholiken Bayerns! Jeder größere Staat erhebt Steuern, um die wachsenden großen Bedürfnisse seiner Zentralverwaltung zu decken. Der Papst vertraut auf die Liebe der Gläubigen, die ihm durch die freiwilligen Beiträge zum Peterspfennig die Mittel bereitzustellen wird, deren er bedarf. . . .

Im Wache des Lebens wird jeder dem Papste spendende Pfennig gewissenhaft verzeichnet und für die Ewigkeit dem lebendigen Gedächtnis einer höheren, überirdischen Macht an-vertreut werden!“

Oesterreich-Ungarn.

Der liberale Aufsturm.

Seitdem der Bürgermeister von Wien, Dr. Lueger, auf einem Katholikentag das Lösungswort von der „Eroberung der Universitäten“ ausgegeben hat, hören die liberalen Angriffe auf die Lehrfreiheit nicht mehr auf. Der Post-Wahr-mund schien ihnen eine günstige Gelegenheit zum Angriff zu geben. Aber das geschlossene Auftreten der Studenten, die mit dem Univeritätsstreik drohten, hat die Liberalen um den Erfolg gebracht. Die Geprellten verdoppelten ihre Anstrengungen. Dem Hauptstreik liberaler Streber an den Universitäten sollten die liberalen Bauernmassen zu Hilfe kommen. Der christlichsoziale Abgeordnete Hegenhofer führte deshalb kürzlich 200 Bauern auf die Grazer Universität, angeblich als Zuschauer zu einer Doktorpromotion, in Wirklichkeit als Demonstranten für den Liberalismus. Die Bauern wurden jedoch von den Studenten nicht in die Universität gelassen, und an allen Universitäten wuchs die Entschlossenheit, sich keine Angriffe auf die Lehrfreiheit mehr gefallen zu lassen.

Das aggressive Vorgehen der Liberalen hat aber die nützliche Wirkung gehabt, das friedliche Einvernehmen zwischen den deutsch-bürgerlichen Parteien, das der große Wahlsieg der Sozialdemokratie bewirkt hatte, sehr erheblich zu stören. Die Deutsch-nationalen haben erklärt, daß ein weiteres Zusammengehen mit den Christlich-sozialen unmöglich geworden sei. Da das Ministerium der Mitglieder aus beiden Parteien in seiner Mitte hat, bedeutet das Zer-würfnis zwischen den bisherigen Regierungsparteien zugleich eine Schwächung der Stellung des Kabinetts. —

Nationalistische Krawalle.

Prag, 19. Mai. Gestern Abend fand eine von der national-sozialen Partei einberufene Versammlung statt zur Besprechung der politischen Lage. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer, denen sich verschiedene andere Elemente angeschlossen, zur Hauptpost und begannen dort zu lärmern. Später veranfaßte die Menge, die auf ungefähr 4000 Personen angewachsen war, beim neuen deutschen Theater eine Kundgebung und warf mit Steinen gegen das Theater. Als die Polizei einschritt, wurde sie mit einem Steinhaufen empfangen, wobei viele Polizeibeamte verletzt wurden. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge zurück-zudrängen und auseinanderzutreiben.

Heute Abend erneuerten sich die antideutschen Kund-gebungen bei der deutschen Turnhalle. Mehrere Fenstersteine wurden eingeworfen. Die Demonstrationen wurden von der Polizei gestreut und 15 Verhaftungen vorgenommen.

Diese sogenannten „Nationalsozialen“ oder „nationale Sozialisten“ sind in Wirklichkeit eine chauvinistisch-kleinbürgerliche Radikal-partei, die neben der nationalsozialistischen besonders die antisozialdemo-kritische Hege treibt.

Die Klagen der Ruthenen.

Wien, 20. Mai. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über den ruthenischen Dringlichkeitsantrag betreffend das Verwaltungssystem in Galizien. Der Antragsteller Gegalinski betonte nachdrücklich, die terroristische Kampfmethode widerstrebe dem politischen Programm der Jung-ruthenen. Wenn dennoch ein so ungeheuerliches Hinausgreifen über die Rechtsordnung geschah, so müßten auch ungeheuer-liche Ursachen hierfür bestehen.

Hg. Glombinski (Polen) betonte, die Bevölkerung Galiziens erwarte, wenigstens die Verwaltung Galiziens, die nur einen Teil der Staatsverwaltung bilde, gerade unter dem Staat-halter Potocki wesentliche Fortschritte gemacht, eine Verschleppung der von der Regierung angelegten Verwaltungsreform, zumal die Verwaltung in Galizien unter äußerst schwierigen Verhältnissen arbeite. Redner trat der Behauptung des Vordrängers über die Unterdrückung des Ruthenenvolkes entgegen unter Hinweis auf die Fortschritte, welche die Ruthenen auf allen Gebieten in den letzten 40 Jahren gemacht hätten. Die Polen würden alles tun, um im ganzen Lande beiden Völkern eine friedliche Entwicklung zu sichern, würden aber in Galizien bleiben, und zwar nicht als fremde Gäste, sondern als einheitliche Kreisläufer und bestrebt sein, die polnische Landbevölkerung vor der Ruthenisierung zu schützen.

Magyarische Nationalitätenpolitik.

Kronstadt (Siebenbürgen), 20. Mai. Die Polizei verhaf-tete hier 17 rumänische Studenten, weil dieselben am Grabe des rumänischen Märtyrers Morefan einen Kranz mit den rumänischen Farben niederlegten.

Schweiz.

Ein neuer sozialdemokratischer Stadtrat.

Schaffhausen, 18. Mai. (Fig. Ver.) Auch in unserem Kanton und seiner Hauptstadt macht die sozialdemokratische Partei langsame aber doch stete Fortschritte. Ihre Erstarkung zwingt denn auch bereits die Bürgerlichen, ihr Rechnung zu tragen, und so ist ihr von der freisinnigen Partei der freigeordnete Sitz im Stadtrat (Magistrat) überlassen worden. Im Gegenwärtigen zum offiziellen Beschlusse der freisinnigen Partei stellten Angehörige derselben dem von unserer Partei aufgestellten Kandidaten, Genossen Schlotter, Advokat und Redakteur, einen eigenen Kandidaten gegenüber, der aber in der gestrigen Wahl mit 655 gegen 902 Stimmen, die unser Genosse erhielt und mit denen er gewählt wurde, unterlegen ist.

Schaffhausen gestellt sich nun zu den Städten Winterthur, Rorschach, Vern, Biel, Velina, u. s. w., in denen die sozialdemokratische Partei bereits in der städtischen Exekutive vertreten ist. —

Frankreich.

Verständigungspolitik zu ermäßigten Preisen.

Aus Paris schreibt man uns: Im lateinischen Viertel machen die Studenten wieder einmal einigen Lärm. Um der Menschheit große Güter handelt es sich dabei nicht, sondern nur darum, ob man den Akademiker Barrès oder den Professor Andler in Lösen „bespudt“. Herr Andler, der an der Sorbonne über deutsche Literatur liest, hat unlängst einige französische Studenten auf einer Berliner Reise begleitet. Die Sache hat einiges Aufsehen gemacht, vornehmlich durch die Schuld einiger Wichtigtuer in Deutschland, die läppisch und indiskret den jungen Leuten die Rolle von Friedensboten aufzwingen wollten. Die harmlosen Studenten, die die Gelegenheit, nach Berlin zu fahren, namentlich wegen der großen Preisermäßigungen ausgenutzt hatten, wurden in einen Strudel von Banketten, Empfängen und Ovationen hineingezogen, der weder ihren Wünschen noch ihrer Bedeutung entsprach. Wenn man in der Tatsache, daß französische Studenten die Gelegenheit, in Deutschland etwas zu lernen, nicht mehr mit blinder Eut von sich weisen, einen Gewinn für die Kultur und eine Friedenshoffnung sehen möchte, so hätte man sich mit freundlichem Entgegenkommen begnügen können, ohne die Gäste in eine schiefte Position und sich selbst in eine wenig würdige zu bringen. Die Regierenden in Deutschland und ihre bürgerlicher Nachtrab haben die Parvenuseele noch immer nicht los. Das eine Mal hält man dem „Erbschind“ das „geschliffene Schwert“ unter die Nase, das andere Mal hofiert man in Kiel der Familie eines republikanischen Geschäftsmachers, als ob wir wirklich noch in der Zeit lebten, wo der Deutsche im französisch sprechenden Menschen ein höheres Wesen sah. Mit den Studenten haben die auf das Dekorations gerichteten Edel-Deutschen auch nicht bessere Haltung bewahrt. Dabei steckt in dem süßlichen Getue nicht einmal ehrliche Liebe zum Völkerverstehen. Wenn die französischen Arbeiter mit den Deutschen gemeinsam beraten wollen, was doch für den Frieden eine ganz andere Bedeutung hat, als eine Studienfahrt oder eine Aufführung der „Hugenotten“ vor Pariser Theaterdirektoren, bietet in ganz Deutschland nur Württemberg die Sicherheit für einige Gastfreundschaft. Für „distinguierte Fremde“ — d. h. für Nichtproletarier — führt man aber Potemkinsche Dörfer auf. Einigermassen verwunderlich ist freilich, daß Professor Andler dem schmeichlerischen Sittenengesang vom Blodfelsen vertrauensvoll ge-lauscht zu haben scheint. Andler ist Sozialist — allerdings ein weit rechtsstehender — und der Uebersetzer des „Kommunistischen Manifestes“, dessen Geschichtskritik auf ihn offenbar nicht tief ge-wirkt hat. Er ist einer von der Garde der „Intellektuellen“, die die Lebertrost gläubig im Dunkel sehen. Die gemeine Hege, die die Liberalen unter der Führung von Maurice Barrès gegen ihn verankelt haben, trifft ihn ganz ungeschuldig, und es zeugt auch von politischem Verstand, wenn jetzt die republikanischen Studenten aller Richtungen sich zu GegenDemonstrationen erhoben haben. Nur sollen die Verständigungsmeter von Berlin nicht glauben, daß der Schutz, den die Studenten dem illegal an-gegreifenen Professor gewähren, eine Tendenz habe, die sie irgend-wie angeht. Gerade die Freunde, die die deutsche Kultur und das deutsche Volk hier hat, haben für die unachten Götzen und Räuber der allzu besessenen Berliner Gastgeber nur ein lähl ab-lehnendes Lächeln übrig. —

Indien.

Die Grenz kämpfe.

Simsa, 19. Mai. Bei dem Kampf am Kohoidag-Tale war der Feind 2000 Mann stark. Seine Verluste betragen 60 Tote. Unter den Anführern befand sich Sirdar Rasi-Ullah-Chan, ein Bruder des Emirs von Afghanistan.

Marokko.

Mulay Hafid.

Jetzt wird auch von französisch-offiziöser Seite zugegeben, daß Mulay Hafid in Melines eingezogen sei und sein Einzug in J'es unmittelbar bevorstehe. Die Pariser Blätter erklären, daß das nunmehr täglich bevorstehende Eintreffen Mulay Hafids in J'es eine furchtbare Schlappe für Abdul A'is bedeute und die Aufgabe der Franzosen außerordentlich erschweren und verwickeln würde.

Aus Tanger wird gemeldet, daß Bu'hta Ben Wag'dadi mit seiner Mahalla in sumptuösem Gebiete lagere, um sich vor den Angriffen des Scharabastammes zu schützen. Er habe vergebens Hilfe vom Kaiser von el Kasar, Abdul Malek, verlangt. Der Kaiser in Rabat sei völlig ratlos.

Der Trupp Bu'htas war aber die letzte Hoffnung, die Abdul A'is geblieden war. Auch diese hat sich nicht erfüllt. Die Situation in Marokko ist jetzt also die, daß Mulay Hafid das Innere be-herrscht, während Abdul A'is die Küstengegend behauptet, aber offenbar nur so lange, als Frankreich ihn schützt. Dieser Schutz würde aber nur neue kriegerische Verwickelungen zur Folge haben, die den Franzosen nicht nur schwere Opfer auferlegten, sondern deren Resultate äußerst zweifelhaft sind, da die Algeriasatte für die sonst so beliebte Annexion fremder Landesteile ein Hindernis bildet. Daher gewinnt die Nachricht an Wahrscheinlichkeit, daß die französische Regierung endlich zur Vernunft kommt und das Abenteuer, wenn auch nicht zu beenden, so doch zunächst zu be-schränken sucht. Neue Instruktionen an die Generale d'Amade und Lyautey sollen neue kriegerische Unternehmungen unter-sagen. Es wäre zu wünschen, daß diese vernünftige Politik zum Durchbruch käme. Nicht das geringste Verdienst daran gebührte unseren französischen Genossen, die mit aller Kraft die Gefährdung des europäischen Friedens durch die Kolonial-politik bekämpft haben. —

Ein aufgebauschter Vorfall.

Ein Teil unserer „nationalen“ Presse meldet mit großer Wichtig-tuerkeit einen „deutsch-französischen Zwischenfall“:

Ein deutscher Schutzbefehlener, der dem Kommandeur einer französischen Truppenabteilung in Marokko ein Schreiben des deutschen Konsuls Väterich überbringen sollte, ist von französischen Truppen mißhandelt und das Schreiben des Konsuls von einem französischen Offizier angepöbeln worden. Konsul Väterich hat deshalb Beschwerde bei der deutschen Gesandtschaft in J'es erhoben, die ihrerseits sofort Bericht an das Aus-wärtige Amt in Berlin erstattete.

Wie wir unsere Chauvinisten kennen, ist diese Darstellung sicher sehr übertrieben, aber selbst so ist der Vorfall offenbar nichts als ein Wirtshausgergeh. Wir denken, das auswärtige Amt wird die Geschichte sehr rasch und sehr ruhig erledigen. —

Spanier und Franzosen.

Madrid, 19. Mai. Der Minister des Aeußern Alendefalazar teilte in einer Note mit, daß der Zwischenfall in Casa-blanca, wo gelegentlich eines Zusammenstoßes mit französischen Soldaten ein in spanischen Diensten stehendes Riffidat erschossen worden war, beigelegt sei. Die fünf Schuldigen seien ver-haftet und den französischen Behörden zur Verurteilung übergeben worden. —

Amerika.

Die Wählkampagne.

New York, 19. Mai. Die demokratische Staatenkonvention von Alabama und Kalifornien hat sich für die Präsidentschaftskandidatur Bryan erklärt.

Soziales.

Raffin-Weißvergiftung.

Der Mühlenbesitzer August Kraus aus dem Dorfe Regenborn (Kreis Holzminde) hatte sich vor Gericht wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Zum Ausschließen der Mühlensteine seiner Duhne-Mühle war, wie die Verhandlung ergab, Blei verwendet. Diese äußerst gesundheitsgefährliche Verwendung bleihaltiger Gegenstände ist durch das Reichsgesetz vom 25. Juni 1887 verboten. Infolge des leichtfertigen Verstoßes gegen das Verbot sind nach den Befundungen des Sanitätsrats Dr. Niemann und des Dr. Jochel an 200 Weißvergiftungsfälle in dem Dorfe Regenborn aufgetreten. Die Krankheiten haben zum Teil dauernde Schädigung der Gesundheit im Gefolge. In mehreren Fällen ist der Tod — höchstwahrscheinlich infolge des Genusses des mit Blei durchsetzten Brotes — eingetreten. Da aber mit Sicherheit der ursächliche Zusammenhang nicht mehr festzustellen war, so erfolgte Freisprechung von der Anklage wegen fahrlässiger Tötung. Der Angeklagte konnte nur wegen fahrlässiger Körperverletzung und wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz verurteilt werden. Das Strafmaß betrug sechs Wochen Gefängnis. Jahre hindurch war man sich über die Krankheitsart im unklaren. Man nannte die Krankheit die „Regenborn'sche Krankheit“. Erst ein intensives Nachgehen nach der Krankheitsursache durch die oben genannten Ärzte ergab, daß Vergiftungen durch bleihaltiges Mehl aus der Duhne-Mühle vorlagen. In den Mühlensteinen des kleinen Mahlganges und des Schrotganges waren schadhafte Stellen mit Blei ausgegossen.

Gefüngnisheim einer Ortskrankenkasse.

Am Sonnabend fand die Grundsteinlegung zu dem Gefüngnisheim der Allgemeinen Ortskrankenkasse von Essen statt. Das Gelände, auf dem sich die Anstalt erheben wird, liegt fern vom Alltagsleben der Großstadt, in der Gemeinde Heidhausen der Bürgermeisterei Werden-Land, rechtsseitig der von Werden nach Belbert führenden Landstraße. Es umfaßt 25 bis 26 Morgen Buchenwald und Tannenpflanzungen und etwa 8 bis 9 Morgen sehr ertragsreiches Ackerland. Es liegt teils auf einem Plateau, teils an einem südlichen Talabhang; nach Norden, Nordwesten und Nordosten ist es durch Buchenwäldchen und dichtes Buchenwald geschützt. Der Zugang zum Gelände ist von allen Seiten aus recht günstig. Das Gefüngnisheim soll solchen Arbeitern Aufenthalt bieten, die nach schwerer Krankheit der Gefüngnis entgegengehen und ihre Berufstätigkeit noch nicht wieder aufnehmen können. Für diesen Zweck paßt das von der Allgemeinen Ortskrankenkasse ausgeführte Grundstück trefflich; bietet es doch die erforderlichen Vorbedingungen: absolute Ruhe und gesunde staubfreie Luft. Das Gefüngnisheim wird etwa 100 Pflanzlinge Raum bieten. Es soll allen erforderlichen Ansprüchen in sanitärer Hinsicht, wie Einrichtung von Bädern- und Brausebädern usw., entsprechen. Die zum Bau nötigen Steine und das zur Wegebefestigung erforderliche Material liefert ein von der Allgemeinen Ortskrankenkasse mit-ermorbener in der Nähe der Baustelle gelegener Steinbruch. Der Bau soll so gefördert werden, daß er bis Ende August d. J. unter Dach ist.

Ländliche Schulverhältnisse.

Aus Eilenstedt, einem etwa 2000 Einwohner zählenden Ort im Kreise Dithmarschen (Provinz Sachsen) wuchten dieser Tage die Probingsblätter zu berichten, daß die dortige Schulkasse ihre Zahlungen seit dem 1. Mai eingestellt habe; die Lehrer seien noch heute ohne Gehalt. Jetzt wird dazu von „informierter Seite“ mitgeteilt, daß das Geld in der Schulkasse alle geworden sei, weil es dem beteiligten Gutsbezirk noch nicht genehm war, die Schulsteuer zu zahlen. Der Gutsbezirk schulde der Schulkasse bereits aus dem Rechnungsjahre 1907 noch über 900 M. Schulsteuern, so daß einschließlich des jetzt fälligen Quartals die Schulkasse auf die Zahlung von zusammen etwa 1175 M. warte. Die Lehrer, die den Hungerriemen ohnehin schon eng genug schnallen müssen, müssen ihn also noch um einiges enger schnüren. Sie müssen auch „warten“, weil es dem Gutsbezirk so gefällt.

Einhaltung von Rechtsauflauf strafbar.

Das gegen das Gefüge und ländliche Arbeiter bestehende preussische Ausnahmengesetz vom 24. April 1854 hat Urteile geseigt, die die Einhaltung von Rechtsauflauf für strafbar erklärt haben, weil dem Landarbeiter keine ausdrückliche Genehmigung zum Verlassen des Rechtsauflaufes erteilt war. Dieser Tage wurde vor dem Kammergericht die Revision des ländlichen Arbeiters Ostjao verhandelt. Er stand auf dem Rittergute Truggenbrodt in der Nähe von Magdeburg in Arbeit. Eines Montags war er früh morgens zu einem Anwalt in Magdeburg gefahren, um sich Rat in einer Rechtsangelegenheit einzuholen. Nachmittags kehrte er zum Gut zurück. Am vorhergehenden Sonnabend hatte er einen Pflanzarbeiter gebeten, sein Ausbleiben zu entschuldigen. Trotzdem wurde er wegen — unbefugten Verlassens des Dienstes angeklagt und auch zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht führte in den Gründen aus: Dem Angeklagten möge geglaubt werden, daß er sich berechtigt fühle, nach Magdeburg zu fahren. Aber der Umstand, daß er erst am Sonntagabend einen Kollegen dat, ihn zu entschuldigen, also zu einer Zeit, wo eine rechtzeitige Mitteilung an den Dienstherrn unmöglich gewesen sei, zeige deutlich, daß er dem Dienstherrn Verlegenheiten bereiten wollte! Es liege deshalb ein schuldhaftes unbefugtes Verlassen des Dienstes vor.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten. Auch das vorübergehende unbefugte Verlassen des Dienstes falle unter die Strafbestimmung des Gesetzes vom 24. April 1854. Ein solches sei mit Recht angenommen und auch das Versehen des Angeklagten richtig festgestellt worden.

Die Anklage, die die Gerichte dem Gesetz geben, mag zu treffen. Desto mehr widerspricht das Gesetz selbst dem allgemeinen Rechtsempfinden. Der Rittergutsbesitzer bleibt straflos, selbst wenn er keine ihm aus dem Vertrag obliegenden Verpflichtungen erfüllt, der Arbeiter aber wird wegen „unbefugten Verlassens des Dienstes“ bestraft, weil er im Glauben dazu berechtigt zu sein, sich in Rechtsangelegenheiten Auskunft holte. Das nennt man in Preußen Gleichheit vor dem Gesetz. Die Existenz und Fortdauer dieses Gesetzes verdankt Preußen dem die Gleichberechtigung ins Gesicht schlagenden System der Dreiklassenwahl.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Tischler.

Eine außerordentliche Branchenversammlung der Tischler, die am Dienstag im Gewerkschaftshaus stattfand und zahlreich besucht war, beschäftigte sich mit den Forderungen zum neuen Tarifvertrag. Die Tischler führen diesmal ihre Lohnbewegung gemeinsam mit den Portefeuliers. In beiden Berufsgruppen laufen die Tarifverträge am 30. Juni ab. Die Vertreter beider Gruppen und ihrer Organisationen haben gemeinsam über die Forderungen beraten und übereinstimmende Beschlüsse gemacht. Ueber die vorgeschlagenen Forderungen, die ja bereits am 5. Mai von der Versammlung der

Portefeuliers gutgeheißen worden sind, wie wir in Nr. 108 des „Vorwärts“ berichteten, wurde nun auch in der Tischlerversammlung eifrig diskutiert. Eine Verringerung wurde in den Mindestlohnätzen der Stutzer beschlossen, die nach der Vorgabe und den Beschlüssen der Portefeuliersversammlung, soweit sie unter 18 Jahre alt sind, 40 Pf. erhalten sollen und danach 52 Pf. Die Tischlerversammlung beschloß, hier noch einen Lohnsatz von 45 Pf. einzufügen, der für die Stutzer von 18 bis 20 Jahren gelten soll. Im übrigen wurden wesentliche Änderungen nicht beschlossen. Zwar hielt die Versammlung eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden für sehr wünschenswert, doch begnügte man sich auch in diesem Punkte mit der Vorgabe, die bekanntlich für fünf Wochentage die neunstündige, für den Sonnabend die achtsündige und für den Tag vor den hohen Festen die siebenstündige Arbeitszeit vorseht. Hinsichtlich der Reisezeit verlangt die Versammlung, daß mindestens protokolllarisch festgelegt werde, daß die Arbeitgeber wegen der Arbeitsruhe keine Maßnahmen vornehmen dürfen. — In die Lohnkommission wurden Schulze, Boy, Jech, Ritsche und Blum gewählt.

Deutsches Reich.

Der Mitgliederbestand des Handlungsgesellenverbandes stieg im ersten Vierteljahr 1908 um 432. Am 31. Dezember 1907 zählte der Verband 3631 männliche und 4563 weibliche, zusammen 8194 Mitglieder, am 31. März d. J. 3913 männliche und 4713, zusammen 8626 Mitglieder.

Zur Aussperrung in der erzgebirgischen Strumpfwirker.

Die anfangs dieses Monats angekündigte Generalaus-sperrung durch die Erzgebirgische Wirkergruppe des Verbandes der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie ist nunmehr zur Tatsache geworden. In fast allen Betrieben sind die Arbeiter gekündigt worden. Insgesamt werden von der Aussperrung betroffen rund 3000 Arbeiter. Davon entfallen ungefähr 1000 auf Thalheim und Umgegend, ebenfalls so viel auf Gornsdorf und auf Weinersdorf. Eine Versammlung der Streikenden und Aussperrten hat einstimmig beschlossen, den Kampf fortzuführen. Die Bewegung der erzgebirgischen Textilarbeiter hat sich jetzt auch auf Limbach und Burgstädt ausgedehnt. Auch hier wurde eine zehnprozentige Lohnreduzierung in einem Betriebe der Firma Anton Köhle im benachbarten Göppersdorf angeboten und dürfte an diesem Orte der Kampf binnen kurzem beginnen, weil die Arbeitnehmer in einer Fabrikbesprechung wie in einer öffentlichen Versammlung diese Herabsetzung der Löhne aufs entschiedenste zurückgewiesen haben. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, erst mal mit der Firma zu verhandeln, und wenn diese Verhandlungen resultatlos verlaufen, soll in einer Versammlung der Streik beschlossen werden.

Der Abwehrkampf in den Deutschen Steingewerken zu Euskirchen, an dem circa 370 Arbeiter beteiligt waren, ist beendet. Die Arbeiter, zumeist christlich organisiert, mühten (außer Tagelohnarbeitern) einen Abzug von 5 Proz. hinzunehmen, jedoch verpflichtete sich die Gesellschaft, die neugeschaffenen Lohnsätze bis 1. Mai nächsten Jahres anzuerkennen und falls die niedergehende Konjunktur dann aus Konjunkturgründen auch die Zahlung dieser Löhne nicht gestatten sollte, am 1. Februar nächsten Jahres dies den Arbeitern mitzuteilen und in Verhandlungen einzutreten. Weiter wurden das Koalitionsrecht anerkannt, Maßregelungen vermieden und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt. — Für die am Streik beteiligten, im Zentralverband der Töpfer organisierten Arbeiter der chemischen Abteilung (gelernte Töpfer) ist eine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses nicht eingetreten, da sie, wie neu festgelegt, jetzt den Arbeitslohn an die Arbeitsstelle geliefert erhalten, während sie ihn sich früher aus dem Lohnzubereitungslohn in die höher gelegenen Arbeitsräume selbst zutragen mußten. Die geschaffene Erleichterung gleicht den Abzug also materiell aus, abgesehen von der gesundheitlichen Einbuße, die jetzt ebenfalls vermieden wird, weil das Lohnzubereiten eine äußerst gesundheitsgefährliche Verrichtung war, bedingt durch den hohen Temperaturunterschied in der heißen Werkstatt und dem feuchten und kalten Tonkeller. Die fünfprozentige Lohnreduzierung trifft vor allem die im christlichen Steinarbeiterverband organisierten Arbeiter, die aber durch ihre Führer beeinträchtigt wurden, den Kampf abzubrechen.

In Senftenberg, wo den Töpfern der Lohnsatz von Seiten der Meister gekündigt wurde, ist der Tarif neu geregelt worden, ohne daß die Arbeiter dabei eine Einbuße erlitten hätten.

Streik der Steinarbeiter im Lohngebiet Mannheim.

Die Steinarbeiter Mannheims und Umgegend beschloßen in stark besuchter Versammlung, in allen Betrieben die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis ein neuer Tarif vereinbart ist. Der alte Tarif ist bereits am 31. März abgelaufen.

Eine Lohnbewegung im Ahtertal.

Seit vier Jahren tragen sich die Steinarbeiter des Ahtertales mit dem Plan einer Lohnbewegung. Wegen der fortwährend ungünstigen Verhältnisse mußte sie stets zurückgestellt werden. In diesem Frühjahr haben sich aber die Ansichten auf einen Erfolg berart gebessert, daß eine zahlreich besuchte Versammlung beschloß, sofort in eine Lohnbewegung einzutreten. Den Unternehmern sind die Forderungen bereits angelehnt worden, mit dem Erlauchen, bis zum 27. d. Mts. einen neuen Tarif zu vereinbaren.

Die Aussperrung der Steinarbeiter in Pforzheim dauert weiter, nachdem eine Verhandlung vor dem Einigungsamt, die am Dienstag, den 19. d. M., stattfand, oder stattfinden sollte, resultatlos verlief, indem nur ein Vertreter der Fabrikanten anwesend war, der da erklärte: Die „Christlichen“ hätten in Breiten — wo Filialbetriebe der Pforzheimer Fabrikanten sind — Unruhe gemacht, darum sei seitens der Fabrikanten keine Geneigtheit vorhanden, in Unterhandlungen einzutreten. Die Arbeitervertreter erklärten, bereit zu sein, den Frieden zu schaffen zu helfen, der Unternehmervertreter lehnte aber jede Weiterverhandlung ab.

Der Buchbinderverband kann es in Ruhe abwarten, wann die Herren zum Frieden „geneigt“ sind.

Kellnerstreik.

Im Hauptrestaurant der Münchener Ausstellung, die am Sonnabend eröffnet wurde, traten 150 Kellner in den Aus-satz. Der mit den Kellnern abgeschlossene Vertrag enthält derartige Härten, daß man fast zu der Ansicht kommen könnte, der Restaurateur Feilenbach beabsichtige, das ganze Risiko des Betriebes auf die Kellner abzumwälzen. So haben beispielsweise die Kellner, die horrenden Placierungsgebühren an einen Stellenvermittler bezahlen mußten, beim Engagement einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie 1/2 Proz. der Bruttoeinnahme für Bruch- und Büggeld an den Restaurateur täglich abzuliefern haben. Feilenbach hatte aber beim Eintritt der Leute diese Bestimmung im Gegenvertrag willkürlich auf 1 Proz. erhöht; des weiteren haben die Kellner täglich 10 Pf. für die Aufbewahrung ihrer Garderobe, weitere 50 Pf. für Amortisation ihrer Livree, 10 und 20 Pf. für die Veranlagung des Amortisations und noch eine Menge sonstiger Abgaben zu leisten, was für die sechsmonatliche Ausstellungsdauer insgesamt die Summe von 30 000 M. ausmacht, während Feilenbach nur 20 000 M. Pacht an die Ausstellungsleitung zu zahlen hat. Am Vortag herrschte eine derartige Mißwirtschaft, daß es wiederholt vorkam, daß die Kellner bis zu 9 M. darauf bezahlen mußten. Die Behandlung der Angestellten durch Feilenbach und seine Direktoren ist die denkbar schlechteste. Ausbrüche wie Hunde, Rinder sind an der Tagesordnung. Eine Kommission, die bei Feilenbach vorstellig wurde wegen Verletzung dieser Mißstände, wurde barock abgefertigt, worauf sämtliche Kellner in den Streik traten. Zugang von Kellnern zur Ausstellung nach München ist strengstens fernzuhalten.

Verfammlungen.

Die Ortsverwaltung I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (Hausdiener) hielt ihre Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Auch an den Hausdienern sind die Einwirkungen der Krise nicht vorübergegangen. Durch die überaus rührige Verarbeitung ist trotzdem die Mitgliederzahl der Verwaltung von 8780 auf 8822 gestiegen. Der Kassenbericht, welcher gedruckt vorlag, bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 94 367,72 M. Es wurden verausgabt für Arbeitslosenunterstützung insgesamt 12 386,40 M., für Krankenunterstützung 6004,05 M., für Strebenunterstützung 2762,00 M., in besonderen Notfällen 680,00 M., für Rechtschutz 69,15 M. In Anbetracht der augenblicklich herrschenden Krise hat eine Konferenz der Gau- und Ortsvorstände mit dem Hauptvorstand beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung für diejenigen, welche bereits die ihnen laut Statut zustehende Unterstützung erhalten haben, um 4 Wochen zu verlängern. Die hierfür verausgabte Summe beträgt 2538,00 M. Die Mitglieder Franz Böning, Paul Seberin und Friedrich Schmidt, welche sich gegen § 7 des Verbandsstatuts vergangen haben, wurden dem Hauptvorstand zum Ausschluß aus dem Verbands empfohlen. Nachdem noch der Vorsitzende die Kollegen auf die bevorstehende Landtagswahl hingewiesen, dabei hervorhebend, alles aufzubieten, um jeden Arbeiter an die Arne zu bringen, und dafür zu sorgen, daß nur sozialdemokratisch gewählt wird, ferner auf die von uns wirtschaftlich Abhängigen zu achten, schloß derselbe die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie.

Zentralverband der Dachdecker. In der letzten Mitglieder-versammlung wurde der Verbandsausschuß gewählt, welcher sich aus folgenden Kollegen zusammensetzt: Janell, Henfell, Hauschild, Winkowski und Bohn. Hierauf erfolgte eine längere Auseinandersetzung über die Regelung der Arbeitsnachweissfrage. Görlich wies darauf hin, daß aus unserem Nachweis die arbeitslosen Kollegen wochenlang sitzen, während sich die Arbeitgeber in den meisten Fällen von dem paritätischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße ihre Arbeitskräfte holen, da bekanntlich dieser Nachweis von der christlichen Organisation in Anspruch genommen wird. Darin liegt auch zugleich eine Gefahr für unsere Organisation. Eine große Anzahl zugereisener Kollegen werde durch die an öffentlichen Orten und in Lokalen befindlichen Plakate des genannten Arbeitsnachweises veranlaßt, sich an diesen zu wenden, um Arbeit nachgewiesen zu erhalten. Und bei dieser Gelegenheit versuchen die Christlichen, die betreffenden Kollegen für ihren Verband zu gewinnen, und mit Erfolg. Er, Redner, empfehle deshalb, den Arbeitsnachweis in der Gormannstraße für unsere arbeitslosen Kollegen bis auf weiteres freizugeben. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu. Mit der Neuregelung der Beitragsleistung für Berlin soll sich eine besonders zu diesem Zwecke stattfindende Extraversammlung in der nächsten Zeit befassen. Görlich machte bekannt, daß ihm sofort Mitteilung zu machen sei, wenn in einer Werkstelle die tariflichen Bestimmungen nicht innegehalten werden. Besonders sei auf die Einhaltung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit zu achten, und sind unter keinen Umständen Sonderverträge mit den Arbeitgebern abzuschließen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Karlsruhe, 20. Mai. (W. T. V.) Das Urteil im Prozeß Molitor-Herzog lautete auf ein Jahr Gefängnis für den Angeklagten Herzog und Tragung der Kosten!

Das Verfahren gegen den Angeklagten Graf ist eingestellt worden.

Das Frauenstimmrecht marschiert — in England!

London, 20. Mai. (W. T. V.) Premierminister Asquith machte einer von ihm empfangenen Abordnung von Anhängerinnen des Frauenstimmrechtes die Mitteilung, daß die Regierung noch vor Parlamentsschließung umfassende Maßregeln für eine Wahlreform treffen werde; er selbst rede dem Frauenstimmrecht nicht das Wort, die Regierung werde jedoch einer Gesetzesänderung zugunsten des Frauenstimmrechtes keinen Widerstand entgegensetzen.

London, 20. Mai. (W. T. V.) Im Unterhause empfing Premierminister Asquith eine Abordnung von Mitgliedern des Hauses, welche die Regierung aufforderten, die Durchbringung des Gesetzes betreffend das Frauenstimmrecht, der in zweiter Lesung bereits angenommen ist, zu fördern. Asquith erwiderte, er erkenne das Anwachsen der Bewegung für das Frauenstimmrecht an, könne aber die gewünschte Förderung des Gesetzes nicht zusagen, weil auf die Regierungsgeschäfte kein Druck ausgeübt werden dürfe; die Regierung beabsichtige, noch vor Schluß der Session ein Gesetz einzubringen, das die Ungerechtigkeiten im gegenwärtigen Wahlrecht beseitigen solle; wenn dann ein Antrag gestellt werden sollte, den Frauen die politische Freiheit zu geben, so würde die Regierung sich einem solchen Antrage nicht ablehnend gegenüberstellen.

Wann wird Deutschland nachhumpeln?

Rikolans rüstet...

Petersburg, 20. Mai. (W. T. V.) In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission der Reichsduma erklärte der Chef des Kriegsministeriums, die Neubewaffnung der Feldartillerie sei nahezu vollendet. Für den Kriegsfall sei genügend neues Geschützmaterial vorhanden. Die Kommission genehmigte den Kredit für den Ausbau strategischer Straßen im westlichen Grenzgebiet. Der Verkehrsminister brachte in der Duma einen Gesetzentwurf betreffend den Bau einer Verbindungsstrecke zwischen dem russischen und finnischen Eisenbahnnetz bei Petersburg ein, die Parteien der Rechten eine Interpellation über die Verhältnisse an der russisch-persischen Grenze.

Der „Amurs“ im russischen Ozean.

Petersburg, 20. Mai. (W. T. V.) In Kremenischug wurden 18 Soldaten, während sie an einer geheimen Versammlung teilnahmen, verhaftet.

Ein „christlich-soziales“ Blatt konfisziert!

Innsbruck, 20. Mai. (W. T. V.) Der christlich-soziale „Tiroler Anzeiger“ wurde wegen eines aufreizenden Artikels, in dem er zum Einmarsch von Bauernbataillonen und Straßenkämpfen auffordert, konfisziert.

Streik mit Dynamit und Revolver?

New York, 20. Mai. (W. T. V.) Beim Straßenbahnerstreik in Cleveland (Ohio) wurden fünf Wagen mittels Dynamit demoliert und zahlreiche Personen verletzt. Es gab Revolvergeschüsse mit der Polizei.

Senot.

Sass, 20. Mai. (W. T. V.) Der schwedische Dampfer „Selding“ ist an der holländischen Küste auf eine Sandbank gelaufen. Es herrscht starker Sturm. Man hofft jedoch, die Mannschaft zu retten.

Zur Lage landwirtschaftlicher Arbeiter.

Fünfundzwanzig russische Polen, junge Burden und Mädchen, sind am Montag von dem in Klein-Goltern, Kreis Linden, belegenen Gute des Herrn v. Heimburg dabongelaufen oder davongejagt, weil sie sowohl mit den dortigen Arbeits- und Lohnverhältnissen als auch mit der ihnen zuteil gewordenen Behandlung unzufrieden waren.

Auch diesmal klagen die Arbeiter, einzelne von ihnen seien geschlagen worden. Die Arbeit sei ungenügend bezahlt und der verdiente Lohn werde ihnen nicht nach Wunsch ausgezahlt. Als Antwort auf billige und gerechte Wünsche der Kermisler wurde ihnen erklärt: „Jetzt regieren wir; im Herbst wird bezahlt!“ und „Sie sind hier nicht in Russland, sondern in Hannover!“

Die Arbeiter sind zurzeit völlig ergebnislos. Einem sind sogar von dem gutsherrlichen Kautenwirt wegen rückständiger Bezahlung der entnommenen Waren die Stiefel zurückgehalten worden, so daß er barfuß zu gehen gezwungen war.

Der Arbeitsvertrag enthält Bedingungen, wie sie in den früher von der Landwirtschaftskammer zu Hannover ausgearbeiteten Formularen gebräuchlich sind.

„Verpflichtungsschein für Sommerarbeiter“

nimmt sich dieser Mustervertrag, Werkstättenweise trägt er einen Stempel vom 18. Dezember 1906, als Dauer des Arbeitsverhältnisses ist die Zeit „von etwa 12. März 1908 . . . bis zum 20. Dezember 1907 und als Nationalität der Arbeiter „Deutsche“ angegeben. In dem Vertrage heißt es:

„Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer entsagen der Forderung der ordentlichen Gerichte und unterwerfen sich bei allen vorkommenden Streitigkeiten bedingungslos dem Spruche eines bei der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover zu bildenden, aus drei Personen bestehenden Schiedsgerichts, zu welchem die Landwirtschaftskammer den Obmann, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aber je einen Beisitzer zu stellen haben.“

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit (5-7 Uhr) und der Frühstücks- (1/2 Stunde), Mittags- (1 Stunde) resp. Vesperpause (1/2 Stunde) ist die ortsübliche. In dringenden Fällen haben die Arbeiter auch außer dieser Zeit auf Verlangen des Arbeitgebers oder dessen Stellvertreters Wirtschaftsarbeiten zu verrichten. Die Beurteilung, ob ein Notfall vorliegt, steht allein dem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter zu. Die Entschädigung für die Überstunden beträgt bei Männern 15 Pf., bei Frauen, Mädchen und Burden 10 Pf. In der Erntezeit werden keine Überstunden bezahlt. Im März und den dunklen Herbsttagen, wo die Arbeitszeit der Dunkelheit wegen verkürzt werden muß, wird 1,50 M. den Männern, 1,20 M. den Burden, 1.- M. den Mädchen bezahlt.

Während der übrigen Zeit beträgt der Tagelohn in den ersten vier Wochen 1,75 bzw. 1,50 bzw. 1,20 M., und später 2.- M. bzw. 1,75 M. bzw. 1,50 M. Neben diesen Lohnsätzen wird jedem Arbeiter pro Person und Woche 25 Pfund Kartoffeln und 1/2 Liter Milch gewährt. Die vereinbarten Akkordpreise zeichnen sich ebenfalls durch große Weisheit aus.

„Von den gewachsenen Naturalien,“ heißt es dann weiter, „dürfen die Leute nichts verkaufen, müssen vielmehr alles übrig gebliebene an den Arbeitgeber zurückgeben.“

Die Kosten der Heimreise von der Heimat bis zum Dienstort (bei den Ausländern von der Landesgrenze bis zum Dienstort) werden vom Arbeitgeber vorgeschossen. Derjenige Arbeiter, der die vereinbarte Arbeitszeit nicht ausfüllt, muß dem Arbeitgeber das vorgeschossene Reisegeld ersetzen; demjenigen Arbeiter, der die vereinbarte Dienstzeit ausgedehnt hat, wird das vorgeschossene Reisegeld erlassen und das Reisegeld zur Rückreise aus den Mitteln des Arbeitgebers gewährt.

Das Auslohn geschieht am Sonnabend oder Montag und zwar bis einschl. Freitag der betreffenden Woche. Von den Löhnen der ersten 7 Wochen werden den Mädchen je 8 M., zusammen

also 21 M., den Männern und Burden 8 Wochen a 3 M. = 24 M. als Kaution einbehalten, jedoch erst beim ordnungsmäßigen Abgang der Arbeiter fällig und ausbezahlt.

Die Unterzeichneten sind damit einverstanden, daß die ihnen bei ihrer Anwerbung gewährten Vorrechte bei der ersten Lohnzahlung einbehalten werden.

Es verpichtet ein jeder der Arbeiter, den Anordnungen des Arbeitgebers unbedingten Gehorsam zu leisten. Der Arbeitgeber ist berechtigt, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen, wenn ein Arbeiter: a) den dienstlichen Anordnungen des Arbeitgebers oder dessen Vertreters selbst auf zweimalige Aufforderung hin nicht Folge leistet; b) den Arbeitgeber oder dessen die Aufsicht ausübenden Vertreter beschimpft; c) oder gar demselben tätlich sich widersetzt; d) wenn ein Arbeiter stiehlt; e) wenn eine Person schwanger wird; f) wenn der Arbeiter zu den verbundenen Arbeiten unfähig sich erweist; g) wenn er sich der Aufwiegelung schuldig macht; h) wenn er die Tiere des Herrn quält.

Die zu Recht erfolgte Entlassung des Arbeiters steht dem rechtmäßigen Bruch des Arbeitsverhältnisses gleich, ebenso die Weigerung, das vereinbarte Arbeitsverhältnis überhaupt anzutreten. Bei vorzeitiger Entlassung infolge Krankheit oder Einberufung zum Militär haben die betreffenden Arbeiter keinen Anspruch auf freie Rückreise. Dagegen muß ihnen von den als Kaution einbehaltenen Löhnen ein Teilbetrag ausgezahlt werden und zwar ein Sechstel für jeden vollen Monat, den sie wirklich gearbeitet haben. — Dem Arbeitgeber steht wegen aller Forderungen aus diesem Vertrage sowie wegen Schadenersatzansprüchen das Recht auf Einbehaltung der Kaution, Papiere und Sachen des Arbeitnehmers zu.

Kein Wunder, daß die Arbeiter in den ersten Wochen meist ohne Geld und daher auf den Kredit des Aufsehers, der zugleich Kautenwirt, angewiesen sind. Die bedauerndsten Arbeiter haben sich an das Landratsamt Linden mit der Bitte um Uebermittlung der berühmten Legitimationskarte gewendet, ohne welche sie in Deutschland nicht geduldet werden, und beantragt, Herrn v. Heimburg zu veranlassen, den rückständigen Lohn auf dem Landratsamt zur Auszahlung an die Arbeiter niederzulassen. Ob und in welchem Umfange das Landratsamt insdane ist, den berechtigten Anträgen der Arbeiter zu entsprechen, wird sich bald zeigen.

Die Frauen, die Landtagswahl und das neue Vereinsrecht.

Zwei Versammlungen hatte der „Allgemeine sozialdemokratische Wahlverein Berlin und Umgegend“ zum Dienstag nach dem Festsaal von Raabe in der Fichtestraße und nach den „Germania-Sälen“ einberufen.

Die sehr zahlreich besuchte Versammlung bei Raabe zeigte schon rein äußerlich das stets zunehmende Interesse der proletarischen Frauen am politischen Leben. Sie bestand fast ausschließlich aus Frauen.

Genossin Mathilde Wurm referierte über „Die Frauen und die Landtagswahl“. Sie führte aus, daß die Befreiung des Stenbs, welches die kapitalistische Wirtschaftsordnung zeugt, nur möglich sei durch die Eroberung der politischen Macht. Ein Weg zu deren Eroberung sei das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen vom zwanzigsten Jahre an. Die herrschende Klasse in Preußen verweigere es den arbeitenden Frauen und Männern. Die bestehende Klasse wolle die politische Macht allein in der Hand behalten. Den Frauen, die durch die kapitalistische Entwicklung immer mehr in das Getriebe des Erwerbslebens hineingerissen würden, die Steuern zahlen müßten, wie der Mann, und deren Kinder vom Staat unter die Waffen gezogen würden: ihnen fehle jeder Einfluß auf die Gesetzgebung. Deshalb müßten sie ihn sich erkämpfen. Das könne nur geschehen durch Anschluß an die Sozialdemokratie, die allein für das volle Wahlrecht eintritt. Alle anderen Parteien seien Feinde dieses Wahlrechts. Lieber ließen sie sich die reaktionäre Regierung gefallen, als daß sie sich für die Arbeiter verwendeten. Gerade die letzten Jahre müßten den vertrauensseligsten Schwärmern für den Liberalismus gezeigt haben, daß von ihm nichts zu erwarten sei. Rednerin wies dann in einem geschichtlichen Rückblick nach, daß das Bürgerrecht nicht immer reaktionär gewesen sei, sondern seine politische Macht blutigen Revolutionen verdanke. Dabei erbrachte sie auch den geschichtlichen Nachweis, daß die Furcht vor der emporkommenden Arbeiterklasse das Bürgerrecht immer reaktionärer habe werden lassen. Die Scheidung in zwei Klassen, Besitzlose und Besitzende, sei vollzogen. Der arbeitenden Klasse ständen alle anderen

gegenüber als eine reaktionäre Masse. Das hätten am besten auch die Vorgänge am 10. Januar im preussischen Parlament gezeigt, auf die Rednerin kritisch eingeht, indem sie namentlich die jämmerliche Haltung des Freiheims würdigt. Weiter behandelte Genossin Wurm die Steuerpolitik, die die Hauptlasten den Armen auflegt und die Besitzenden möglichst schon. Auch unser Schulwesen und die dabei in die Erscheinung tretende Vernachlässigung der breiten Volksschichten durch den Staat und die Herrschenden gab ihr reichlich Gelegenheit zu treffender Kritik, wobei die Volksverdummungsbestrebungen der Agrarier nicht zu kurz kamen. — Die Frauen, führte sie weiter aus, dürften nicht mehr blind sein gegenüber all den leiblichen und geistigen Nöten, die von der kapitalistischen Gesellschaft ausgingen. Die Frage: „Wohin gehöre ich?“ sei zu beantworten: „Nur bei der Sozialdemokratie findest Du die Vertretung Deiner Interessen!“ Die große Mehrheit der bürgerlichen Frauen stehe in Interessengemeinschaft mit dem bürgerlichen Mann, vertrete das Interesse des Schicks. Und hinter einer kleinen Gruppe von Frauen aus dem Bürgertum, die Forderungen aufzustellen wage, stehe keine Partei, wie das der Parteitag der Freisinnigen in der letzten Woche des April zur Genüge bewiesen habe. Für ihre Forderungen einzutreten lehnten die Freisinnigen ab, gerade so wie seinerzeit der Nationalverein den Arbeitern nur zu gestehen wollte, sich als Ehrenmitglieder zu betrachten, es aber ablehnte, ihnen Rechte zu geben. — Jetzt sei der Augenblick gekommen, wo die Frau teilnehmen müsse am Kampfe der Arbeiterklasse. In dem Wahlkampfe hätten die Frauen den Männern tatkräftig zu Hilfe zu kommen. Sie hätten nicht nur die Lauen anzuerkennen, sondern auch als Einkäuferinnen für die Wirtschaft ihre Pflicht zu tun. Es seien von ihnen die Geschäftsleute beim Wort zu nehmen, die immer dem arbeitenden Volke ihre Sympathie aussprächen. Fordern wir von ihnen, daß sie bei der Wahl ihre Stimme nur einem Vertreter der Sozialdemokratie geben, und sagen wir ihnen ruhig, daß wir, wenn sie es nicht tun, ihnen unsere Kundtschaft entziehen. (Lebhafte Bravorufe.) Die Gegner können das ruhig Terrorismus nennen, uns solle das wenig kümmern. Jahrhunderte lang hätten die Besitzenden die Arbeiter herabgewürdigt und Jahrtausende sei die Frau als minderwertig behandelt worden. Lehren wir den Frauen, überall wo wir sie treffen, daß der einzige Weg, den die proletarische Frau gehen könne, der Weg der kämpfenden Arbeiterklasse sei, damit wir alle gemeinsam das eine Ziel erkämpfen: die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische, die allen Menschen das gleiche Recht auf Freiheit, Gleichheit und Freude gebe. (Großer Beifall.)

An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Wien, Klopsch, Schulz und die Vorsitzende Genossin Jung. Die Vorsitzende schloß sich dem Wünsche an, den Genossin Auguste Selzimus einem von ihr gestifteten großen Blumenstrauß beizugeben: „Für jede Blume tausend Anhänger!“ Nach einem Schlusssatz der Genossin Wurm trennten sich die Versammelten mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Ebenfalls sehr stark besucht war die Versammlung in den Germania-Sälen, die erste unter dem neuen Vereinsgesetz, ohne überwundene Polizei. In der Mehrzahl waren Frauen vertreten, für die der Vortrag des Genossen Georg Ledebour hauptsächlich bestimmt war. Er sprach über das Thema: „Die Aufgaben der Frauen unter dem neuen Vereinsgesetz und die preussischen Landtagswahlen“. Der Redner erinnerte an die Demonstration der Jugendlichen, zu denen er am Vorabend des Tages sprach, an dem sie durch das neue Vereinsgesetz aus politischen Vereinen und Versammlungen hinausgedrängt wurden; heute spreche er zu den Frauen, denen durch dieses Gesetz die Teilnahme in gleicher Weise wie den Männern endlich gestattet werde. Man habe es aber der Regierung durchaus nicht zu danken, daß hier eine heilsame Forderung der Frauen Erfüllung fand. Wenn man die notwendige Einheitslichkeit des Gesetzes in ganzen Reich nicht gefährden wollte, mußte man in Preußen besonders sich zu einigen Verbesserungen verstehen, die selbst in Sachen nicht mehr fehlten. Ledebour ging auf das Gesetz näher ein und erklärte, warum es von unserer Partei verworfen wurde und in seiner Gesamtheit für eine demokratische Partei unannehmbar sein mußte. Ferner erklärte er, welche Konflikte das alte Gesetz in bezug auf die Teilnahme der Frauen an Versammlungen brachte, wie die Genossinnen die ergangene Verordnung des Ministers Hammerstein benutzten, daß die Frauen in einem Segment an Versammlungen teilnehmen könnten, nachdem der Bund der Landwirte dies Recht längst und ohne zu fragen in Anspruch genommen hatte. Jetzt liegt es an den Frauen, sich die Vorteile des neuen Gesetzes zunutze zu machen. Gegenwärtig sei der Allgemeine Wahlverein gegründet,

mittelbarste Wurzel im sozialen Elend der unteren Bevölkerungsschichten. Wenn Sie die sozialen Zustände, und Sie bekämpfen damit den Alkoholismus erfolgreicher, als es die besten Trinkerheilstätten nur immer vermögen!“

Der Sozialdemokratie hat Professor Lewin damit nichts Neues gesagt. Aber sie verzeichnet das Zeugnis eines Gelehrten, der schließlich sachverständiger ist, als irgend ein konservativer Professor der Nationalökonomie, dem derlei praktische Erfahrungen nur einmal nicht in seinen theoretischen Kram passen.

Theater.

„Fessing-Theater. Die „Frau vom Meere“ von Ibsen. Mit diesem Stück, das jetzt in einigen Rollen umbesetzt ist, begann nach der Umsiedelung Brahms ins Fessing-Theater sein berühmter gewordenen Ibsen-Zyklus, der, in jeder Saison durch glänzende Neueinstudierungen erweitert, nur noch weniger Dramen zum Abschluß bedarf. Nach all den nützlichen Premieren, die im Winter vorüberzogen und keine andere Stimmung als die des potenzierten Ueberdrusses hinterließen, drängte sich hier einmal wieder dem Zuschauer die lebendige Empfindung von der Bedeutung und dem hohen Werte wirklicher Bühnenkunst auf. Trotzdem das Werk beträchtlich hinter den größten Schöpfungen des Meisters zurücksteht, trotzdem der symbolische Gehalt nicht reiflos in der naturalistischen Darstellungsform zu ungewonnenem Ausdruck gelangt und die Gelung der Fessing leicht ein gewisses Kopfschütteln provoziert, geht von dem Ganzen bei einer seinem Geiste gleichwertigen Darstellung, wie dieser hier, doch immer eine tiefe, lang nachhaltende Wirkung aus. Die Elida von Irene Triefsch steht ebenbürtig neben den Gestalten ihrer Welts in „Rosmersholm“, ihrer Mita in „Klein-Golff“. Sie rückt das phantastisch-dämonische Wesen mit so sicherem Takte in den Kreis der sie umgebenden Alltagsmenschen hinein, daß ihre Elida, bei aller Wahrung des Abstandes zwischen ihnen, sich dennoch durchaus glaubhaft ausnimmt. Der pathologisch-nerdöse Hintergrund und Nährboden des Seelenzustandes wird auf's anschaulichste angedeutet, aber doch immer derart, daß die Erinnerung an die Prosa des Physiologischen den poetischen Schimmer nicht zerstört. Neben dem abstoßenden Eigenstun der Zwangsvorstellungen läßt sie so vielschichtige Illusivität, soviel liebenswerte Güte mitanklingen, daß die unendliche Geduld und Liebe Wangels ihr gegenüber verständlich scheint. Den Gipfelpunkt erreichte diese seelenvolle Kunst in der großen Szene des zweiten Akts, dem eigentlichen Zentrum des Dramas, wo Elida dem Gatten zum erstenmal einen Einblick in die qualenden Geheimnisse ihres Innern gewährt. Da wechselte er die Färbung des Tons mit jedem Satz, bedeutungsvoll die leiseste Veränderung in dem Vortragsverlaufe widerpiegeln. Für den schlichten Sinn des Dr. Wangel, die unerklärliche Festigkeit, mit der er liebt und ruhig-sicher den finsternen Wahn in Elidas Gemüt bekämpft, fand Oskar Sauer Töne von gleich vollendetem Ueberzeugungsgrad. Wie erschütternd klang am Schluß noch der

schwer errungene Sieg, der Ausbruch frohlockender Freude! Sehr gut war es auch um die Neubestellungen bestellt. Herr Reichert hatte den bedächtigen Oberlehrer, Willi Grünwald den naiven jungen Künstler, Ida Drossig, die ja in solchen Rollen immer glänzt, den ledigen Wadlitz übernommen. Herr Marx gab den mysteriösen „fremden Mann“ recht unromantisch einfach, aber darum doch wohl eindrucksvoll.

Humor und Satire.

— Die Instruktion. „Wo heute der erste Tag in Pension! Da will ich doch einmal die Dienstinstruktion mit Ruhe lesen!“

— Legitimation. Chef: „Sie sind der Hausknecht Meier; haben Sie eine Legitimation?“ Hausknecht: „Draußen auf der Straße liegt sie — Ihr damischer Buchhalter, der mich net hat eini lassen wollen.“

— Ermahnung. Schulrat (zum Lehrer, der dafür belamnt ist, daß er viel prügelt): „Ich gebe Ihnen den Rat, in Zukunft mehr an die Ehre und weniger an das Gefühl der Kinder zu appellieren!“

— Milderungsgrund. Richter: „Sie haben gesagt, den Kläger solle der Teufel holen?“ Angeklagter: „Allerdings, aber es ist nichts daraus geworden!“ (Regendorfer-Blätter.)

Notizen.

— Theaterchronik. Im Deutschen Theater beginnt die Sommer-Spielzeit unter Direktion der Herren Arnold und Wahmann am 9. Juni mit dem Baudeville „Die Oretill-Gräfin“ von Georg Vero.

— Das Recht des Autors auf Aufführung. Das Pariser Zivilgericht sprach gegen den Direktor Jules Claretie und gegen die Verwalter der Comedie française das Urteil aus, die Aufführungen des Dramas „Foyer“ von Ibsen und Ratanoff, das sich Claretie trotz vorhergehender Annahme zu spielen geweigert hatte, wieder aufzunehmen. Für jeden Tag der Verzögerung ist eine Geldstrafe von 100 Frank zu zahlen.

— Strenge Selbstkritik. Wie aus Paris berichtet wird, hat Claude Monet, das jetzt 68 jährige Oberhaupt der großen impressionistischen Maler Frankreichs, dem die Welt eine solche höchste Meisterwerke verdankt, ein Duzend seiner eigenen Bilder vernichtet. Er trug sich mit der Absicht, diese Werke, die er in dreißigjähriger Arbeit vollendet hatte, auf eine große Ausstellung zu schicken, die demnächst in Paris eröffnet werden soll. Es waren Landschaftsstudien, die eine Wasserfläche in verschiedenartigen Beleuchtungen und Farbenharmonien zeigten. Während er sie betrachtete, kam er zu dem Urteil, daß sie nicht völlig auf der Höhe seines Könnens ständen, und vernichtete die Werke, deren Verkaufswert auf 400 000 M. bemessen wird, in wenigen Minuten.

Kleines feuilleton.

Der Frühling als „Gabenpender“. Eine Zusammenstellung der Frühlingseinwirkungen auf Selbstmord, Jersim und Verbrechen gibt die „Wiener Arbeiterzeitung“. Die alte medizinische Wissenschaft in China lehrte schon, daß im Frühjahr die menschlichen Leidenschaften erwachen und schon die alten griechischen und römischen Schriftsteller hoben hervor, daß Frühjahr und Sommer die Perioden der größten Ausgelassenheit und Sinnlichkeit seien. Wenn der Spargel blüht und die Lilien am lauteften zirpen, dann sind die Weiber am verliebtesten und die Männer am schwächsten, meint Plinius und so fügen neuere Autoren hinzu, im Frühommer sind auch Selbstmord, Jersim und Verbrechen am häufigsten. Von den durchschnittlich 60 000 zur amtlichen Kenntnis gelangenden Selbstmorden, die jährlich in Europa verübt werden, entfällt der größte Teil auf die schönste Jahreszeit, und zwar auf Mai und Juni. Die Ursache wird einerseits in der mit Mai beginnenden Hitze, andererseits in den wechselnden Witterungseinflüssen zu suchen sein. In südlichen Ländern bringt der Sirocco Unbehagen, Kopfschmerz mit sich und wirkt depressierend auf die Stimmung; bei uns sind es die schroffen Wechsel der Witterung, die namentlich auf neuro- und psychopathische Personen einwirken. Schon längst weiß man, daß der höchste Stand von Geisteskrankheiten im Frühjahr erreicht wird. Im gemäßigten Klima erreichen Verbrechen ihren Höhepunkt zu Anfang der heißen Jahreszeit, gewöhnlich im Juni. So ist zum Beispiel in Belgien der niedrigste Stand im Februar, der höchste im Juni, dasselbe gilt für Frankreich. Die Vergehen gegen die Sittlichkeit folgen der allgemeinen Regel und erreichen ebenfalls im Frühommer den höchsten Stand. In Frankreich kommen solche Verbrechen am häufigsten im Mai, Juni, Juli vor und in Deutschland fand Professor Aschaffenburg eine Steigerung von März und April an mit dem Juli als Höhepunkt (in Italien Mai).

Ein akademisches Gutachten. Professor Dr. Lewin, Dozent der Arzneimittellehre an der Berliner Universität, hat jüngst in seinem pharmakologischen Kolleg eine Aeußerung über den Zusammenhang des Alkoholismus mit den sozialen Zuständen getan, die durch ihre radikale Formulierung und mehr noch durch die Stelle, von der sie gesprochen wurde, Beachtung verdient. Lewin schilderte die verheerende Wirkung des Opiumgenusses auf den chinesischen Volkstempel und die im Auslande fröndenden Aflu, und betonte, daß weder gesetzliche noch medizinische Mittel hier Abhilfe schäfen, daß es aussichtslos und nicht einmal philanthropisch sei, diesen gewählten, menschenunwürdigen Existenz das einzige Betäubungsmittel, die Opiumpflanze, aus den Händen zu winden. Und genau so verhalte es sich mit dem analogen Symptom des Alkoholismus. „Auch der Alkoholismus als Massenepidemie und Massenerkrankung“

der Frauen als Mitglieder willkommen heißt; es sei hauptsächlich für die Kämpfe in der Wahlzeit bestimmt. Nach den Wahlen sei zu erwarten, daß sich die Frauen in Massen den politischen Vereinen anschließen werden. Man rechnet auf „Zahlen“ mit drei Nullen! (Zuruf: Noch lange nicht genug!) Nun, um so besser, je höher die Zahl steigt! Man hat nur ein Messer mit dem Heft allein. Die Klinge, das Wahlrecht der Frauen, fehlt noch und muß im Reich, wie im Staat und in der Kommune, erst erkämpft werden. In diesem Kampf werden wir wieder isoliert dastehen, denn auf die Freisinnigen ist kein Verlaß. In Amerika, Australien und anderen Staaten, wie in Finnland besonders, hat das Frauenwahlrecht schon große Anerkennung gefunden, und bei uns sind alle Reaktionen, auch die freisinnigen Schlafmügen, noch fest überzeugt, eine solche Erneuerung sei nicht durchzuführen. Ledebour ging dann mit den Freisinnigen scharf ins Gericht in Bezug auf die kommenden Landtagswahlen und ihr Verhalten gegenüber der Wahlrechtsforderung. Hier haben die Frauen die Aufgabe, ihren Einfluß geltend zu machen. Sie können bei der öffentlichen Abstimmung eine scharfe Kontrolle ausüben, um zu erfahren, wo unsere Gegner sitzen. Sie sollen einen Druck ausüben, um das öffentliche Wahlverfahren unmöglich zu machen. — Eine große Aufgabe der Frauen besteht darin, die Jugend aufzuklären und den Einflüssen von Kirche, Schule und Kaserne entgegenzuwirken, daß unsere jungen Leute nicht mit Anschauungen erfüllt werden, die unsere Partei als kulturfeindliche bekämpfen muß. Zu Agitatoren für unsere Sache müssen die Frauen werden und die Wahrheit über den Sozialismus verbreiten helfen, damit wir endlich über die Lüge und den Unverstand triumphieren und die Massen des Volkes ganz für uns gewinnen. (Großer Beifall.)

Nach kurzer Diskussion schloß die Vorsitzende, Genossin Goppo, die Versammlung mit einer Aufforderung, den Vortrag zu beherzigen und in die Organisation einzutreten.

Verbandstag der Stukkateure.

Nürnberg, 10. Mai.

Ueber die Diskussion des ersten Verhandlungstages ist noch einiges nachzutragen. Dabei spielte eine große Rolle das Ausschlußverfahren, speziell ein in Vergedorf vorgekommener Fall, in dem ein Kollege ausgeschlossen wurde, weil er eine Arbeit angenommen hatte, aus der andere Kollegen wegen angeblich unvollständiger Ausführung entlassen worden waren. Dieser Fall wirft die Frage auf nach einer Regelung der Durchführung der Waisperrn und gibt, in Verbindung mit anderen Fällen, Anlaß zu der von verschiedenen Seiten erhobenen Forderung, das Ausschlußverfahren anders zu gestalten. Die Ausschüsse erfolgen in den Zahlstellen aus den verschiedenartigsten Gründen; was in der einen Zahlstelle als ausschlußwürdige Handlung gilt, wird in der anderen nicht als solche betrachtet. Es wird daher angeregt, eine Zentralstelle für Ausschüsse zu schaffen. Ausführlich besprochen werden auch die von einigen Kollegen in den Filialen bezugenen Unterschlagungen; hier werden Abhilfemaßnahmen und entsprechendes Vorgehen sowohl in strafrechtlicher als auch in zivilrechtlicher Beziehung verlangt. Entschieden kritisiert wird auch die Verwendung von der Hauptkasse gehörigen Geldern in den Filialen und gefordert, daß solche zurückgehaltenen Gelder nicht mehr nachgelassen werden.

Nachdem die Rednerliste erschöpft ist, weist Odenhal in seinem Schlusswort die gegen den Vorstand erhobenen Angriffe zurück, worauf die Sitzung auf Dienstag verlagert wird.

In der Dienstagssitzung wird zunächst ein Schreiben der Generalversammlung der Stukkateure Oesterreichs verlesen, die den Verbandstag der deutschen Stukkateure begrüßt und ersucht, derselbe möge den Beschluß fassen, dahin zu wirken, daß nur diejenigen aus Oesterreich zugerechneten Stukkateure in Deutschland Arbeit bekommen, die Mitglieder der dortigen Berufsorganisation sind. Dies wird damit begründet, daß viele Stukkateure aus Oesterreich in Deutschland Arbeit suchen, die Mitglieder des Maurerverbandes Gruppe 8 seien, der den Bestrebungen des Stukkateurverbandes vielfach hindernd in den Weg trete. Der Verbandstag nimmt das Schreiben lediglich zur Kenntnis, da er sich nicht in die inneren Streitigkeiten einer ausländischen Organisation einmischen könne.

Thielberg-Samburg geht in seinem Schlusswort auf die bezüglich der Fachpresse geäußerten Wünsche und Beanstandungen ein und verbreitet sich dann über die Frage der Unterichtsfrage. Es müsse ein Beschluß gefaßt werden, nach welchen Gesichtspunkten die Sache gemacht werden soll. Zunächst müßten die Kurse nur von den Kollegen besucht werden, die als Beamte angestellt werden. Die Bewerbungen, die im Fachblatt ausgeschrieben sind, sollen schriftlich erfolgen und einen kurzen Abriss der bisherigen Tätigkeit enthalten, damit man sieht, ob auch die nötigen Fähigkeiten vorhanden sind. Es müsse auch eine gewisse Dauer der Mitgliedschaft, etwa 5 Jahre, zur Vorbedingung gemacht werden, damit man die Gewähr habe, daß die Betreffenden auch dem Verbands treu bleiben. Die Kosten hätte die Hauptkasse zu tragen. Der Vorstand hätte den Kollegen auch die nötige Literatur zur Verfügung zu stellen. Die Bewerbungen sollen Vorstand und Ausschuß gemeinsam prüfen.

Giebler-Samburg behandelt in seinem Schlusswort die Schulden, die die Filialen an die Hauptkasse haben, und würde es für einen großen Fehler halten, wenn man heute einen großen Streich durch diese Rechnungen machen würde. Bei verschiedenen Filialen herrsche schon jetzt das Bestreben, die Bezahlung ihrer Schulden möglichst lange hinauszuschieben, bis der Verbandstag herankommt, um sie dann streichen zu lassen.

Der Ausschußvertreter Hanke-Berlin erklärt, daß der Ausschuß gegen die Verschiebung des Verbandstages Einspruch erheben möchte, um kein Präjudiz für zukünftige Fälle auskommen zu lassen. Der Ausschuß hätte auch bei Besichtigung der Rednerschule gehört werden müssen. Der Vorstand habe es dem Ausschuß gegenüber an der nötigen Aufmerksamkeit fehlen lassen. Man solle sich nicht darauf festlegen, daß bloß die Angestellten auf die Gewerkschaftsschule geschickt werden sollen.

Es folgt nun die Abstimmung über die hierzu vorliegenden Anträge. Ein Antrag Krebs-Berlin und Genossen, der die Teilnahme an den Unterrichtskursen regeln will, wird im Einverständnis mit den Antragstellern bis zur Behandlung des Punktes Agitation und Organisation zurückgestellt. Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses, wonach Beschwerden wegen verweigerter Aufnahme innerhalb eines Monats an den Hauptvorstand, nach Ablehnung innerhalb der gleichen Frist an den Ausschuß zulässig sind. Die Wiederaufnahme ausgeschlossener erfolgt auf Antrag der Filiale durch den Hauptvorstand. Beschwerde gegen den ablehnenden Bescheid kann innerhalb eines Monats beim Ausschuß und in letzter Instanz beim Verbandstag erhoben werden. Zur Annahme gelangt ferner ein Antrag des Ausschusses, wonach der Ausschluß von Mitgliedern auf Antrag der Filiale durch den Hauptvorstand erfolgt. Beschwerde gegen den Ausschluß kann innerhalb eines Monats beim Ausschuß erhoben werden. Die Einlegung der Beschwerde hat auffhebende Wirkung. Ein Antrag Chemnitz, daß die Namen aller sich zur Aufnahme Meldender vorher in der Zeitung zu veröffentlichen seien, wird mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Ein Antrag Dortmund, die Namen der Ausschlossenen in einer besonderen Rubrik im Fachblatt zu veröffentlichen, gelangt gegen drei Stimmen zur Annahme. Einstimmig angenommen wird ein Antrag des Ausschusses, daß, wenn während der Wahlperiode eines der vom Verbandstag zu wählenden Vorstandsmitglieder ausscheidet, der Hauptvorstand mit dem Ausschuß nach erfolgter Ausschreibung des Postens ein geeignetes Ersatzmitglied wählt. Beim Ausscheiden eines der übrigen Mitglieder des Hauptvorstandes hat die Filiale, an der der Hauptvorstand seinen Sitz hat, auf dessen Antrag eine Ersatzwahl vorzunehmen. Ein weiterer Antrag des Ausschusses, der verlangt, daß der Ausschuß, wenn ein Mitglied des Hauptvorstandes sich in der Ausübung seines Amtes lässig zeigt, sofort geeignete Maßnahmen zu treffen hat, wird ebenfalls angenommen, desgleichen ein Antrag, daß die Entscheidungen des

Ausschusses, soweit sie Beschwerden einzelner Mitglieder über den Hauptvorstand oder die Befreiung von Unterstufungsgeldern betreffen, endgültig sind. Abgelehnt wird der Antrag Düren, der dortigen Filiale die Rückzahlung des der Hauptklasse vom Streif 1906 her noch ausstehenden Betrages zu erlassen. Ein Antrag Straßburg, im Fachblatt eine „Sterbetafel“ einzurichten, wird angenommen, ebenso der Antrag Berlin, daß alle besoldeten Beamten in der Filiale, wo sie ihren Sitz haben, als Mitglieder zu betrachten sind und alle Extrabeiträge zu bezahlen haben. Damit ist dieser Punkt erledigt, und es wird nun in die Beratung des wichtigsten Punktes „Erweiterung der Unterstufungseinrichtungen“ eingetreten. Es handelt sich dabei hauptsächlich um

Einführung einer Erwerbslosenunterstützung.

für die der Vorstand dem Verbandstag einen Entwurf unterbreitet hat.

Referent über diesen Punkt ist Thielberg-Samburg, der eine ausführliche Darstellung der ganzen Frage gibt. Sie hat den Verband schon öfters beschäftigt. Schon dem Leipziger Verbandstage lag eine ausführliche Vorlage vor, die aber abgelehnt wurde, weil die Mehrheit meinte, daß der Verband die damit verbundenen Pflichten nicht leisten könne. Heute stehen wir nun neuerdings vor der Frage: was haben wir in dieser Beziehung zu tun? Diesmal ist die Anregung direkt aus den Kreisen der Mitglieder gekommen. Man braucht heute nicht mehr viel darüber zu diskutieren, ob es eine gewerkschaftliche Aufgabe ist, für die Arbeitslosen etwas zu tun, jeder Gewerkschaftler ist sich darüber klar, daß dies in seinem Interesse und im Interesse der Gewerkschaft liegt. Zwei Drittel aller Gewerkschaften haben bereits Fürsorge für die Arbeitslosen getroffen, im Bauberufe allerdings nur die Bildhauer zum Teil und die Zimmerer. Die letzteren haben damit sehr gute Erfolge gemacht. Einer sehr wichtigen Aufgabe sollte sich endlich auch der Verband der Stukkateure nicht länger mehr entziehen. Daß die Sache durchführbar ist, sei zweifellos.

11. Schmiede-Verbandstag.

Dresden, 10. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

Zur Beratung steht die

Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband.

N a m b o r g - S a m b u r g als Referent führt aus: Unser Antrag auf Verschmelzung kommt nicht überraschend. Den Gründern des Schmiede-Verbandes soll durch unseren Antrag durchaus kein Vorwurf gemacht werden. Redner verbreitet sich dann über das Verhältnis zwischen seinem und dem Metallarbeiterverband. Gegen früher hätten sich die Verhältnisse gebessert. Noch heute finden gegenseitige Reibereien statt. Das muß im Interesse der Gewerkschaftsbewegung verschwinden, es muß alles getan werden, um ein Einigkeitsverhältnis zwischen den einzelnen Organisationen herbeizuführen. Die größeren Organisationen haben sich die nötige Achtung vor dem Unternehmertum verschafft. Die organisierte Arbeiterschaft hat es unter allen Umständen nötig, sich immer mehr zusammenzuschließen. Durch eine Verschmelzung würden die Mitglieder unseres Verbandes durchaus nicht in ihrer Selbstbestimmung beeinträchtigt. Man ist vielfach mit der Geschäftsführung des Metallarbeiterverbandes nicht einverstanden, aber das darf nicht gegen eine Verschmelzung sprechen. Nicht aus niederen Motiven, sondern aus innerer Ueberzeugung haben wir diesen Antrag gestellt. In Samburg ist man nicht etwa vereinzelt für eine Verschmelzung, sondern in einer Versammlung ist eine dahingehende Resolution mit großer Majorität angenommen worden. Die Schwierigkeiten der Agitation und die Grenzstreitigkeiten werden durch eine Verschmelzung beseitigt werden. Redner führt dann einige Zahlen an, um zu beweisen, daß durch eine Verschmelzung die Verwaltungskosten viel niedriger seien. Die Verschmelzung ist eine Notwendigkeit und muß beschlossen werden, ohne sie länger hinauszuschieben. Wenn die Verschmelzung beschlossen wird, so tun wir ein gutes Werk im Interesse und zum Nutzen unserer Organisation.

S a m b u r g beantragt folgende Resolution

Die 11. Generalversammlung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen erklärt:

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat ungewollt zu erkennen gegeben, daß die Industrieverbände die zweckmäßigsten sind; daß ferner die in letzter Zeit zutage getretene enge Koalition der Unternehmer der Groß- und Metallindustrie die Notwendigkeit der Vereinigung und somit die höhere Schlagfertigkeit der Arbeiterbewegung zur Folge haben muß.

Auf Grund dieser Ueberzeugung beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes in Unterhandlungen zu treten zwecks Verschmelzung des Zentralverbandes mit dem Metallarbeiterverband.

Die Generalversammlung bestimmt ferner, daß bei den Unterhandlungen unsererseits ein Mitglied des Vorstandes, des Ausschusses und je ein Mitglied von den drei größten Zahlstellen vertreten sein muß.

Für den Fall der Ablehnung dieser Resolution wird folgender Antrag gestellt:

Sollte die Generalversammlung die Resolution ablehnen, so beantragt wir, daß in dem Gesamtverband eine Urabstimmung über die Resolution vorgenommen wird. Die Urabstimmung ist einseitlich mit geheimer Abstimmung in Mitgliederversammlungen vorzunehmen. Die vom Vorstand auszugehenden Stimmzettel dürfen irgendwelche Erläuterungen für oder gegen die Verschmelzung nicht enthalten.

R e p e r t - S a m b u r g als Korreferent: Obgleich eine Verschmelzungsantrag schon auf dem letzten Verbandstag abgelehnt worden ist, hat man wohl mit der Wiederkehr eines solchen Antrages gerechnet. Er dürfte auch nach seiner diesmaligen Ablehnung wiederkommen. Er müsse sich gegen eine Verschmelzung erklären. Diese Frage sei noch nicht spruchreif, wenn er auch der Ueberzeugung sei, daß die Verschmelzung einmal kommen würde. Grenzstreitigkeiten seien überall vorhanden. Auch der Gewerkschaftslogengrich wird sich mit den Grenzstreitigkeiten beschäftigen, aber auch er wird sich nicht so ohne weiteres aus der Welt schaffen. Redner bespricht dann die Agitationsweise des Metallarbeiterverbandes. Würden denn die Verhältnisse für uns durch einen Zusammenschluß besser? Nein. Ein großer Teil der Mitglieder wird durch eine Verschmelzung abschwächen und es werden Lokalorganisationen gegründet. Die Grenzstreitigkeiten werden auch durch eine Verschmelzung nicht beseitigt werden. Er könne nichts finden, was eine Verschmelzung begründe oder deren Notwendigkeit ergebe. Es ist dem Redner unerklärlich, wie der Verschmelzungsantrag auf jedem Verbandstag wiederkehren könne. Die Haltung ist ja doch bekannt. Weichen wir, was wir sind, und wir werden weiterarbeiten und kämpfen für unsere Organisation.

Darauf wurde in die Diskussion eingetreten, zu welcher sich 34 Redner eingetragen haben.

Unter anderem nimmt das Wort auch Genosse Robert Schmidt-Berlin als Vertreter der Generalkommission: Er werde die Verschmelzungsfrage vom allgemeinen gewerkschaftlichen Standpunkt behandeln. In der ganzen Gewerkschaftsbewegung ist gegen früher eine gewaltige Aenderung eingetreten. Der Ideengang und die Beurteilung der ganzen Gewerkschaftsbewegung ist deshalb auch eine andere geworden. Im Interesse der Arbeiterbewegung sind die Einigungsbestrebungen nur erwünscht. Der Metallarbeiterverband ist nicht ganz unzufrieden an dem Verhältnis zwischen ihm und dem Schmiede-Verband. Die persönlichen Antipathitäten beeinträchtigen den Zusammenschluß. Jedoch müsse dies zurückgestellt und die gewerkschaftlichen Interessen in den Vordergrund treten. Aus innerer Ueberzeugung werden die Schmiede auch noch zu einer Verschmelzung kommen. Als Branche würde der Verband auch nach einer Verschmelzung noch behandelt werden, auch die Selbstständigkeit wird erhalten bleiben. Diese Frage müsse einmal

ernstlich zwischen den Vorständen diskutiert werden und es wird zu einer Verständigung kommen. Sie erweisen der Organisation und der gesamten Arbeiterbewegung einen guten Dienst, wenn Sie sich zusammenschließen.

Es sprachen außerdem ein Reihe Redner für und gegen den Antrag Samburg.

In namentlicher Abstimmung wurden Resolution und Antrag mit 34 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der Verbandstag hat sich mit großer Mehrheit gegen eine Verschmelzung ausgesprochen.

Die weiteren Verhandlungen werden darauf auf Donnerstag verlagert.

Aus der Partei.

Unsere Toten. In Magdeburg starb im 62. Lebensjahre die Genossin Emilie Mahn. Sie war schon zu Zeiten des Sozialistengesetzes eifrig für die Parteibewegung tätig. Manchem Verfolgten gewährte sie in jener Zeit Obdach und Versteck. Als langjährige Vertrauensperson der Parteigenossinnen Magdeburgs hat sie sich um die Magdeburger Frauenbewegung verdient gemacht. So war sie Mitbegründerin des Magdeburger Frauen- und Mädchenbildungsbereichs; auch eine Reihe anderer Frauenvereine im Regierungsbezirk Magdeburg verdanken ihrer Tätigkeit ihr Entstehen. Wiederholt wurde ihr ein Mandat zum Parteitag übertragen. Ihr Andenken sei in Ehren gehalten!

Eine Zusammenkunft bayerischer und österreichischer sozialdemokratischer Abgeordneter fand am Sonnabend, den 16. und Sonntag, den 17. Mai zu Salzburg statt. An der Veranstaltung, die einen durchaus zwanglosen Charakter trug und der Förderung kollegialer Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Vertretern der Deutsch-Oesterreicher und der Bayern gewidmet war, nahmen von Oesterreich aus teil: Spielmann-Linz, Weigand-Linz, Smitta-Wien, Hanusch-Kragau, Nieger-Zetschen, Schäfer-Meiberg, Lucas-Klagenfurt, Zuppy-Jägerndorf, Tomskis-Biesing, Dr. Diamand-Lemberg, Balme-Joachimstal, Glöck-Graslitz, Grigorovici-Gernowitz, Refel-Murburg, Gruber-Linz, David-Wien, Bernerstorfer (Wiener Neustadt), Abram-Judstrub, Dr. Ellenbogen-Wien, Seig-Floridsdorf, Schulz-Wien, Freundlich (M.-Schönberg), Riesner-Neutitschein, Brocks-Salzburg, Bitternid-Salzburg, Bruchler-Salzburg, Dr. Renner und Beer; von Deutschen: v. Bollmar-München, Hiel-Schwabach, Simon-Nürnberg, Rohhauber-München, Sädler-Nürnberg, Dr. Edelmann-Nürnberg, Garscher-Büch, Quer-München, Dr. Süßheim-Nürnberg, Schmid-München, Dr. v. Haller-Erlangen.

Personalien. Genosse Paul Brandt in Zürich, Redakteur des „Grünländer“, ist zum ständigen Generalsekretär des schweizerischen Jugenderbundes, dessen Geschäfte er seit Jahren schon im Nebenamte verfaßt, gewählt worden. So daß er nun von der Redaktion des „Grünländer“ zurücktreten und sein Domizil in Olten aufschlagen wird. Als Redakteur des „Signal“, des Organs des genannten Vereins, wird er auch in Zukunft noch journalistisch tätig sein.

Der sozialdemokratische Parteitag des Kantons St. Gallen beschloß, den Parteivorstand mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob nicht die Wahl der beiden Vertreter des Kantons im Ständerat durch das Volk anzustreben sei. Heute wählt sie das Kantonsparlament, der Große Rat. Die sozialdemokratischen Vertreter in demselben sollen eine Fraktion bilden. Für die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen soll eventuell noch ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Die kantonale Parteioorganisation umfaßt 18 Sektionen mit 1518 Mitgliedern, deren es aber tatsächlich viel mehr sind.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Der „Vorwärts“ vor der Revisionsinstanz.

Vor dem Reichsgericht zu Leipzig stand am Dienstag die Revision der Genossen Karl Bermuth und Hans Weber vom „Vorwärts“ an gegen das Urteil des Landgerichts Berlin I vom 14. März d. J., das sie wegen Verleumdung eines Amtsträgers mit drei bezw. einem Monat Gefängnis belegte. Es handelte sich in diesem Prozeß um die Besprechung der Affäre des Stukkateurs Bretschneider aus Charlottenburg, der in einem Prozeß vor dem Schöffengericht zu Mittenwalde wegen Flugblattverbreitung zu Unrecht verurteilt wurde — die höhere Instanz mußte das Urteil des Schöffengerichts aufheben und auf Freispruch erkennen — und außerdem wegen angeblicher Ungebühr vor Gericht mit drei Tagen Haft bestraft wurde.

Der „Vorwärts“ hatte das Urteil des Schöffengerichts und das Verfahren des Amtsträgers Dr. Stargard scharf kritisiert. Das Landgericht Berlin I hatte in den Urteilen schwere formale Verleumdungen des Amtsträgers erblid. Es hatte den Angeklagten, weil sie als Redakteure des sozialdemokratischen Zentralorgans die Sache eines ihrer Parteigenossen vertreten haben, zwar den Schutz des § 193 zugebilligt, aber doch auf Strafe erkannt, weil die gewählte Form die Absicht der Verleumdung erkennen lasse. In der Revisionsverhandlung betonte der Reichsanwalt, daß die Zuvilligung des § 193 zu unrecht erfolgt sei, da die Angeklagten weder als „Vorwärts“-Redakteure noch als Parteigenossen des Bretschneider berechtigt wären, dessen Interessen wahrzunehmen, wenn sie nicht ausdrücklich von ihm dazu beauftragt waren. Die Revision wurde verworfen.

Von den berechtigten Interessen des Redakteurs. Vom Landgericht Eberfeld sind am 20. Februar der Rohrschmied Albert Finger und der Arbeiter Bobstzies wegen Verleumdung zweier Polizeiergeanten zu Geldstrafen verurteilt; wegen des gleichen Deliktes Genosse Dolar Hoffmann von der „Freien Presse“ in Eberfeld zu einer Geldstrafe von 100 M. Die beiden Erstgenannten hatten bei einem Spaziergange in der Nähe von Eberfeld mit den beiden Polizeibeamten einen Konflikt, über den die „Freie Presse“ berichtete, wobei sie scharfe Äußerungen an dem Verhalten der Polizeibeamten abte. Das Landgericht gab zu, daß Hoffmann als Einwohner von Eberfeld berechtigtes Interesse habe wahrzunehmen können, billigte ihm den Schutz des § 193 aber doch nicht zu, weil er den Weg der Veröffentlichung gewählt habe, statt sich mit seiner Beschwerde direkt an die Polizeiverwaltung zu wenden. Die Revision des Redakteurs wurde vom Reichsanwalt für unbegründet erklärt. Der Redakteur habe nicht mehr Rechte wie jeder andere Staatsbürger, der die Verleumdung eines Nebenbuhlers erreichen will, aber der Redakteur habe auch nicht weniger Rechte. Das Landgericht scheine aber dieser Ansicht zu sein. In den Urteilsgründen heiße es: „Dem Angeklagten H. standen andere Wege offen, insbesondere die direkte Beschwerde.“ Demgemäß mußte er sich darüber klar sein, daß eine Veröffentlichung in der Presse nur geeignet war, Mißtrauen zu erregen.“ Das Reichsgericht habe in früheren Entscheidungen ausgesprochen, daß niemand auf die Wahl eines Weges zur Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen beschränkt sei. Wenn nun ein Redakteur den für ihn am nächsten liegenden Weg der Veröffentlichung in der Zeitung wähle, so dürfe man darin nicht ohne weiteres einen Mißstand finden, der die Absicht der Verleumdung zu erkennen gebe. — Das Reichsgericht hob das Urteil gegen Hoffmann auf und verwies die Sache insoweit an das Landgericht zurück. Die Revision der beiden anderen Angeklagten wurde verworfen.

Strasfente der Presse. Der Genosse Leopold vom „Halleischen Volksblatt für Halle“ wurde vom Schöffengericht wegen Verleumdung eines Polizeiergeanten zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Inkriminiert war ein Artikel über eine Schwurgerichtsverhandlung in Rounburg, in der der Polizist als Zeuge aufgetreten war. In dem Verdict waren Vermutungen als Tatsachen ausgegeben worden, so daß der Genosse Leopold geäußert wurde.

Ein gelehrigkeitsreicher Hirsch-Dunderscher Bezirksleiter.

Vor dem Schöffengericht zu Breslau wurde am Dienstag die Klage des Hirsch-Dunderscher Bezirksleiters Strohsfeld gegen den Genossen Wolff von der „Vollwacht“ zu Breslau verhandelt. Die „Vollwacht“ hatte das Verhalten Strohsfelds bei einem Streik in Pleschitz scharf kritisiert. Die Beweisnahme ergab, daß Strohsfeld in der Tat Streikbrecher nach Pleschitz vermittelt hat. Verschiedene Gewerkschaften das nicht mitmachen, Herr Strohsfeld aber erklärte in der Verhandlung gemühtlich: „Da der Gewerkschaft am Streik nicht beteiligt war, hätte er auch Leute dorthin schicken können! Für die Gewerkschaftler sei das kein Streikbruch gewesen.“ Das Urteil lautete auf 20 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte, so hieß es in der Begründung, habe zwar berechnigte Interessen gewahrt, aber mit dem Ausdruck Streikbrecher und dem Vorwurf der Niederträchtigkeit die Grenzen des Erlaubten überschritten. Zwar konnte er in der Tat der Ansicht sein, daß der Kläger Strohsfeld nicht korrekt gehandelt habe und nicht den gehörigen Anstand bezeige, die Form aber, in der diese Ansicht zum Ausdruck gebracht worden sei, lasse nebenher auch die Absicht der Beleidigung erkennen.

Herr Strohsfeld hat also eine Verurteilung unseres Genossen erzielt, zugleich aber auch eine gerichtliche Feststellung seines Verhaltens, die eine böse Kennzeichnung seiner Person enthält.

Aus Industrie und Handel.

Kali und Landwirtschaft.

Durch rationelle Kultivierung, unter Beigabe von Phosphorsäure und in Verbindung mit Gründüngung, ist es selbst auf den leichtesten Sandböden möglich, rentable Ernteerträge zu erzielen. Deutschland erfreut sich glücklicherweise des Besitzes großer Kalilager. Der größte Teil dieser wertvollen Schätze beherzigt das Privatkapital — im „Kalisyndikat“. Auch die preussischen Staatsbetriebe sind dem Syndikat angeschlossen, das nach berühmten Mustern die Preise hoch hält. Die Syndikatspreispolitik ermöglicht es, daß die Kaligewerkschaften bedeutende Gewinne verteilen konnten. Eine Folge der hohen Gewinne war eine umfangreiche Gründertätigkeit und die Inbetriebnahme neuer Werke, die das Syndikat notgedrungen aufnehmen mußte. Trotzdem nun der Kaliverbrauch in Deutschland rapide — von 266 500 Doppelzentner im Jahre 1879 auf 14 365 400 Doppelzentner gestiegen ist und das Syndikat, um die Inlandspreise hochzuhalten, den Export zu niedrigen Preisen forcierte, übersteigt nun doch die Zunahme der Produktion die Verbrauchszunahme. Die hohen Inlandspreise verschulden, daß der Konsum hinter der Produktion zurückbleibt. Vor einigen Wochen drohte das Kalisyndikat auseinanderzufallen. Durch die Renaufnahme der jungen Werke wurde die Beteiligungsziffer der alten Unternehmer immer mehr herabgesetzt, wogegen diese rebellierten. Schließlich ist eine Einigung aber doch wieder zustande gekommen.

Wie schon angeführt, ist der Kaliverbrauch von 1879 bis 1905 kolossal gestiegen. Hierzu einige weitere Zahlen: Im Jahre 1890 wurden im Deutschen Reich auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche 77 Kilogramm, 1905 aber 578 Kilogramm verbraucht. Im Königreich Preußen stellt sich die Verbrauchsmenge auf 700 Kilogramm, wobei die Provinz Brandenburg mit einem Verbrauch von 1026 Kilogramm pro 100 Hektar an der Spitze rangiert. Trotz dieser gewaltigen Verbrauchszunahme sind die Landwirte von einer allgemeinen rationalen Verwendung des Kali noch weit entfernt. Der gut wirtschaftende Landwirt verwendet im Mittel pro 1 Hektar 400 bis 600 Kilogramm, während der

durchschnittliche Verbrauch in Preußen auf 1 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche nur 7 Kilogramm ausmacht. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, wie feigerungsfähig der Kaliverbrauch ist. Die Verbrauchszunahme wird sowohl durch die Preispolitik des Kalisyndikats, als auch durch die Schutzpolitik gehemmt. Früher behaupteten die Junker, sie könnten keine künstlichen Düngemittel kaufen, weil die Getreidepreise zu niedrig seien; jetzt hat man so profitable Preise, daß der Gedanke, durch kräftige Produktionssteigerung das Preisniveau zu bedrohen, Kulturverbesserungen zurückhält, anstatt solche zu fördern. Unter diesen Umständen darf man auch von dem Kalunternehmen der Wälder keine Förderung der Kalidüngung erwarten. Man wird da auch nach hohen Preisen schnappen, um Mittel für die politische Propaganda, zur Verbeugung der Bauern und Belämpfung der Arbeiter zu erlangen.

Butterpreise. Ein Händler schreibt uns zu unserer Aufforderung über Warenpreise im letzten Wochenbericht: „Daß wir für gute Butter 2—3 M. über höchste Notiz zahlen, erwähnen Sie gar nicht, auch nicht, daß gute Holsteiner Ware sogar 7 M. über Notiz kostet...“ Dazu ist folgendes zu bemerken: Wir haben ausdrücklich bemerkt, die von uns angegebenen Preise verstanden sich nach den Notierungen der Markthallenleitung und die Zusammenstellung hat den Zweck, festzustellen, um wie viel der Preis gestiegen ist. Was in einzelnen Fällen über die Notierungen hinaus gezahlt wird, können wir nicht kontrollieren. Siehen die Notierungen aber allgemein so erheblich unter den tatsächlich gezahlten Preisen, dann wäre das nur ein Beweis dafür, daß die Methode der Notierungen nichts taugt.

Wirkungen der Krise. In der Wollindustrie von Rastatt in Oberschlesien sind infolge des vollständigen Daniederliegens jenes Fabrikationszweiges nicht weniger als 2000 Wollweber — meist Heimarbeiter — ohne Arbeit. Auf ihren erschütternden Schrei nach Brot hat der Landrat des Kreises Leobschütz jetzt eine Arbeitsvermittlungsgesellschaft geschaffen. Aber was kann die schönste Vermittlungsgesellschaft helfen, wenn die Arbeitsgelegenheit fehlt? — In Landes hüt t. Schl. haben die Leitungen sämtlicher Spinnereien und Webereien durch Anschlag bekannt gegeben, daß in ihren Betrieben vom 1. Juni ab nur 4 1/2 Tage wöchentlich gearbeitet werden wird.

Aus der Gera-Greizer Industrie. Der „Fabrikant und Großhändler“ schreibt in einem Artikel, der einleitend einige unqualifizierbare Angriffe gegen die Arbeiter enthält, u. a. folgendes:

„Noch vor wenigen Wochen hieß es in einem Berliner Fachblatt, daß sich von jeher in Schönfabriken wohlgefallen hat, in Gera gebe es kaum Arbeitslose, wenigstens nicht mehr als sonst. Nun, in Gera sieht's offenbar anders aus. Uns Ende des vorigen Monats bereits hatten 11 größere Fabriken gekürzte Arbeitszeit eingeführt. Auch die Arbeiterentlassungen haben sich gemehrt. Hier und da werden in den Betrieben auch ganze Fertigtage eingelegt und was dergleichen unliebsame Vorwommisse mehr sind, von denen wir nur hoffen wollen, daß sie sich nicht etwa im Laufe des Sommers noch mehr häufen.“

Daß die Aufnahmefähigkeit des Marktes (abgesehen von den letzten schlechten Saisons, in welchen am Schluß von den Händlern ziemlich viel Ware zu Ausverkaufspreisen an den Konsum abgegeben wurde, so daß eine gewisse Ueberproduktion auch auf dieser Seite eintrat) durch die Ueberproduktion auf Seiten der Industrie und die Spekulationswarenkäufe seitens des Handels in der Hauptzeit gelitten hat, d. h. verringert worden ist, ist jetzt, das ist eine Tatsache, der sich kein Fabrikant und kein Händler, namentlich kein Großhändler, verschließen sollte. Es hat sich zwar als Märchen erwiesen, daß der Strauß, wenn er sich verfolgt wisse, den Kopf ver-

berge, in dem Glauben, da er nun niemand sehe, werde auch er nicht bemerkt. Um so mehr gibt es Menschen, die zu solcher Praxis hingenen, so verderblich und sie auch offenbar sein muß. Jeder Fabrikant weiß, daß jetzt große Summen verloren werden, größtenteils infolge des Rückganges der Wollpreise, aber auch durch die Zollverhältnisse und andere Dinge, die wir nach unserem Willen zu gestalten außerstande sind. Wer nun nicht will, daß das noch schlimmer werde, der hüte sich vor jeder Ueberproduktion, Ueberaufnahmefähigkeit des Marktes. War die Ueberproduktion, Ueberproduktion und Ueberfertigung seinerzeit so groß, daß die Spinnereien nicht mehr genug liefern konnten oder doch erst nach halbjähriger Vorausbestellung, so kann sich unmöglich das Abebben der Flut jetzt nur so im Handumdrehen vollziehen. Das ist es wohl auch, was die Reichsbank meint, wenn sie die Verabreichung des Diskonts auf 5 Prozent als Wechsel auf die Zukunft gewährt, dessen Einlösung vom Maße der Vorsicht in Handel und Industrie abhängt.“

Verfammlungen.

Die Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen, die im Schneiderverband organisiert sind, hielten am Dienstag eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Dencker-Baldmanns Lust einen Vortrag über die Aufgaben der Frauen und Mädchen bei den Landtagswahlen hielt. Eine Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Nach dem hierauf gegebenen Vierteljahresbericht stellten sich die Einnahmen aus Beiträgen und Aufnahmegebühren auf 4465,70 Mark. An Reise- und Krankenunterstützung wurden 1500,01 Mark gezahlt. Der Hauptfasse wurden 2072,49 Mark überwiesen, der Lokalfasse verblieben 883,20 Mark. Die Lokalfasse hatte inklusive des Bestandes von 4530,84 Mark eine Einnahme von 7215,50 Mark, eine Ausgabe von 2855,12 Mark. Der Bestand beträgt am Schluß des Quartals 4900,88 Mark. Neu aufgenommen wurden 153 Mitglieder. Bei der Wahl des Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress wurden 135 Stimmen abgegeben, wovon auf Gue 131 und auf Vordasch 1 entfiel, 3 wurden für ungültig erklärt. Unter Verschiedenem wurden einige geschäftliche Mitteilungen gemacht, darunter besonders, daß laut Beschluß der Versammlung vom 31. Januar das Krankengeld nur freitags und sonntags zur Auszahlung gelangt. Weiter wird auf den immer näher rückenden Ablauf der Taxe aufmerksam gemacht und zur regen Agitation aufgefordert. Unter lauter Heiterkeit der anwesenden weiblichen Mitglieder verabschiedete Jannerjahn und Werner das Fehlen der männlichen Kollegen (von circa 250 Organisierten waren circa 12 erschienen) mit einem Druckschleier in der Einladung zu entschuldigen. Scharf wurde dagegen von Brandt das Fernbleiben der Männer kritisiert und betont, daß der Druckschleier als ein ganz ungenügender Entschuldigungsgrund betrachtet werden müsse, da doch die Versammlung ganz deutlich in der Einladung als außerordentliche Mitgliederversammlung bezeichnet war. Es zeugte dies von nicht allzu großem Verständnis des Organisationsgebändens. Die Männer sollten sich schämen gegenüber den Kolleginnen, welche in einer stattlichen Zahl der Einladung gefolgt seien. Mit einem kräftigen aus den Reihen der Kolleginnen erschallenden Hoch auf die Bilanz und deren Entwidlung wurde die Versammlung geschlossen.

Verband der Freireuegeschäften Deutschlands. (Zweckverein Berlin und Vorort.) Heute abend 9 1/2 Uhr: Rosenfelder Straße 11/12: Vortrag. Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Zimmerer (G. S. R. Z.) Morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8: Mitgliederversammlung: Abrechnung; Verschiedenes.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Hopfenraths Erben

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walsertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Des Pastors Rieke.

Abends 8 Uhr:
Freitag: Frei ist der Dursch.
Sonnabend zum erstenmal: Im
neigen Röhl.

Neues Operetten-Theater
Schaubühnenstr. 26, an der Luisenstr.
Deutsches und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Mans.

Hebbel-Theater, Königgräber
Abends 8 Uhr zum 1. Male:
Cyprenne.
Sonnabend: Cyprenne.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Der Weg ins Verderben.

Freitag: Mutter Erde.
Sonnabend: Im Hause der Sünde.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Weg
ins Verderben. Abends 8 Uhr: Der
Weg ins Verderben.
Montag: Im Hause der Sünde.

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenkind
Gesamtlänge 2 Meter 19:
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl Riesenbassin:
in seinem
Neapolitanische-Briganten-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhofs Gesundbrunnen. —
Konzert-Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung
Gustav Schappel — Hedwig Doring
Julius Wilms, Gros Dorsan, Robin Trio.
Fidele Lumpen.
Hoffe mit Gef. in 3 Akten v. Hofflingen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in fünf Aufzügen u. einem
Prolog von William Shakespeare.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hans Hucklebein.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans Hucklebein.
Schwank in drei Akten von Oskar
Stammhof u. Gustav Knebelburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ohne Geläut.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132
Abends 8 Uhr:
Die Loreley.
Wochentagspreise.
Auf der Sommerbühne: Theater-
vorstellung, Spezialitäten, großes
Gartenkonzert, Anfang 5 Uhr.

**ZOOLOGISCHER
ZGARTEN**
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das größte
Phänomen
aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch
Berlins!

Theater an der Spree
Rebender Straße 68.
Täglich 8 Uhr:
Der Cowboy.

**Apollo
Theater**
8 Uhr: Die bedeutendsten Attraktionen.
9 Uhr: Die süßen Grisetten.
Operette von H. Reinhardt.
9 1/2 Uhr: Grete Gallus, Berlins
beste Soubrette.
10 Uhr: Bert. Bernards Compagnie:
Ein Abend in einem ameri-
kanischen Tengel-Tengel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu!
Variété-Stern.
Süßeste von Reichel.
Anfang
Wochentags
8 Uhr.
Anfang
Sonntags
7 Uhr.

Theater.

Donnerstag, den 21. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Lammhauer.
Königl. Schauspielhaus. Die
Nadensheimerin.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Hopfenraths Erben.
Neues. Die Hensler.
Deutsches. Ulrich Jürg von Wolde.
Kammerspiele. Festungs-
Wachen.

Neues Schauspielhaus. Jüdisch.
Klein. 2 x 2 = 5.
Königliche Oper. Hoffmanns Er-
zählungen. Ruth St. Denis.
Reichens. Der Floh im Ohr.
Veiling. Der Raub der Sabinerinnen.
Fiedel. Cyprenne.

Volkstheater. Die blaue Mans.
Schaubühnenstr. 26, an der Luisenstr.
O. (Wallner-Theater).
Der Widerspenstigen Zähmung.
Schiller Charlottenburg. Hans
Hucklebein.

Friedrich-Wilhelmstadt. Schau-
spielhaus. Des Pastors Rieke.
Thalia. Der Selbstmörderklub.
Westen. Ein Walsertraum.
Neues Operetten-Theater. Der Mann
mit den drei Frauen.

Vorplatz. Das Langpeterbot.
Luisen. Der Weg ins Verderben.
Trianon. Seine erste Frau.
Bernhard Wiese. Die Loreley.
Metropol. Das muß man seh'n.
Kypolis. Die sieben Erbsenen. Spe-
zialitäten.

Kasino. Der Brandstifter.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten Dr. Rückle.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Overland. Spezialitäten.
Walthalla. Spezialitäten.
Theater an der Spree. Der
Cowboy.

Hoftheater. Spezialitäten.
Hans J. Doe.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Folies Caprice. Paripiana Nr. 69.
Das ruhige Heim.

Urania. Taubentstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Kairo und die
Pyramiden.
Stewart, Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Hemsöer.
Morgen: Die Hensler.
Sonnabend zum erstenmal: Die
ersten Reußen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein theater
Gatte. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Hemsöer.
Morgen: Die Hensler.
Sonnabend zum erstenmal: Die
ersten Reußen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein theater
Gatte. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhofs Gesundbrunnen. —
Konzert-Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung
Gustav Schappel — Hedwig Doring
Julius Wilms, Gros Dorsan, Robin Trio.
Fidele Lumpen.
Hoffe mit Gef. in 3 Akten v. Hofflingen.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Hemsöer.
Morgen: Die Hensler.
Sonnabend zum erstenmal: Die
ersten Reußen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein theater
Gatte. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.



Brennabor

Nur prima Pneumatiks und teuerstes Rohmaterial werden zum besten deutschen Rade „Brennabor“ verwendet

Arbeiterzahl 2500. Brennabor-Werke, Brandenburg a. H. Filiale Berlin W., Kronenstraße 11, nahe Friedrichstraße.

Freie Volksbühne

Freitag dieser Woche 8 1/2 Uhr:

Luisen-Theater 24. (IV.) Abendabteilung: Mutter Erde.	Gastkarten a 1 M. sind in den Zahlstellen und beim Obmann im Theater zu haben.
Sonntag, den 24. Mai, nachm. 8 Uhr: Berliner Theater 13./14. Abteilung: Der ledige Hof.	Neues Schauspielhaus 1. Abteilung: Durch's Ohr und Der Dieb.

241/3 Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.



WINTERGARTEN

Abends 8 Uhr:
Neues Programm.
Otto Reutter.

Orford's Elephants.
Palace Girls, Englische Gesangs- und Tanstruppe.
Niards, Akrobaten.
Hagedorns Wundergrotte.
Lilli Schreiber, Soubrette.
Ferry Corwey, Musik Clown.
Gayer und Crispi, Amerikanische Excentrics.
Perezoff-Truppe, Jongleure.
Toque, der Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur.
Tambo und Tambo, Banjo-Jongleure.
Biograph.

Stadt-Theater Moabit.

Wilmersdorf 47—49.
Donnerstag, den 21. Mai 1906:
Ufiedelvorstellung:
Das Leben ein Traum.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater

Zum 242. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Gel. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Walthalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
Die groß-
artigen
Amüsantes Programm.
Im Tunnel:
KONZERTE.
Berliner Uk-Trio.
Felix Seheuer
Strandstr. 1.

Sanssouci, Kottbuser
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Heute Donnerstag:
 Neues Clitesopree Kränzh.
 von
Hoffmanns Nordl. Sängern
 Jubelnder Beifall!
Unsere Einzige.
 Lustspiel in 1 Akt.
 Das neueste von Berlin!
 Größt. Schläger d. Saison!
 Reg. Sonn. u. Montag 8 U.

Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Max Kliems
Sommer-Theater.
 Hasenheide 13-15.
 Heft. Leitung: Bernhard Lange.
 Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Mittwochs: **Kinderfest.**
 Jeden Donnerstag: **Glückstag.**
 Freitag: **bed. Kräfte erster Bühnen.**

Gustav Behrens-Theater.
 Berlin W., Goltzstr. 9.
 Des großen Erfolges wegen verlängert!
 Die schöne Witw. Beverhe mit ihren dreierlei Söhnen.
 Neu! **Unsere Marine.** Neu!
 Lebensbild mit Gesang und Tanz.
 Neu! Graf Zappelin mit seinem tentenbaren Aufhänger Modell 1909.
 Außerdem **Bestes Nitogramm** und **20 Spezialitäten.**
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
 m. Empfehlung v. Aemtern u. Prof. grat. u. f. r.
 H. Unger, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

Kasino-Theater.
 Köpplinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Der urförmliche Räuber und das
 erklaffige Wai-Programm.
Der Brandstifter.
 Drama von H. Heijermans jr.
 Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfroman.

Landparzellen!
 Vorort-Verkehr Ostbahn.
 Vorgelagerter Gartenboden, kein
 Sumpfland, keine Vergrünung,
 Straßenland gratis. Monatliche
 Teilzahlung von 10-20 M.
 Mann, Frau u. Kind können
 Landbesitzer werden. Scholz,
 Berlin, Dübener Str. 34 I, Ecke
 Borschauer Straße, ab. Sonntags
 Treffpunkt im Rest. Waldesgl.,
 Langestr. 46. Fröh 9 u. und
 2 Uhr nachm. Fahrt zur Besichtigung
 der Parzellen. 21466

**Knaben- und
 Jünglings-Garderobe**
 fertig u. nach Maß
 am billigsten und realisten in
 der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hüstädt.

Blendol
 mit dem
Putzmännchen
 bestes flüssiges
**Metall-
 Putzmittel.**
 In Glas, zu 10 u. 25 Pf. Blecht-
 z. 20, 30 u. 50 Pf. überall erh-
 Urban & Lemm, Charlottenburg

Es empfiehlt sich
 bei eintretendem Trauerfall
 möglichst sofort
**Westmanns
 Trauermagazin**
 Hauptgeschäft:
 Berlin W., Mohrenstraße 37a,
 an den Kolonnen, 2. Haus
 von der Zerstörerstraße, und
 NO., Gr. Frankfurterstr. 115,
 2. Haus von der Andreaskirche,
 zwecks Auswähl d. passenden
 Trauergarderobe auszuwähl.
 Um dem Publikum einen be-
 sonderen Vorteil zu bieten, ge-
 währe ich auf diese Anzeige
 hin bei Kauf
10 % Rabatt in bar!

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am 15. Mai verstarb unser Mit-
 glied, der Schlosser
August Tapper
 Antonstr. 6.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 21. Mai, nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
 des Philippus-Kloster-Friedhofes
 nach dem städtischen Fried-
 hof statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 111
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am 15. Mai verstarb unser Mit-
 glied, der Schlosser
August Tapper
 Antonstr. 6.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 21. Mai, nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
 des Philippus-Kloster-Friedhofes
 nach dem städtischen Fried-
 hof statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 111
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Nachruf.
 Am 16. Mai verstarb unser
 Mitglied, der Tischler
Max Klost,
 Pappelallee 21.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung hat am 19. Mai
 bereits stattgefunden.
 226/20
 Der Vorstand.

Am 13. d. M. verstarb nach
 kurzem, schwerem Leiden infolge
 eines Revolverstusses von ruck-
 loser Hand unser innigstgeliebter
 Gatte und bergengütiger, treu-
 sorgender Vater, der Raucher-
 polier
Gustav Pollack
 im blühenden Alter von 35 Jahren.
 Berta Pollack geb. Mionack
 und Tochter.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 21. d. M., nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des neuen Lügen-Strichhofes
 am Hüttenbrunnen Weg aus statt.

Allen Bekannten und Ver-
 wandten die traurige Nachricht,
 daß mein lieber Mann, der
 Arbeiter
Johann Kumutat
 am 16. Mai verstorben ist.
 Witwe Kumutat.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 21. Mai, nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Philippus-Kloster-Friedhofes
 nach dem städtischen Fried-
 hof statt.
 2162b

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am 16. Mai verstarb unser Mit-
 glied, der Arbeiter
Johann Kumutat
 Wilmstr. 30.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 21. Mai, nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
 des Philippus-Kloster-Friedhofes,
 Röhrenstraße, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung er-
 sucht
Der Vorstand.

**Verband der Fabrik-, Land-,
 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
 Deutschlands**
Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am 16. d. Mts. unser lang-
 jähriger Kollege
Johann Kumutat
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 21. Mai, nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
 des Philippus-Kloster-Friedhofes,
 Röhrenstraße, nach dem
 nebenan gelegenen städtischen
 Friedhofe statt.
 Regre Beteiligung erwartet
 63/17 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes sagen wir allen Teil-
 nehmern sowie dem deutschen Holz-
 arbeiterverband unseren herzlichsten
 Dank.
 Die trauernde Witwe
Anna Flöter und Kind.
Dankfagung.
 Für die überaus gütliche Teil-
 nahme und Kranzsenden bei der
 Beerdigung unseres lieben Sohnes,
Willi Thieb, sagen wir allen die
 mitgewirkt haben, unseren besten Dank.
Richard Thieb nebst Frau.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4.

Zoeben erschienen:
**Prenschischer
 Wahrechtskatechismus**
 von Paul Göhre,
 Prediger a. D.
 Preis 15 Pf.
**Gegen Volksverdummung,
 Volksnebelung und Volks-
 ausbeutung.**
 Flugchrift zur Berechtigung der
 volkstümlichen Politik des
 preussischen Dreiklassenparlament.
 Zweite vermehrte Auflage.
 Preis 20 Pf.
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69, Laden.

13. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 20. Mai 1908, vormittags.
 Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
 Nummern in Klammern beigefügt.
 (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

108 53	200 53	500 41	30 599	1140	3000
438 788	2227 458	645 715	3058 523	680	1000
614 07	854 979	5108 444	5000	369 411	77 05 944 6412 10
622 795	5000	500 509	7023 556	3000	775 8002
640 582	10 000	902 9279	339 443 48		
10119	288 328	582	500	667 78	78 706 06 822 1123
599 024	965 12278	387 99	407 79	358 127	901 967 13064
488 537	96 908	46 14124	47 578	715	3000
500 15033	124 816	424 63	803 82	16159	446 3000
600 219 20	49 17027	300	558 818	863 18032	112 76 247
19 489 597	302 32	1000			
200332	450 93	685 996	21075	189 300	562 610
848 22018	206 7	12 88 411 78	500	586 911	14 23380
515 637 98	1000	750 825 98	24004	87 399 561	613 25007
114 29 88	218 28	500	482	3000	591 754 28965 76 307
638 716	64 896	27083	342 84 94	1000	306 406 52 515 631
712 25083	582 460	507 964	97 29025	43 218 331	755 735
844 23					
30171	227 39	71 471	501 615	31210	27 438 506 96
500 1	782 800	54 32083	371 421 587	33175	286 373 710
830 84	1000	34277	430 599	351290	1000
60043	588 417	70 408	753 979	37604	21 136 565 65 675
1000	741 833	98 38018	146	1000	208 78 362 506 9 794
847 91	960 34	39022	144 382	595 848	1000
40 025	29 427	585 506	41000	112 31	231 1000
250 487	800 827	42130	202 514	39 678	705 1000
184 69	278 83	753 85	807 20	805 44080	114 301 465 67 501
750 45235	45 567	827 711	808 240	46005	27 244 47 807
500	489 057	944 47064	83 514 728	33	1000
84 500	440 244	424 783 935	49025	106 84 32	378 3000
435 61	588	1000	603 86		
50134	358 693	734 51267	14 338 619	71 980	52187
286 840	48 538 629	757 53251	337 420 506	54000	474 550
674 847	969 55242	744 443 65	525 799 819	60 839	55029
1000	274 880	447 73 622	76 971 57	646 589	823 879 58025
60 648	711 303	61 88	59008	307 443	845 9231
60119	27 345	32 460	71 712	858 957	61125 2006 3000
415 1000	32 744	45 62300	790	1000	803 1000
204 99	208 1000	475 54 833	64280	944 535	718 1000
65121	223 819	38 94 500	540 740	66900	219 401 65
65 98	67438	33 3000	604 3000	770 680	881 109 233 214
18 505	17 879	728 84	829 593	69085	467 508 47 50 798
7000 7	1000	82 379 534	518 54 1	500	71038 96
500	21 62	213 323	539 667	72088	159 500
91 514	642 778	853 1000	940 73068	1000	148 319 23 368
476 521	98 678	220 64 74	511 115 27	500	519 279 708 47
844 75398	67128	24 63 831	747 7421	1000	85 923 99
78313	3006	26 424 853	63 949 7907	39 88	257 957 107 821
80005	500	283 382	406 25 40 507 39	88 738	965 81130
95 320	60 516	92 700 55 67	82200	500	308 83117
24 358	495 505	818 3000	81 45 968	84394	550 208 83117
416 548	640 845	113 86206	174 389 495	563 638	706 17 81
838 83	820 8713	442 524 408 83	536 506	74 1000	88100
860 84	484 752	619 89000	196 216 75	500	625 73 130 000
822 814					
90083	42 500	82 73 129	816 82 597	1000	880 1000
91074	231 448	64 639 1000	833 81 92408	97 753	518 47
811 9306	176 343	75 037 78	694 734 94089	117	500
655 882	95015	18 108 587	604 654 828	96887	27 415 711
77 931	97019	103 20 314 1000	510 91 792	98356	487
621 3	99183	34 3000	223 64 309	473 784	897 82 82
100214	23 602 1000	735 367 101	10119 30 108	1000	
41 60 200	500	35 40 819	687 729 82	100	102182
245 1000	54 400	518 35 67	811 744 88	818 803	1000
103990	117 379	391 428 78 511 37	1000	664 770	531 930
104136	473 519	85 601 907	1000	89 105149	500
7 67 54	820 59 999	106132 77	809 888 783	107585	808
1000	76 108156	308 1000	21 490 801	832 79	109028
294 97	5000	642 788 681			
110101	645 804	708 89 11202	425 63 444 808		
112080	231 664	75 146 51 113080	57	1000	122 65 317
72 490	1000	668 894 114081	346 80 63 79	514 27 71	
677 83	115027	664 659 745 832	74 970	110032	148 500
76 232	43 85 513	18 61 604	998 117123	1000	211 79 411
21 88 718	44 75 974	118164	840 505 825	110232	51 424
727 81 905	1000				
120140	610 71 88 837	965 121228	85 326 60		
60 1000	74 874 1000	842 500	122196	844 510	698 50
79 747	53 123011	300 95 891 061	124284	427 609	
125110	432 71 538	686 126167	76 1000	95 308 54 414	
75 719 944	127041 91 3000	97 156 291	350 413 58 444		
808 500	37 202 84	128305 25 40 413 78	1000	511 75 77	
129085	65 201 40	500	90 331 502 768	500	97 812 30
130098	506 536 1000	812 90 840 56	131250	84 363	
472 570	1000	639 92 829 840 79	1000	132448	355 732
100	7 945	133089 157 587	134025 284 835 66 957		
135045	401 4 88 518	23 658 919	136882 99 415 89		
650 731	33 941 60	1000	78 888 137317	1000	
473 816	649 96 729	1000	138282 535 585 829	139046	
285 201 321	22 25 426 60 77	717 817 929			
140441	782 500	567 758 64 86 800	141007 145 551		
686 88 911 81	142080	213 506 89 634 90 823	1400	71 925	
41 143038	124 20 776 568	711 913 1000	144155	984 312	
735 145198	411 31 770	146067 71 184 111	1000	28 445	
998 147162	279 236 60 458 975 814 53	1000	148308 45		
849 95 421 756 905	149000 111 362 437 514 97 772 88 841				
857 99					

150000 44 595 642 32 774 151642 712 70 94 918 78
 152065 72 259 597 603 1000 51 82 108 912 153181 302
 1000 719 930 50 154377 420 718 892 155151 271 1000
 343 96 448 501 662 548 969 30 81 156187 81 265 86 500
 350 638 885 935 157098 112 82 397 860 923 1000 28 63
 158083 181 500 92 453 204 18 605 705 94 1000 159121
 1000 229 304 1000 21 505 607 47 878 996
 160131 309 74 491 733 56 813 1000 25 161302 408
 27 48 502 508 1000 731 60 985 162111 344 480 579 754
 163082 208 55 468 500 83 824 84 797 82 970 906 164017
 219 400 589 671 1000 873 339 165200 38 98 522 631 84
 896 160002 500 117 89 305 411 80 502 810 167005 500
 262 638 1000 837 940 168300 29 81 118 349 399 406 608
 169055 124 1000 236 43 775 975
 170031 397 718 62 171018 198 85 1000 99 200 13
 24 513 626 70 890 92 172482 113 825 30 762 3000 889
 93 1000 927 173066 834 3000 409 809 174204 589
 1000 96 626 888 968 1000 175012 127 734 52 808
 176142 365 77 511 34 177406 500 518 603 1000 14
 901 3000 178038 198 250 324 715 179032 45 138 58

Zur Landtagswahlbewegung.

Rixdorf-Schöneberg.

Die Rixdorfer Behörden haben bekanntlich im Gegensatz zu Schöneberg nicht den Steuerfaj des laufenden Jahres bei der Aufstellung der Wählerlisten zugrunde gelegt. Es ist jedoch in einer Anzahl von Fällen festgestellt, daß Urwählern, welche für das Steuerjahr 1908 zu einer geringeren Steuer veranlagt sind als für 1907, die geringere Steuer von 1908 bei Aufstellung der Wählerlisten angerechnet ist.

Ob diese Unterschiede absichtlich von den unteren Beamten gemacht worden, oder durch Versehen derselben entstanden sind, mag einstweilen dahingestellt sein.

Die Parteigenossen, bei denen in so abweichender Weise verfahren ist, wollen ihre Adresse, sowie die Steuerfaj von 1907 und 1908 an den zuständigen Wahlleiter des Bezirks oder in unserem Wahlbureau abgeben.

Das Wahlbureau befindet sich bis zum Wahltag in unserer Expedition, Redarstr. 2.

Am Wahltag, den 3. Juni, befindet sich das Zentralwahlbureau für Rixdorf im Lokale von Hoppe, Hermannstr. 49.

Das Wahlkomitee. J. A.: A. Pageis.

Teltow.

Steglich. Eine Urwählerversammlung fand am Montagabend im „Virlenwäldchen“ statt. Dem gediegenen Vortrage des Genossen Groger wäre eine zahlreichere Zuhörerschaft zu wünschen gewesen. Gegner waren nicht anwesend, eine Diskussion konnte sich deshalb auch nicht entwickeln, da die Genossen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Die Aufstellung der Wählermänner ging glatt vonstatten, indem die Vorschläge des Wahlkomitees einstimmig angenommen wurden.

Brig. Eine Abfrage haben die Liberalen den Sozialliberalen erteilt. Letztere hatten am Montag eine Versammlung nach Rosters Restaurant einberufen, in welcher Herr v. Gerlach referierte. Dem schwachen Besuch der Versammlung erklärte der Vorsitzende der Versammlung damit, daß die Liberalen zur selben Stunde eine Versammlung abhielten. Da nun auch die Brigier Arbeiter, außer einigen agitatorisch tätigen Genossen, sich der Versammlung fernhielten, so blieb der große Saal ziemlich öde. Kaum 40 Personen hatten sich eingefunden, welche aufmerksam den Ausführungen des Referenten lauschten. An der Debatte beteiligten sich zunächst Sozialliberale und Genosse Kimrig, der seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß so demokratisch gesinnte Leute wie die Sozialliberalen sich nicht der Sozialdemokratie anschließen wollen, denn diese sei doch diejenige Partei, welche die demokratischen Grundsätze am entschiedensten vertritt. Die sozialliberalen Diskussionsredner bekräftigten besonders das traurige Verhalten des Blochfreisinn. Auch das Verhalten der Brigier Liberalen bei der letzten Gemeindevahl wurde einer abfälligen Kritik unterzogen. Besonders wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie befähigte sozialdemokratische Gemeindevorsteher verdrängt und an ihre Stelle unfähige liberale Vertreter gesetzt haben. Lehrer Propst verteidigte das Verhalten der Brigier Liberalen. Wären die alten Vertreter befähigt gewesen, so hätte sie die Sozialdemokratie gewiß wieder aufgestellt. Seine Ausführungen veranlaßten den Genossen Händel zu betonen, daß die bisherigen sozialdemokratischen Vertreter lediglich aus wirtschaftlichen Gründen auf ihre Wiederaufstellung verzichtet haben. Die besondere Befähigung der bürgerlichen Vertreter habe sich in der letzten Gemeinderatsitzung genügend gezeigt. Die Sozialliberalen hielt er entgegen, daß sie wohl nicht um den Sieg, sondern um ihre Ehre kämpfen werden; denn es dürfte ihnen wohl schwerlich gelingen, das verrottete Bürgertum auf andere Bahnen zu bringen. In seinem Schlusssatz betonte der Referent v. Gerlach die Notwendigkeit des Zusammenchlusses zwischen Sozialliberalen und Sozialdemokratie. Der Sozialdemokratie könne er sich aus inneren prinzipiellen Gründen nicht anschließen, weil er an eine Sozialisierung der Gesellschaft nicht glaube.

Brig. Eine Abfrage haben die Liberalen den Sozialliberalen erteilt. Letztere hatten am Montag eine Versammlung nach Rosters Restaurant einberufen, in welcher Herr v. Gerlach referierte. Dem schwachen Besuch der Versammlung erklärte der Vorsitzende der Versammlung damit, daß die Liberalen zur selben Stunde eine Versammlung abhielten. Da nun auch die Brigier Arbeiter, außer einigen agitatorisch tätigen Genossen, sich der Versammlung fernhielten, so blieb der große Saal ziemlich öde. Kaum 40 Personen hatten sich eingefunden, welche aufmerksam den Ausführungen des Referenten lauschten. An der Debatte beteiligten sich zunächst Sozialliberale und Genosse Kimrig, der seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß so demokratisch gesinnte Leute wie die Sozialliberalen sich nicht der Sozialdemokratie anschließen wollen, denn diese sei doch diejenige Partei, welche die demokratischen Grundsätze am entschiedensten vertritt. Die sozialliberalen Diskussionsredner bekräftigten besonders das traurige Verhalten des Blochfreisinn. Auch das Verhalten der Brigier Liberalen bei der letzten Gemeindevahl wurde einer abfälligen Kritik unterzogen. Besonders wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie befähigte sozialdemokratische Gemeindevorsteher verdrängt und an ihre Stelle unfähige liberale Vertreter gesetzt haben. Lehrer Propst verteidigte das Verhalten der Brigier Liberalen. Wären die alten Vertreter befähigt gewesen, so hätte sie die Sozialdemokratie gewiß wieder aufgestellt. Seine Ausführungen veranlaßten den Genossen Händel zu betonen, daß die bisherigen sozialdemokratischen Vertreter lediglich aus wirtschaftlichen Gründen auf ihre Wiederaufstellung verzichtet haben. Die besondere Befähigung der bürgerlichen Vertreter habe sich in der letzten Gemeinderatsitzung genügend gezeigt. Die Sozialliberalen hielt er entgegen, daß sie wohl nicht um den Sieg, sondern um ihre Ehre kämpfen werden; denn es dürfte ihnen wohl schwerlich gelingen, das verrottete Bürgertum auf andere Bahnen zu bringen. In seinem Schlusssatz betonte der Referent v. Gerlach die Notwendigkeit des Zusammenchlusses zwischen Sozialliberalen und Sozialdemokratie. Der Sozialdemokratie könne er sich aus inneren prinzipiellen Gründen nicht anschließen, weil er an eine Sozialisierung der Gesellschaft nicht glaube.

Ober- und Nieder-Barnim.

Tege. In einer imposanten, von 1200 Personen besuchten Wählerversammlung sprach am Montag Genosse Stadthagen über die bevorstehende Landtagswahl. Der Redner wies am Eingang seiner Ausführungen auf die Bedeutung des diesjährigen Wahlkampfes hin und bezeichnete ihn als eine Etappe im Wahlrechtskampf. Eine scharfe Kritik setzte er an das Verhalten der Freisinnigen, die aller liberalen Grundsätze har mit den Konservativen — den Wahlrechtsfeinden — im Kreise Ober-Barnim ein Wahlbündnis abgeschlossen haben. Im weiteren Verlauf seines Vortrages beleuchtete der Redner die gesamte preussische Politik. Nichts eines jeden Arbeiters sei es, sich trotz der öffentlichen Wahl stolz als Sozialdemokrat zu bezeichnen. Eine große Stimmenzahl sei der beste Protest gegen die Dreiklassenwahl. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen. Von den Genossen, die eine für denselben Abend einberufene Versammlung noch in der letzten Minute abgefragt hatten, meldete sich trotz ausdrücklicher Aufforderung seitens des Vorsitzenden niemand zum Wort.

Genosse Hales forderte noch die Frauen auf, das ihnen seit dem 15. Mai zustehende Recht auszunutzen und sich der politischen Organisation anzuschließen. Pflicht der Genossen sei es, zahlreich an den Wahlarbeiten teilzunehmen. Mit einem begeisterten Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Tege. Die Abteilungslisten zur Landtagswahl liegen noch heute und morgen den 22. Mai im hiesigen Gemeindevureau in der Zeit von 9—1 Uhr und von 3—5 Uhr zur Einsicht aus. Sehe jeder nach, ob er in der richtigen Abteilung eingetragen ist.

Rummelsburg. Die Abteilungslisten liegen am 20., 21. und 22. Mai im Rathaus, Tierstr. 24, vorn parterre, in der Zeit von früh 8 Uhr bis nachmittags 8 Uhr und von 6 bis 8 Uhr abends öffentlich aus. Einsprüche sind sofort zu Protokoll zu geben. Außerdem liegen die Abteilungslisten für die erste und zweite Abteilung für den Ortsteil Voglagen bei Genossen Tempel, Alt-Voglagen 56, und für den Ortsteil Rummelsburg bei Genossen John, Karlsdorfer Straße 1, aus.

Es ist Pflicht eines jeden einzelnen Wählers, die Abteilungslisten, welche für die Wahl nur allein maßgebend sind, einzusehen, ob er auch richtig eingetragen ist. Das Wahlkomitee.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Halensee, T.-B., steht und das Lokal „Wilmersdorfer Festhale“, früher „Johann-Georg-Haus“, Johann-Georg-Str. 19, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Achtung! Erster und dritter Wahlkreis! Zwecks Agitation unter den Frauen findet heute abend 8 Uhr in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung statt. Genossin Frau Klein Waader spricht über die bevorstehende Landtagswahl. Genossinnen und Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

Halensee. Heute Donnerstag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Wilmersdorfer Festhale“, Johann-Georg-Str. 19, eine Urwählerversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, für regen Besuch derselben Sorge tragen zu wollen.

Bernsdorf. Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet im Anstößigen Lokale eine öffentliche Wählerversammlung für Männer und Frauen statt, wozu freundlichst einladet Der Vorstand des Wahlvereins.

Erster. Den Genossen zur Nachricht, daß die Abteilungslisten zur Abgeordnetenwahl von heute ab im Lokal von Degebrodt zu jedermanns Einsicht ausliegen.

Alt-Glienide. Freitag abend 8 Uhr findet im Lokal des Genossen Julius Knochen, Audowerstraße 54 eine Urwählerversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Fritz Zubeil über die Landtagswahl referiert. Hierauf Diskussion und Aufstellung der Wählermänner. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Wählers, in der Versammlung zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Rudow. Am Sonntag, den 24. Mai, abends 6 Uhr, findet im Lokal von Palm die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 2. Die Landtagswahlen. 3. Vereingangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Stellungnahme zu den Landtagswahlen macht es unbedingt nötig, daß alle Genossen pünktlich erscheinen. Ebenso ist es Pflicht der Genossen, die umherziehenden Wähler der dritten Klasse auf diese Versammlung hinzuweisen. Bemerkt sei noch, daß am Sonnabend, den 23. Mai, eine Flugblattverbreitung stattfindet. Um recht rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Franz-Buchholz. Am Sonntag findet bei Kühne eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Kurt Stadthagen über die preussischen Landtagswahlen sprechen wird. Genossen! Gittiert zu dieser Versammlung; besonders die Frauen sind dazu eingeladen.

Nieder-Schönhausen. Die Abteilungslisten liegen noch heute und morgen, den 22. Mai, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Einwohner-Meldeamt, Blankenburger Straße 10, zur Einsichtnahme aus.

Am Sonntag, den 24. Mai, früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist notwendig. Der Vorstand.

Falkenhagen-Seegefeld. Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im neuen Saale bei Schöneberg eine öffentliche Versammlung statt. Parteisekretär Richard Schmidt-Welten spricht über: „Die bevorstehenden Landtagswahlen“. Hierauf sollen die Wählermänner aufgestellt werden. Die Genossen wollen für starken Besuch sorgen. Donnerstag abend Handzettelverbreitung für diese Versammlung. Der Vorstand des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Der „loyale“ Kontrahent.

Die Große Berliner Straßenbahn ist sichtlich nicht erbaut von der öffentlichen Kritik, die sie kürzlich in der Stadtverordneten-Versammlung vom Oberbürgermeister und von verschiedenen anderen Rednern unserer Ansicht nach mit Recht erfahren hat. In einer umfangreichen, in allen Berliner Blättern als Inzert erschienenen Veröffentlichung sucht sich Direktion und Aufsichtsrat gegen den Vorwurf der Moyalität zu verteidigen und die Stadt Berlin als die eigentliche Schuldige an der gegenwärtigen Situation hinzustellen. Die Verteidigung der Großen stößt auf sehr schwachen Füßen; sie ergeht sich nur in Wiederholungen dessen, was in zahlreichen Schriftsätzen ihrerzeit behauptet worden ist. An den realen Tatsachen wird durch die geschraubte Auslegungskunst der Großen nicht das mindeste geändert. Es bleibt bestehen, daß nach dem klaren Wortlaut des Vertrages der Stadt mit dieser Gesellschaft der Betrieb im Jahre 1919 auf die Stadt überzugeben hat. Es bleibt weiter bestehen, daß entgegen diesen vertraglichen Abmachungen die Große über den Kopf der Stadt hinweg sich eine dreißigjährige Konzessionsverlängerung verschafft hat, und es ist die weitere Tatsache nicht hinwegzudisputieren, daß diese private Erwerbsgesellschaft durch ihre in fortwährender Umdänderung befindlichen Tunnelentwürfe alle verkehrsfreundlichen Maßnahmen zu hintertreiben versucht. Und das alles mit „wohlwollender“ Unterstützung der Staatsbehörden. Danach bemesse man den Wert der Verteidigung dieses „loyalen“ Kontrahenten.

Kindertögeidien.

In erschreckendem Maße mehren sich die Kinderselbstmorde. Eine wahre Epidemie scheint jetzt in der großen Weltstadt Berlin zu grassieren. Fast keine Woche vergeht, ohne daß die Blätter die lakonische und doch so erschütternde Notiz bringen, daß in dieser oder jener Straße ein junges Leben freiwillig geendet hat. „Die 12jährige Elise W. stürzte sich aus Furcht vor Strafe vom vierten Stock herab.“ „Die Leiche des 13jährigen Kurt R. landete gestern an der — Brücke. Es liegt Selbstmord vor.“ Das Auge des ständigen Zeitungslers huscht sichtlich über die Notiz unter „Lokales“ oder „Bermischtes“ hinweg. Kaum daß einer mal das Blatt aus der Hand legt, um über das furchtbare Ereignis einige Minuten nachzudenken. Das Großstadtleben stumpsft ab. Ein Unglück, das an einen kleinen Ort alle Gemüter in höchste Verärzung versetzt und auf lange Jahre hinaus Gesprächsstoff bildet, spülen die Wogen der Weltstadt im Handumdrehen von hinnen. Wieviel herzzerreißendes Kinderelend bergen die verschwiegenen Wände der modernen Massenquartiere. An den stummen, kalten Mauern verhallen die Schmerzensschreie einer gepeinigten Kinderseele ungehört. Und dringt der Verzweiflungsruf wirklich einmal bis zu der Nachbarschaft, so kann man oft genug noch Eltern zu ihren eigenen Kindern sagen hören: „Hört ihr, Elschen kriegt Haue, die war sicher unartig“. Nur selten erfährt die Öffentlichkeit durch eine Gerichtsverhandlung, daß ein entmenschetes Elternpaar ein ihnen mißliebiges Kind in bestialischer Weise zu Tode gemartert hat. Aufsehen erregende Fälle, wie jener der Frau Major und der Frau Dr. Bergmann sind noch in aller Erinnerung, wenn auch hier noch das Schlimmste verhüllt und die Menschenkopien dem Leben erhalten bleiben konnten.

Aus Galensee wird berichtet, daß sich ein neunjähriges (!) Schulmädchen in seiner Herzensangst aus dem dritten Stock in den Hof gestürzt hat. Motiv: Frau Schenker vernichte aus ihrem Portemonnaie eine kleine Geldsumme und überzeugt, daß ihre beiden ältesten Kinder, Mädchen von 9 und 8 Jahren, sich das Geld angeeignet und bemaßigt hätten, wollte sie die kleine Winkeln jähzigen. Während über die jüngere das Strafgericht erging, hatte die Ältere, das neunjährige Trudchen, sich vor der zürnenden Mutter in eine andere Stube geflüchtet und diese verriegelt. Die Erregung der Frau wurde hierdurch nur noch gesteigert und in ihrem Zorn stieß sie schwere Drohungen gegen ihr Kind aus. Da wurde dieses von namenloser Angst gepackt. Es schwang sich über die Kränkung der an die Stube grenzenden Loggia und stürzte sich auf den Hof hinab.

Noch lebend wurde das Mädchen nach dem Groß-Bichterfelder Kreis-Krankenhaus gebracht, wo es nach wenigen Stunden seinen Verletzungen erlag.

Ueber den Selbstmordversuch eines achtjährigen Kindes wird uns gemeldet: Am Montagabend gegen 9 1/2 Uhr stürzte sich die achtjährige Anna Wohlke aus einem Fenster der im ersten Stockwerk des Seitenflügels Jellestr. 10 belegenen Wohnung ihres Stiefvaters, des 27 Jahre alten Arbeiters Ferdinand Bobig, auf den Hof hinab. Hausbesitzer fanden das Kind auf und trugen es nach der elterlichen Wohnung, wo ein herbeigerufener Arzt Verletzungen an der Stirn und am rechten Ellenbogen feststellte und ihm die erste Hilfe leistete. Als Grund wird angegeben: Das Mädchen, das sich viel unbeherrschte, hatte auch an dem fraglichen Abend deshalb wieder Unterbringung in Fürsorgeerziehung hat das Kind zu dem Selbstmordversuch veranlaßt.

Im wesentlichen ist es Furcht vor körperlicher Züchtigung, die die Kleinen veranlaßt, auf irgend eine Weise sich der Strafe zu entziehen. Die leider auch im Hause noch so sehr grassierende Prügelpädagogik ist die innere Ursache zu der schlimmen Erscheinung der Kinderselbstmorde.

Ist es in allen Fällen gleich nötig, fürchterliche Drohungen und Schimpfworte auszusprechen, daß das eigene Kind — in dem zweiten oben mitgeteilten Falle handelt es sich um ein Stiefkind — hinaus ins graue Elend flüchtet, um einer meist übertriebenen Mißhandlung zu entgehen und so namenloses Elend über die ganze Familie zu bringen? Kann man nicht durch eine vernünftige Erziehung und vor allem durch das lebendige Beispiel viel mehr erreichen? Wie viel Kinderleiber werden noch in der Tiefe der Abfallhöfe zerquetschtern, wie viel jugendliche Leiden aus dem Kanal geholt werden, ehe man von der mittelalterlichen „Erziehungsweise“ läßt?

Arbeitgeberwahl zum Kaufmannsgericht Berlin.

Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer am 12. Februar 1908 wurden für die Liste I (Zentralwahlkomitee) eine große Zahl Stimmzettel abgegeben, die zum Teil bedeutend größer, als amtlich vorgeschrieben, waren: zum anderen Teile wurde so dünnes Papier verwendet, daß infolge der Durchsichtigkeit der Stimmzettel von einer geheimen Wahl nicht die Rede sein konnte.

Der amtliche Wahlausschuss erklärte trotz des Einspruchs der Agitationskommission der sozialdemokratischen Arbeitgeberliste diese Stimmzettel für gültig. Gegen diesen Bescheid wurde Beschwerde erhoben, worauf am 13. Mai folgender Bescheid vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg eingegangen ist:

„Auf die an den dortigen Magistrat gerichtete Beschwerde vom 13. Februar d. J. über die Gültigkeit der Wahlen zum Kaufmannsgericht erwidere ich nach Prüfung des Sachverhalts ergebnislos das Folgende:

Die Durchsichtigkeit der Stimmzettel für die Liste I, Zentralwahlkomitee, ist — zumal diese Zettel in der Regel zusammengefaßt abgegeben werden — nicht derart, daß das Vorhandensein eines anderen Kennzeichens im Sinne von § 16 Absatz 8 des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht der Stadt Berlin angenommen werden kann.

Dagegen sind die 1802 Stimmzettel, welche ein Maß von 11:14 statt 9:12 Zentimeter aufweisen, ungültig. Hiernach erlaute ich die Wahlen der unter Nr. 175 und 176 der Liste I aufgeführten Beisitzer für rechtsungültig.

Zur übrigen habe ich den Magistrat ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß künftig Stimmzettel von stärkerem Papier verwendet werden.“

Durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl von zwei Kandidaten der Liste I müssen von der Liste II (Sozialdemokratische Arbeitgeberliste) noch zwei Kandidaten als gewählt betrachtet werden. Jedoch jetzt sechs sozialdemokratische Arbeitgeberbeisitzer im Kaufmannsgericht Berlin vorhanden sind.

Die Rot der Kirche wird in diesen Tagen wieder von den Vertretern der Kirchengemeinden Berlins auf den Jahresversammlungen der Kreisynoden erörtert. Schon seit Jahren bilden bei diesen Zusammenkünften immer wieder die Klagen über die unaufhaltsame Zunahme der Austritte aus der Kirche einen Hauptbestandteil der Beratungen. Wie die betäubten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind, sitzen die Herren Pastoren bei einander und sinnen auf Abhilfe.

Was sollen wir tun? so fragten sie einer den anderen auch wieder auf der Jahresversammlung der Kreisynode Friedrichswerder I, die am Dienstag als erste der diesjährigen abgehalten wurde. Daß die Austrittsbewegung nicht nur ungehindert fortbauert, sondern in diesem Jahre wieder noch eine Steigerung erfahren hat, das wird in dem Jahresbericht des Vorsitzenden über die „kirchlichen und sittlichen Zustände“ offen zugegeben. Beklagt wird, daß jetzt auch schon die jungen Leute der Kirche entzogen werden, nachdem die Sozialdemokratie stärkeren Einfluß auf die heranwachsende Jugend zu gewinnen gesucht habe.

Mit banger Sorge wird den Wirkungen der erneuten Erhöhung des Kirchensteuerfajes entgegengesehen, die den Mitgliedern der Kirchengemeinden beschert werden soll. Schon bisher wurde der Entschluß, sich nach der längst vollzogenen innerlichen Loslösung von der Kirche auch äußerlich von ihr loszusagen, bei vielen mitbestimmt durch den Wunsch, der Kirchensteuer zu entgehen. Die schärfere Heranziehung der Arbeiterbevölkerung zur Einkommensteuer hat dazu geführt, daß zahlreiche Arbeiter auch zur Kirchensteuer herangezogen wurden, und das hat manchen mit aufgerüttelt, denn bis dahin die Austrittsbewegung gleichgültig gewesen war. Was soll, so jammern jetzt die Pastoren, erst dann werden, wenn die Kirchensteuer noch weiter erhöht wird?

Erhöht soll und muß die Kirchensteuer werden, weil die Kirche mehr Geld braucht, fernermal die Pastoren mehr Gehalt haben wollen. Diese Verkünder des Gotteswortes schelten auf der Kanzel über die Jagd nach den vergänglichem Gütern der Erde, sie preisen ihren Gläubigen die Freuden der Besüßglosigkeit und Entsagung, sie vertreiben die Armen und Bedürftigen auf die unbeweglichen Schätze des Himmels. Aber sie selber wissen den Wert einer Gehaltserhöhung zu würdigen, die den auf das Jenseits vertretenden Pastoren schon das Diesseits möglichst behaglich gestalten soll. Wir bedenken es ihnen nicht, wir meinen aber, daß sie dann aufhören sollten, über die „Begehrlichkeit“ ihrer Mitmenschen zu zeteren.

Einem von ihnen ist es eingefallen, daß die Pastoren, zu deren Gunsten die Kirchensteuer erhöht werden muß, selber von der Kirchensteuer befreit sind. Sie sind selber davon befreit, wirken aber selber mit bei der Befreiung der Höhe des Kirchensteuerfajes. Das müsse, so meinte einer aus der Kreisynode Friedrichswerder I, auf manche kleine Leute einen seltsamen Eindruck machen. Er beantragte daher, Schritte zu tun, um Aufhebung dieser Kirchensteuerfreiheit herbeizuführen. Aber da kam er bei seinen Amtskollegen über an. Ihm wurde erwidert, die Kirchensteuerfreiheit der Pastoren beruhe doch auf einem Staats- und Kirchengesetz, und übrigens sei sie eine Art „Zulage zu ihrem nicht

ausreichenden Gehalt. Und die Schindalberjammung beseitigte den Antrag durch Uebertragung zur Tagesordnung!

So werden diese Gottesmänner wenigstens die „Koi“ beseitigen, unter der sie selber zu leiden glauben. Mehr Gehalt sollen sie kriegen, die Kirchensteuer muß deshalb erhöht werden, sie selber aber wollen keine Kirchensteuer zahlen, auch nicht nach der Gehalts-erhöhung. Dieser Beschluß dürfte auf die „kleinen Leute“ einen so „seltsamen“ Eindruck machen, daß er eine erneute Zunahme der Kirchenausstritte, eine weitere Steigerung der Koi der Kirche bewirken wird.

Polizei und freie Jugendbewegung.

Zur Polizeiaktion gegen die am Vorabend der Jugendlichen-Entredung aus der Protestversammlung der Jugendlichen heim-kehrenden Teilnehmer, über die wir unter den letzten Nachrichten der Freitagnummer berichtet, werden uns nachträglich noch einige ergänzende Angaben gemacht, die das Bild der Affäre stimmungslos vervollständigen. Unsere Gewährleute erzählten uns, daß die Festgenommenen auf der Polizeiwache von Schulheuten mit den Worten: „Lausejungen, Stroche, Banditen und ähnlichen Ausdrücken angedredet wurden. Ein Wachmeister bedauerte, daß er bei Eingreifen auf der Straße den Säbel nicht schnell genug herausbekommen habe. „Gleich über'n Hausen mühte man die Hunde stechen!“ meinte er voll Latendrang. „Na, es ist ja kein Wunder, sie lernen's von den Alten!“ wurde sachverständig bemerkt. Der Herr Polizeileutnant hörte alle diese Ausdrücke des Schutzmännchens offenbar nicht — als indes einer der Festgenommenen sich die Bemerkung erlaubte, daß eine der beliebtesten Titulaturen auf ihn nicht passe, fuhr der Herr Leutnant sofort dazwischen und verbot dem jungen Manne das Sprechen. Der Herr empfand dann offenbar die Verpflichtung, etwas für die Erziehung der jungen Leute zu tun, die ihm wohl als bedauernswerte, arg verführte Schäflein erschienen. So bemühte er sich denn, ihnen militärischen Schmeid beizubringen, kommandierte im schönsten Kasernenhose: „Stramm gehen!“ — „Papiere raus!“ — „Marsh!“ usw. Einer der jungen Leute, der einen kranken Fuß auf dem Fußboden hatte, wurde angefahren, sich anständig hinzusetzen. Auf die Bemerkung, daß er einen kranken Fuß habe, wurde ihm die Antwort: „Hier heißt's nicht krank sein, hier heißt's gehorchen!“

Weber die Attade selbst ist noch zu berichten, daß die Schulheute nicht nur mit blankem Säbel auf die von der Versammlung kommenden eindringen, sondern auch Polizeihunde auf sie hetzen, so daß einem aus der Schar die Hufe zerrissen wurde. Am Grünen Weg wurde auf einen Trupp, der sich von Polizisten verfolgt sah und der sich in eine Seitengasse retten wollte, von einer dort stehenden Schutzmännchete eingeschoben. Einer der Beteiligten erhielt einen Hieb in die Zähne. Am Prenzlauer Tor wurde abermals auf die Flüchtenden eingeschoben, an der Ecke der Danziger Straße und Prenzlauer Allee wurden die in die Bedürfnisanstalt Flüchtenden verfolgt und unter Schlägen hinausgedrängt. Am Landsberger Tor, in der Nähe der Friedensstraße, sah man einen Schutzmännchen einen der jungen Leute ohrfeigen. Wer davon rannte, wurde verfolgt und verhaucht. Kurz, es war eine glorreiche Affäre der Berliner Schutzmännchenschaft.

„Abschlagszahlung“ für städtische Beamte.

Die Stadtverordneten von Berlin beabsichtigen, einen von allen Fraktionen mitunterzeichneten Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung einzubringen, den Magistrat zu ersuchen, tunlichst bald nach dem Vorbilde des Staates und des Reiches den städtischen Beamten eine entsprechende „Abschlagszahlung“ auf die in Aussicht genommene organische Gehaltsregelung zu gewähren und diese Zahlung bei der späteren Gehaltsbesserung in Anrechnung zu bringen. Die Stadtverordnetenversammlung sieht einer besonderen Vorlage des Magistrats entgegen. Die Mittel für diesen Zweck in Höhe von rund 1 1/2 Millionen Mark sind schon in den laufenden Etat eingestellt worden.

Der Polizeipräsident bringt erneut in Erinnerung, daß nach der Polizeiverordnung vom 27. Mai 1892 nicht flüssige Nahrungsmittel in Berlin nur nach Gewicht, Stückzahl oder Stückzahl verkauft werden dürfen und demnach auch der Verkauf von Obst nach sogenannten Linen, d. h. nach Hohlmaß, nicht zulässig ist. Die Aufsichtsbekanntmachung sind angewiesen, Verfehlungen dieser Art besonders Aufmerksamkeit zu widmen.

Sein 50jähriges Jubiläum als Berliner Universitätslehrer beging gestern der Professor Dr. Wilhelm Förster. Der bekannte Gelehrte hat sich auf dem Gebiete der Mathematik und der Astronomie große Verdienste erworben. Dr. Förster war langjähriger Leiter der Berliner Sternwarte, Begründer der Urania und eifriger Förderer der in der Gesellschaft für ethische Kultur propagierten Bestrebungen. Dr. Förster war ein sehr selbstloser Mann. Er ist in Arbeiterkreisen bekannt geworden durch seine populären Vorträge über Himmelserscheinungen, die er vollkommen unentgeltlich hielt. Er hat sich nicht gescheut, diese Vorträge in Arbeitervereinen selbst während der sozialistengesellschaftlichen Zeit zu halten. Das ehrt den Mann.

Unter einem Faß begraben wurde der Vorarbeiter Bachmann, der bei Asphaltarbeiten in der Danziger Straße beschäftigt war. Er leitete das Abladen von Teerfässern und stand neben dem Wagen, als ein Faß, das hinuntergerollt werden sollte, den Händen der Arbeiter entglitt. Er vermochte der stürzenden Last nicht mehr auszuweichen, die ihn auf die Beine fiel und den rechten Unterschenkel zerschmetterte. Der Schwerverletzte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo jedenfalls eine Amputation des des Gliedes vorgenommen werden muß.

Der Kampf um die Milchhändlerschaft wird in Moabit mit den seltsamsten Mitteln geführt. Weit draußen in der Güttenstraße haben die vereinigten Moabiter Milchhändler, darunter auch die Großfirma Walle, einen roten Milchwagen in Betrieb gestellt, der das Liter Vollmilch statt für 22 für 15 Pf. abgibt. Der ausgesprochene Zweck dieser Maßregel ist, einen in der Güttenstraße wohnhaften Milchhändler, der die Preisverhöhung von 20 auf 22 Pf. nicht mitmacht, zu ruinieren. Der arg bedrängte Milchhändler hat in seinem Schaufenster Plakate ausgehängt, in denen er mitteilt, daß ihm gedroht sei, man werde ihn umschlagen, weil er sich dem Beschluß des Vereins der Milchhändler nicht gefügt habe. Seit dem Sonnabend steht dieser Milchwagen vor dem Hause des boykottierten Milchhändlers, umlagert von einer großen Menge, die ihre Woffen zu dem neuesten Milchriege macht. Wer Sieger in diesem Konkurrenzlampfe sein wird, ist noch nicht abzusehen.

Durch Rot und Entbehrung ist der Metallarbeiter Hermann K. aus der Adalbertstraße in den Tod getrieben worden. K. war längere Zeit ohne Beschäftigung und vergeblich hatte er sich bemüht, wieder Arbeit zu erhalten. Es trat bei ihm bald bittere Not ein und in der Verzweiflung nahm sich der Bedauernswerte das Leben. Er stürzte sich in der Nähe des Bionier-Übungsplatzes in die Klugen der Spree und ertrank. Gestern wurde die Leiche des Lebensmüden gelandet.

Revolvententat auf einen Chauffeur. Ein rätselhafter Vorfall, der noch der näheren Klärung bedarf, hat sich in der verflochtenen Nacht auf der Potsdamer Chaussee, unmittelbar neben dem Rathaus von Wannsee, ereignet. Dort wurde der Chauffeur Emil Richter, der eine Automobildrosche der Automobilschiffahrt „Komet“ fuhr, von seinem Fahrgaste durch zwei Schüsse verletzt. Dem unbekanntem Täter gelang es, zu entkommen. Richter stand dienstags mit seiner Drosche am Anhalter Bahnhof. Er wurde von einem ungefähr zwanzig Jahre alten, blassen Menschen ohne Schnurrbart aufgefordert, ihn nach Potsdam zu fahren. In

Wannsee unternahm der Fahrgast dann das Utensil. Richter erhielt zwei Streifschüsse in den Hals und den Kopf. Nachdem ein Arzt in Wannsee den Verwundeten, den ein Privatautomobil hilflos am Wege liegend fand, verbunden hatte, wurde er nach seiner Wohnung in Berlin transportiert. Seine Verletzungen erwiesen sich als nicht lebensgefährlich. Der Täter versuchte, nachdem er die Schüsse auf den Kutscher abgefeuert hatte, der darauf aus dem Wagen sprang, das Auto selbst weiterzuführen. Das Fahrzeug rannte aber gegen einen Baum und blieb stehen; der Fahrgast suchte das Weite. Ein Gendarm unternahm in der Nacht die Verfolgung des Flüchtigen, jedoch ohne Erfolg. Die Polizei weiß noch nicht, ob es sich um einen Raubanschlag handelt, oder ob der Chauffeur etwa mit seinem Fahrgast in Streit geraten ist, in dessen Verlauf die Schüsse abgegeben wurden.

Ein gewerdmäßiger Hundebieb ist gestern der Polizei in die Hände gefallen. Der wohnungslose Händler Bergner hatte sich seit Monaten auf die Diebstähle von Hunden verlegt. Das netze Gewerbe brachte dem Burschen viel Geld ein. Der Hundebieb stahl die Tiere in einer bestimmten Gegend von der Straße fort und verkaufte sie dann an einer anderen Stelle. Gestern wurde er endlich von seinem Schicksal ereilt. In Groß-Richterfelde hatte er versucht, eine Anzahl Hunde, die er im Westen Berlins und in Schönberg gestohlen, an den Mann zu bringen. Ein Schuttmann wurde auf das Treiben des Verdächtigen aufmerksam und nahm ihn fest.

Den Arm zermalmt. Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern nachmittag am Oranienburger Tor zugetragen. Der neun-jährige Sohn des Kaufmanns Köhl, Luise, 49 wohnhaft, hatte das Geschäft seines Vaters, das am Oranienburger Tor liegt, aufsuchen wollen. Als der Knabe den Fahrdamm der Straßenkreuzungen überschritt, wurde er beim Ausweichen eines Automobilomnibus von einem Droschenautomobil erfasst und unter die Räder gerissen. Das schwere Gefährt ging ihm über den rechten Unterarm hinweg und zermalmt diesen fast vollständig. Der Knabe fand in der königlichen Klinik Aufnahme.

Feuer in der Citypassage. Ein großer Dachstuhlbrand, der wieder einmal von verbrecherischer Hand angelegt wurde, beschäftigte die Feuerwehre gestern vormittag in der Citypassage, Dresdener Straße 52/53. Bei Ankunft der ersten Lösungszüge war das Feuer schon längst über seinen Herd hinaus. Die Wehre griff daher sofort mit fünf Röhren ein. Nach einstündiger Löschstätigkeit galt die Hauptgefahr als beseitigt. Es stellte sich heraus, daß das Feuer an zwei Stellen angezündet war. Ein Brandherd lag auf dem Boden des Vorderhauses, der zweite auf dem Boden des linken Seitenschlages, weit entfernt vom anderen. Der Zufall will es, daß in einem in demselben Hause belegenen Variété zurzeit das Stück „Der Brandstifter“ gegeben wird.

Die Freiheit, mit der die Brandstifter arbeiten, ist kaum zu beschreiben. Nachdem sie gestern die Häuser in der Dresdener Straße 52/53, Kleine Frankfurter Straße 12 und Landsberger Straße 89 angezündet hatten, sind sie weiter gegangen und haben das erst kürzlich vollständig renovierte Haus Bäckerstraße 20 angezündet. In diesem Hause befindet sich sogar ein Polizeirevier. Das hat die Burschen nicht abgehalten, das eben erst von Gerüsten befreite Eckhaus an der Varnim Straße 48 gleich an mehreren Stellen anzuflecken. Die Polizei bemerkte die Gefahr erst, als die Flammen aus dem Dache emporloderten und die Hausbewohner nach der Feuerwehre riefen. Diese entsandte sofort von der Brandstelle in der Kleinen Frankfurter Straße einen Zug, dem bald andere folgten. Mit fünf Schlauchleitungen von Dampfströmen mußte die Wehre tüchtig Wasser geben, um ein Ueberspringen des Feuers nach der Varnimstraße zu verhindern. Der Dachstuhl war nicht mehr zu retten, er ist mit dem Inhalt vieler Bodenbeschläge ein Raub der Flammen geworden. Die Täter sind entkommen. Leider sind wieder mehrere Mieter, die nichts verdorrt haben, arg geschädigt.

Bei dem Brande in der Kleinen Frankfurter Straße 12 sind mehrere Feuerwehrgesellen zu Schaden gekommen: Der Feldwebel Radikowsky von der 1. Kompanie durch herabfallende Schiefer vom Turm des Hauses, der Oberfeuerwehmann Ulrich, dem Ballen auf den Kopf fielen, der Feuerwehmann Günther durch Stichflammen, der Feuerwehmann Dörband I durch Stichflammen und Qualm. Die Wundgeschichten waren vollständig erschöpft.

Zu rekonstruieren. Am 17. Mai wurde im Spreekanal an der Klambjoubücke die Leiche eines unbekanntem etwa 80 Jahre alten Mannes, 1,60—1,65 Meter groß, mit dunklem Haar und Schnurrbart, angeschwemmt. Die Leiche, welche anscheinend mehrere Wochen im Wasser gelegen hat, war bekleidet mit dunklem Jacketanzug, grauen Strümpfen und Halbschuhen. Die Leiche befindet sich im Leichenschauhause, Hannoverische Straße 8, und kann dort rekonstruiert werden.

Von einem traurigen Geschehnis ist ein unbekanntem Mann am Wilhelmsdorfer See ereilt worden. An dem Ufer des Sees kann man täglich Personen beobachten, die Wasserfische, welche als Fischfutter dienen, fangen. Gestern wurde nur aus dem stillen Gewässer die Leiche eines unbekanntem, etwa 40 Jahre alten Mannes gezogen, der bei dem Fangen von Fischfutter ins Wasser gestürzt ist und sich aus dem morastigen Sumpf nicht mehr zu retten vermochte. Von weitem war der Vorgang beobachtet worden, doch als man zu der Unfallstelle eilte, war der Unbekannte bereits in dem See versunken. Vergeblich versuchte man den Verunglückten zu retten. Die jetzt gelandete Leiche wurde zur Rekonstruktion nach dem Schauhause überführt.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am Montag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Berliner Rathauses einen öffentlichen Vortragabend. Präsesin Adele Schreiber spricht über Sexualpädagogik. Zutritt für jedermann — auch Nichtmitglieder — kostenlos.

Personen, die am Sonntag, den 22. März, nachmittags gegen 1/5 Uhr, ansichtlich des Besuches des Friedhofes der Rügegefallen im Friedrichshain einer Störung eines Besuchers aus der Reihe der dort aufgestellten Personen beigewohnt haben, werden um Angabe ihrer Adresse an Abendroth, Beermannstr. 9, Querg. & Co. bei Mälte, gebeten.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht gegen 2 Uhr stand auf dem Gesundbrunnen, Wriezener Straße 9, der Dachstuhl eines einständigen Fabrikgebäudes in großer Ausdehnung in Flammen. Der 16. Zug unter Leitung des Brandmeisters Steiner mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben, um den Brand, dessen Entstehung auf vorläufige Brandstiftung zurückgeführt wird, zu löschen. Gleichzeitig hatte der 7. Zug in der Frankfurter Allee 117a zu tun, wo in einer Kischerei durch Selbstentzündung von Fußwolle ein Brand ausgebrochen war. Ferner brannten in der Cöpenickerstraße 18 u. a. Wäsche, Kärbe, Hausrat usw. und in der Fennstr. 45 eine Schmiede. Außerdem war in der Diegrüner Straße 22 Fett in Brand geraten.

Vorort-Nachrichten.

Eine Anzahl Verkehrsunfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. In der Lebnitzstraße in Charlottenburg wurde das 28 Jahre alte Dienstmädchen Martha Schmidt beim Ueberschreiten des Fahrdammes durch eigene Schuld von einer Automobildrosche überfahren und so schwer verletzt, daß sie nach dem Krankenhaus Befand gebracht werden mußte. — Der Kaufmann Spicker, in der Wese-straße in Niddorf wohnhaft, fuhr auf einem Zweirade die Knottbuler Straße entlang. Wo dem Hause Nr. 15 wollte er einem Omnibus ausweichen und bog nach dem Strahlenbahnsteig hinkäber, auf dem aus entgegengesetzter Richtung ein Zug der Linie 47 heranfuhr.

Sp. fauste gegen die Vorderplattform des Motortragwagens, wurde zur Seite geschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen sowie eine Gehirnerschütterung. Der Verunglückte wurde nach dem Kranken-hause am Urban übergeführt. — Unter die Räder eines Lastwagens geriet in der Elbasserstraße der Wäcker Krämer aus Köpenick, als er von seinem Wagen herabstieg, um einen Kunden zu besuchen. Er erlitt schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Kranken-hause am Friedrichshain gebracht werden.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die Einführung des neu-gewählten besoldeten Schöffen Colosseum sowie der neu- besoldeten bürgerlichen Gemeindevertreter vollauf sich in der üblichen Weise. Der nächste Punkt betraf die Abänderung der Frei-bauordnung. Der Landrat hatte die Höhe der Gebühren demingelt. Diefelben wurden erniedrigt. Bei Punkt: Erlass eines Ortsstatuts über die Bildung der Schuldeputation in Friedrichsfelde, regte Ge-nosse Pinfeler an, derselben die Bewilligung der Veranlassung zu übertragen. Dies ist jetzt Sache der Armendeputation. Der Ge-meindevorsteher stellte die Berücksichtigung in Aussicht. Gleichzeitig stellte er fest, daß die Bewilligung von Veranlassung an bedürftige Kinder schon heute nicht als Armenunterstützung gelte. Die Fest-setzung des Fremdenschulgebührens wurde nach den Anträgen des Ge-meindevorstandes — 2,50 M. pro Kind und Monat — ohne Debatte angenommen. Bei Bewilligung der Ueberschreibung der Baukosten für den Um- und Erweiterungsbau des Mädchenpensionshauses be-antragte Genosse Pinfeler Verweisung der Abrechnung an die neu-gewählte Baukommission. Der Bau sei damals für 38 000 M. vergeblich worden, es müsse festgestellt werden, ob diese Nachfor-dung des Unternehmers gerechtfertigt ist bzw. wer der Verantwort-liche sei. Auch mehrere bürgerliche Gemeindevertreter schlossen sich dem Antrage an. Der Gemeindevorsteher und auch der Gemein-debauweiser erklärten aber, daß sich auch durch eine erneute Prüfung an der Sache nichts ändern lassen. Es wäre dies eben eine von den vielen alten Sünden der früheren Verwaltung. Die Wechsellösen wurden schließlich mit Mehrheit bewilligt. Der Schöffe Krausnik wird von seinen Aemtern entbunden; eine Reumacht soll möglichst bald erfolgen. Ebenso sollen die Wahlen der Kommissio-nenmitglieder bald erfolgen. Bei Bewilligung der Kosten zur Um-pflasterung der Prinz-Adalbert-Straße in Karlshorst zwischen Auguste-Viktoria-Straße und Güntherstraße wurde wieder eine der vielen „alten Sünden“ der früheren Verwaltung aufgedeckt. Die Straße wurde feinerzeit von dem Grundstückspekulanten und Bau-meister Gregorobius, der auch Gemeindevorsteher ist, angelegt. Da das Pflaster so schlecht hergestellt war und auch die Straße über eine Sandpfurche führte, so daß das Pflaster immer wieder ver-sank, wurde sie von der Gemeinde nicht übernommen. Im Jahre 1900 beschloß die Gemeindevertretung, daß Gregorobius als Sicher-heit für die ihm obliegende Unterhaltungspflicht eine Kaution in Höhe von 3000 M. zu leisten hätte. Dieser Beschluß wurde nicht ausgeführt; die Kaution wurde nicht gestellt. Vom Jahre 1904 liegt ein Schriftstück vor, wonach die Gemeinde die Schenke, Adalbertstraße usw. von Gregorobius gegen eine Abfindung von 7500 M. übernimmt. Die Adalbertstraße wurde aber aus-drücklich ausgeschlossen. Nachdem weigert sich Gregorobius jetzt, die Straße zu unterhalten. Dadurch, daß die Gemeinde die Kanalisa-tion in der Straße verlegt hätte ohne ihn zu fragen, wäre ihm die Straße abgenommen. Der Herr will aber so gut sein und 500 M. zu den etwa zehnmal soviel betragenden Kosten beisteuern. Auch der Gemeindevorstand war der Ansicht, daß durch die Kanalisa-tion die Straße tatsächlich übernommen sei. Ein Gemeindevorsteher warf die Frage auf, warum denn Gregorobius, der doch als Ge-meindevorsteher gewählt hat, daß die Straße kanalisiert werden sollte, dagegen nicht Einspruch erhebt, da die Gemeinde doch nicht über dieselbe zu verfügen hatte. Der Gemeindevorsteher bedauerte — mit einem Blick auf den der Verhandlung beizwohnenden G. —, daß er nicht deutlicher werden könnte. Alle Anwesenden erwarteten nun, daß sich G. aus der Sitzung solange entfernen würde, als man über ihn verhandelte; das geschah aber nicht. Die Mehrheit der Versammlung war der Ansicht, daß die Sache durchaus nicht zweifelhaft sei. Es soll noch in einer Kommission untersucht werden, ob G. nicht doch noch unterhaltungspflichtig ist. Der Ge-meindevorstand hatte beantragt, einer Witwe, deren Mann der Gemeinde 24 Jahre lang als Radwächter treu gedient hatte, eine monatliche Unterstützung von 20 M. zu zahlen, die aber nicht als Armenunterstützung gelten soll. Ein bürgerlicher Gemeindevor-steher stellte und begründete einen Antrag auf Gewährung einer Unterstützung von 30 M. monatlich. Da dieser Antrag aber von keiner Seite unterstützt wurde, blieb es bei 20 M. Hierauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen und der Entwurf eines Grundstücks und Verbreiterung der Schloßstraße in gester-ter Sitzung verhandelt.

Rigdorf. Ihren schweren Verletzungen erlegen ist die 16jährige Elisabeth Schly, die sich am Sonntag in selbstmörderischer Wut auf dem Fenster des vierten Stockwerks der in der Hermannstraße 229 be-legenden Wohnung der Mutter herabgestürzt hat. Das junge Mädchen starb, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen zu haben.

Weißensee.

Welchen Verwaltungsapparat die Gemeinde Weißensee zu unterhalten hat, zeigen nachstehende Zahlen. Der Ort zählt zurzeit zirka 42 000 Seelen. An der Spitze steht ein Bürgermeister als Amts- und Gemeindevorsteher, ihm zu- Seite stehen zwei besoldete Schöffen, von denen einer zurzeit außer Dienst ist (Dr. Rabe). Ferner fünf höhere Beamte: ein Hochbauamt, ein Tiefbauamt, ein Gemeindevorsteher, ein Leiter des Wohlfahrtsamtes, ein Betriebsdirektor des Elektrizitätswerkes. Beamte in leitender Stellung: ein Bureau-direktor, ein Kammereinspektor, ein Polizeikommissar und ein Bureauvorsteher. Dann folgen 12 Sekretäre, ein Steuerkassierer, ein Kassenrentant, 44 Assistenten, Registratoren usw. An Unter-beamte sind vorhanden: zwei Polizeiwachmeister, sieben Voll-ziehungsbeamte, 21 Polizeifergeanten, ein Gemeinbediener, vier Radwächter, welche nach und nach durch Polizeifergeanten ersetzt werden. Im Hochbauamt sind beschäftigt: zwei Bauführer, zwei Architekten, drei Techniker; im Tiefbauamt: drei Ingenieure, zwei Techniker, zwei Inspektoren, drei Wassermeßerkontrollanten, fünf Vermessungsbeamte, ein Maschineningenieur, ein Maschinenmeister; dann folgen noch 17 männliche und sieben weibliche Bedienstete. Insgesamt werden an diese Personen 299 135,28 M. Gehälter pro Jahr gezahlt. Hinzu kommen noch 35 000 M. Löhne für die Straßenarbeiter, 7800 M. für die Gemeindegärtner mit Arbeitern und 22 300 M. für die Angestellten und Arbeiter der Kanalisation. Außerordentlich hoch erscheinen auch die Ausgaben für die Schul-verwaltung. Vorhanden sind sieben Gemeindepfandhäuser mit 138 Lehr-personen (inklusive Rektoren), welche 334 191,68 M. Ausgaben pro Jahr verursachen. Die Oberrealschule hat 11 Lehrkräfte mit einem Aufwand von 43 385 M. Das Realgymnasium, welches im Entstehen begriffen ist, verursacht eine Ausgabe für Lehrkräfte von 6480 M. Die höhere Mädchenschule hat 11 Lehrkräfte und werden an Gehälter 28 975 M. pro Jahr gezahlt. Insgesamt ver-ursacht die gesamte Schulverwaltung mit allen Einnahmen und Ausgaben einen Aufschuß von 427 509,50 M. Schon dieser ge-waltige Verwaltungsapparat zeigt, daß unser Ort längst das Dorf-gewand abgestreift hat und getrost in den Rang der Städte von Berlin einzureihen kann. Die Ausdehnung aus dem Kreise wäre auch insofern erwünscht, als die Gemeinde den Beitrag von 98 370,86 M. an den Kreis für sich verwenden könnte. Die Zu-mehmung, die der Kreis an die Gemeinde macht, kommt fast nicht in Betracht.

Wilmersdorf.

Die freie Turnerschaft Wilmersdorfs eröffnet am Sonntag, den 24. d. M. ihren öffentlichen Turnplatz in dem Restaurant zur Klause, Wilmersdorf, Hübengardstr. 5-6, 9 Uhr vormittags, vollständige Wettkämpfe der Männer- und Lehrlingsabteilung; 4 Uhr nach-mittag: Turnerische Aufführungen, Reigen und vollständige Spiele der Männer-, Damen- und Lehrlingsabteilung. Gleichzeitig findet

Jeden Mittwoch und Sonntag auf dem Turnplatz in der Nähe des Hauptbahnhofs Spiele der Schuljugend unter Leitung von Sportlehrern.

Gerichts-Zeitung.

Hefler und Rechtsanwalter.

Der Heflereiprozess, in welchem sich zur Zeit der bekannte Konflikt zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn und zwei Mitgliedern des Gerichtshofes zugetragen hatte, beschäftigte gestern wiederum die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Wille. Angeklagt war die Schankwirtin Marie Salzwedel. Die Angeklagte betreibt in der Wilschhofstrae eine Schankwirtschaft, in der zumeist Hausdiener und sonstige Angestellte der in der Nähe liegenden großen Geschäfte verkehren. Da die Kriminalpolizei beobachtet hatte, daß der seit langer Zeit als gewerbmaiger Hefler bekannte Handelsmann Fleischmann wiederholt das Lokal mit Kafeten verließ, wurde eines Tages eine Hausdurchsuchung in der Wohnung der S.chen Eheleute vorgenommen, bei der u. a. ein wertvoller Teppich vorgefunden wurde. Es ergab sich, daß die Angeklagte ihn von einem Hausdiener, der in einem gegenüberliegenden Teppichgeschaft angestellt war, für 18 M. gekauft hatte. Außerdem wurde noch ein Karton gestohlener Hte beschlagnahmt. Die Verhandlung nahm einen für die Angeklagte so günstigen Verlauf, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragte, auf die das Gericht auch erkannte. Das frühere vom Reichsgericht aufgehobene Urteil hatte bekanntlich eine Strafe von drei Monaten ausgeworfen.

Die Weibensgeschichte eines Kindes

beschäftigte gestern wieder einmal den Moabiter Strafrichter. Wegen Mißhandlung ihres eigenen Kindes war die Frau Martha L. h. geb. Schröder vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. Die Angeklagte hatte sich vor einigen Jahren verheiratet. Aus der Ehe ging ein jetzt jähriges Mädchen hervor, welches sich durch einen unglückseligen Umstand die Abneigung und den Haß der Mutter zuzog. Als die kleine Marie zur Welt kam, hatte die Mutter schon sehr viel zu leiden. Eine infolge der Geburt entstandene schwere Krankheit warf die Angeklagte auf das Krankenbett danieder, von dem sie sich erst nach über einem Jahre wieder erheben konnte. Dies gab die Veranlassung zu einer großen Abneigung gegen das unschuldige Kind. Wo es ging und stand, wurde es wegen der geringfügigen Unarten von der Mutter geschlagen und fast alltäglich hrten Nachbarn aus der Wohnung der Angeklagten heraus klagliches Schreien und Winseln schallen. Hausbewohner beobachteten auch wiederholt, daß die kleine Thal von der Mutter mit einem biden Wolschlffel und anderen Werkzeugen in der rohesten Weise mißhandelt wurde. Der Körper der Kleinen war stets mit blutunterlaufenen und zum Teil offenen Striemen bedeckt. Schließlich wurde von Nachbarn Anzeige bei der Polizei erstattet. Eine frperliche Untersuchung des Kindes ergab deutliche Spuren von Mißhandlungen aller Art. Das Schöffengericht erkannte mit Rücksicht auf die von der Angeklagten zutage gelegten Rohheit und Brutalität auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Hiergegen legte sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch die Angeklagte Berufung ein. Die Berufungskammer bestätigte jedoch nach der erneuten Beweisaufnahme das erste Urteil und verwarf die Berufung kostenpflichtig.

Vermischtes.

Ein Millionendefraudant. Nach einer Meldung aus Toulon ist der Bankier und Vodsenmoller Drouhin nach Unterschlagungen im Betrage von einer Million Frank gefsktet. Er wird hiebfriglich verfolgt.

Verdurstet. Wie aus Lemberg gemeldet wird, hat sich der Jesuitenpater Peter Stepanovi, welcher wegen eines Sittlichkeitsattentats, begangen an einem sterreichischen 17jahrigen Mädchen schuldig gemacht hatte, jedoch auf freiem Fuß belassen worden war, nach Amerika gefsktet.

Eine Luftschiffahrt mit Hindernissen. Aus Barcelona wird gemeldet: Zwischen Alpeher und Valle in der Provinz Ferraguna fuhr ein Luftballon in geringer Höhe, so daß das Seil den Boden berührte. Mehrere Bauern ergriffen das Seil und wollten den Luftschiffer Magdalena zur Landung zwingen. Dieser weigerte sich jedoch und forderte die Bauern zur Freigabe des Seiles auf; er hot ihnen sogar Geld, aber vergeblich. Der Luftschiffer warf nun drei Sandsade aus und brachte den Ballon zum plötzlichen Steigen, wodurch die Bauern zu Boden geschleudert wurden. Der Ballon prallte gegen einen Felsen; hierbei zog sich der Luftschiffer schwere Verletzungen zu. Der Ballon erhob sich sodann bis zu einer Höhe von 3000 Metern. Der Luftschiffer konnte später unter günstigeren Umständen seine Landung bewerkstelligen.

Eingegangene Druckschriften.

Nummer 11 des „Süddeutschen Postillon“ versendet die Münchener Verlagsfirma R. Arnlt. Ein Helmbild Friedrich Raumanns zielt die erste Seite. Ein Bildnis fontenreife der Staatsreiter mit der Schere. Ein kräftiger preussisch-bayrischer Ht zeigt ein farbiges Halbblut. Die Kaiserin's Anstrengungen kennzeichnen das Schlachtfeld. Vom technischen Inhalte sei hervorgehoben: Reichsinn's Reichstagsreiter (Schlacht). Die Ermittlung des Korru (Schlacht). Ein Interview beim Kürsten Eulenburg. Die Flugblattdruckerei (Schlacht). Derenburg's Reiten (Schlacht). Dielet'st Gassen und prächtige Gasse. Einzelnummer 10 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Saal Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10. Fahrstuhl, wochentaglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr wochentaglich beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Alles Fragen trage man in der Sprechstunde vor. G. S. 35. 1. Ein Gesuch um Befreiung wäre an das Bezirkskommando zu richten und hätte in Ihrem Fall Aussicht auf Erfolg. Die Erfüllung des weitergehenden Antrages ist ungewis. — H. 46. Leider hätte eine Klage keinerlei Aussicht auf Erfolg. — G. S. 23. 1. Rein. 2. Nimmlich reglam. — R. D. 1001. Rein. — H. 2. 27. 1. Wenn die Uebertragung der Forderung schriftlich erfolgt und der Sparcassenverwaltung mitgeteilt ist, ja. 2. Die Papiere genügen nicht, es käme auf einen Eid an. 3. Ja. — W. 66. Sie oder Ihr Anwalt mögen um Erteilung von Ausfertigungen des Urteils eintreten. Bis zur Erteilung vergehen etwa zwei Monate. — G. S. 10. Den von Ihnen beschäftigten Zweck der Einhaltung der Antragsfrist erreichen Sie am besten dadurch, daß Sie schriftlich unter Schilderung des Sachverhalts bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellen. Sollte die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Klage ablehnen, weil kein öffentliches Interesse vorliegt, so ist doch auch für die später, etwa nach einem halben Jahre eingereichte Privatklage die Antragsfrist gewahrt. — C. P. 22. Lediglich die Armenverwaltung wäre einzutreten haben. — J. S. 60. Wenn Sie erklärt haben, Sie seien damit einverstanden, daß der Rckspieler nicht weiterspielt, so hätte er keine Rechte. Haben Sie aber das Gegenteil erklärt (das scheint der Fall gewesen zu sein), so müssen Sie den Gewinnanteil unter Abzug der geschuldeten Beiträge auszahlen. — G. S. 82. 1. Ja. 2. Rein. Wenden Sie sich an die betreffende Genossenschaft oder direkt an das Gewerbeinspektorat. — H. D. 100. 1. u. 2. Ja.

— G. S. R. Richterfeld. Rein, auch mit Zustimmung beider Standesbeamten. — G. S. R. Eine Klage wäre leider aussichtslos. Ein gefhlich durchzuführender Anspruch steht nach Ihrer Darlegung Ihrer Tochter nicht zu. — H. D. 200. 1. und 2. Wenden Sie sich an Genossen Simonowitsch, Engel-Aler 15. 3. Leider ja. — G. S. 138. Soweit ersichtlich, steht Ihnen nach für 26 Wochen die Hälfte des Krankengeldes zu. — Dringend 23. In diesem Falle könnte auch für den April Steuer erfordert werden. — H. G. 38. Ja: Sie können durch ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament die Frau aber auf das Pflichtteil setzen. — H. M. 6. Die Steuer wäre auf 30 M. nach Ihrer Darstellung herabzusetzen sein. In Betracht kommt § 19 des Einkommensteuergesetzes, nach dem bei dem Vorhandensein von fünf Kindern unter 14 Jahren eine Ermäßigung um zwei Stufen stattfindet. Außerdem müssen Sie bei der Reklamation z. B. Aufwand für Arbeitsgeräte und dergl. mit etwa 30 M., Fahrkartengelder usw. in Rechnung bringen. — Haus. In Ihrem Falle erbt die Mutter die Hälfte, die beiden Söhne die andere Hälfte. — Vorland 1908. 1. Bis mindestens zum Jahre 1909 wäre ein Nachbieten möglich. Sonst steht der Rckfuhr nicht im Wege. 2. a) nein, b) durch Weiterzahlung. — Treptow 100. Beide Frauen sind zu befragen. — W. R., Charlottenburg. 1. Strafbare liegt nicht vor. 2. Ohne Kenntnis der Klage nicht zu beantworten. 3. Das ist möglich, die Staatsanwaltschaft hat darüber zu entscheiden. — W. R. 21. Rein.

Künstlicher Marktbericht der südlichen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. Gefgeln: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft mig, Preise wenig verändert. Butter und Eise: Geschäft ruhig, Preise in Butter nachgebend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft rege, Preise behauptet.

Witterungsbericht vom 20. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Barometrischer Stand	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Essen	766	SW	1	16	Darmstadt	765	SW	1	9
Darmstadt	768	SW	2	16	Berlin	769	SW	2	8
Berlin	767	SW	2	16	Saarlouis	771	SW	3	11
Krefeld	768	SW	1	17	Ulm	768	SW	2	11
München	768	SW	4	17	Wetzlar	769	SW	2	15
Wien	768	SW	1	18					

Witterungsprognose für Donnerstag, den 21. Mai 1908. Etwas khler, vielfach wolfig mit Gewitterregen und meist schwachen Winden aus wechselnder Richtung.

Berliner Witterungsbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 19. 5.	am 18. 5.	Wasserstand	am 19. 5.	am 18. 5.
Remel, Tft	216	+24	Saal, Groschl.	142	-13
Bregel, Jnkerburg	221	+7	Hebel, Spanbau	112	-1
Beichel, Thon	252	-25	Rathenow	159	0
Oder, Rathor	173	-14	Spree, Spremberg	98	-2
• Krossen	253	-13	Weser, Bocklos	140	-1
• Frankfurt	262	-10	Weser, Minden	20	-25
• Warthe, Schrimm	196	0	• Rhein, Karlsruh	108	-10
• Landsberg	121	+2	• Rhein, Rheinfelden	351	-11
• Nee, Vorbanum	57	+1	• Rhein, Köln	401	-25
• Elbe, Ltmeritz	43	+1	• Oder, Dellbronn	97	-13
• Dresden	-61	-12	• Rain, Bocklos	151	-9
• Barmb.	249	-15	• Wosel, Trier	122	-13
• Magdeburg	217	-10			

) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Wahlrechtsliteratur.

Sie empfehlen folgende, den Wahlrechts- und Wahlkampf betreffende Schriften: 246/10*

Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament.

Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908. Mit einem Vorwort. Preis 50 Pf.

Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage.

Aus den Verhandlungen des Deutschen Reichstages vom 22. Januar 1908. Preis 20 Pf.

Der preussische Befreiungskrieg.

Ein Nachwort an die Landtagswahler Preussens. Preis 20 Pf.

Unter dem elendesten aller Wahlsysteme.

Materialien zur Beurteilung der politischen Rechtslosigkeit der Arbeiterklasse in Preussen. Preis 1.50 M.

Die preussischen Landtagswahlen.

Von Dr. Leo Arons. Die gesetzlichen Bestimmungen ne Erläuterungen. Preis 20 Pf.

Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung.

Materialien zur Beurteilung der volkfeindlichen Politik des preussischen Dreiklassenparlamentes. Preis 20 Pf.

Der preussische Volksschulgesetz-Entwurf.

Materialien zu seiner Beurteilung. Preis 20 Pf.

Der Zukunftsstaat der Junker.

Wartenschele gegen die Sozialdemokratie im preuss. Herrenhause am 11. und 13. Mai 1904. Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner. Preis 20 Pf.

Der preussische Landtag.

Handbuch für preussische Landtagswahler. Herausgegeben von P. Hirsch. Preis geb. 4 M.

Die schwere Benachteiligung der volkreichsten Landesteile Preussens bei den Landtagswahlen.

Mit fünf graphischen Tabellen von Prof. R. Siegfried. Eine Quelle reichen statistischen Materials. Preis 1 M.

Expedition des Vorwärts.

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

Bekanntmachung.

Der Verkauf der aus der

Jacques Cohn'schen

Konkursmasse

Müllerstr. 182/183, Ecke Sellerstr.,

erworbenen und anderen Waren

zu noch nie dagewesenen, herabgesetzten Preisen, findet täglich von 9—1 Uhr vorm. und 1/4—9 Uhr nachm. statt. Es sind noch enorme Vorräte vorhanden, die in Kürze geräumt sein müssen, z. B.:

Damen- und Herren-Konfektion

Herren-Artikel

Wäsche- und Leinenwaren

Kurz- und Weiwaren

Kleiderstoffe und Seidenstoffe

Handschuhe

Korsetts

Damen- und Kinderhte

Trikotagen und Strumpfwaren

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefevre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158

Unter- nirgends Filialen!

Gelegenheitskauf!

Bunt Cretonne Ersatz für 300 Deckbett

Similseide in den Farben rot, blau, oliv 15 25 750

Wollatlas 16 75 850

Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350

Wolldecken ganz dick 300 400

Reisedecken (engl.) getigert 6, 8, 10 u.

Pracht-Katalog mit ca. 600 Illust. gratis und franko. *

25 1/2 cm große, doppelseitige beste und billigste dar Welt.

Schallplatten

Mark 1,75. 10 Stück 15 Mark.

O. Arendt, Charlottenburg, Potsdamer Str. 8a. Verzeichnis gratis. En gros. En detail. Export. Versand.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2499L*

Ant 4, 3014.

Rummelsburg.

Am Freitag, den 22. Mai cr.,
abends 8 1/2 Uhr,
finden in nachstehend aufgeführten Sälen
= 4 große =
Landtagswähler-Versammlungen

mit folgender Tages-Ordnung statt:

1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. 2. Diskussion.
3. Aufstellung der Wahlmänner für alle Wahlbezirke.

Referenten sind:

Stadtverordneter Bernhard Bruns, Parteisekretär Fritz Ebert,
Gewerkschaftssekretär Hermann Müller und Karl Gehrmann.

Die Versammlungen finden statt:

Für den an Berlin angrenzenden Ortsteil Boxhagen bis inklusive Gürtelstraße
in **Prachtjälen des Ostens** (großer Saal),
Frankfurter Allee 151/52.
Für den übrigen Teil Boxhagens bis zur Ringbahn
im **Café Bellevue**, Hauptstraße 2.
Für den Ortsteil Rummelsburg, außer dem sogenannten Riez
im Saale der **Ww. Weigel**, Türschmidtstr. 45.
Für den Klotz
im Saale **Gorgas**, Neue Prinz Albert-Str. 30/31.

Das Erscheinen aller Wähler ist dringend erforderlich!
Das Wahlkomitee. J. A.: Otto John, Karlsruher-Str. 1.

Stukkateure!

Heute abend 8 1/2 Uhr bei **Elisner**, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m:
Regelmäßige Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Referat des Genossen **Rehbein** über: „Die Unfallgesetzgebung.“
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches.

Es erwartet zahlreichen Besuch. 173/11
Die Ortsverwaltung des Verbandes der Stukkateure, Hil. Berlin.

Öffentliche politische Versammlung

veranstaltet von der Zeitung „Das Reich“
am Freitag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Reichstagsabgeordneter **Dr. Böhme** spricht über:
„Arbeiter und Schutzzoll.“
Eintritt frei. 21435* Freie Aussprache.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 22. Mai 1908, abends 8 1/2 Uhr, im unteren Saal
der Musterfäule, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m:
Außerordentl. Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben des am 22. Juni in Hamburg stattfindenden 6. Gewerkschaftstages. Referent: Stadtrordneter Genosse Adolf Ritter.
2. Wahl eines Delegierten zum 6. Gewerkschaftstages.
3. Derzeitige Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung ist das Mitgliedsbuch unbedingt mitzubringen, denn es haben nur solche Mitglieder Zutritt und Stimmrecht, die nicht mehr als 4 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind.
Vor dem Eingang des Saales können etwa noch fehlende Marken gelöst werden.
Die Bevollmächtigten. J. A.: E. Rosenthal, Seinemänderstr. 62 II

Jenensia-Räder!

Mod. I
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
3428L* **Phänomen-Räder!**
Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 2810Q*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.
Inuentgeklärter Unterricht, auch in moderner
Kunstnäherlei.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Abgerissen

u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei
unsoren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen
getragene

Monatsgarderobe

in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliereu nur Wochen
gebrauchte

Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 M.
Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.

J. Wand Hauptgeschäft:
Große Frankfurter Str. 116
2. Geschäft: Chausseestr. 89
3. Geschäft: Chausseestr. 86

**Bekanntestes Spezial-Geschäft für
Monatsgarderoben Berlins.**

Herrn-Stoff-Reste

zu Herrenanzügen spottbillig, feinste
Fabrikate, Kammgarne, Chevrolis,
neueste Muster von 4 M. an per
Meter, reine Wolle. 133/11

**Ludwig Engel, Brenzlauer-
straße 23, II. (Meyendorplatz.)**
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ M. 36,00.
Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Wer — Stoff — hat

fertige Herren- ohne Konkurrenz
anzug, 20 M.
2 Kapr., feinste Gut.
Für gut. Sie bekam gold. Medaille.

**Ludwig Engel, Brenzlauer-
straße 23, II. (Meyendorplatz.)**
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ M. 36,00.
Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus
1a Stoffen, Monats- und nicht
abgeholte Sachen staunend billig.
Wahlschneider Hof, Brunnenstraße 3,
eine Treppe, am Rotenbühlertor. *

Teppiche mit farbigen Bildern. Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
dortere. kein Laden. Rauerhoff,
Bismarckstraße 6 Prozent Rabatt. *127

**Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, dortere. kein Laden.**
Rauerhoff. *27

Steppdecken billig. Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, dortere. *27

Bederbetten. Stand 11,00, große
16,00, Wandbette, Küstnerplatz 7,
Tischdecken spottbillig. *328*

Wandbettehaus, Küstnerplatz 7,
am Grünlichen. Verkaufener Wand-
bette, spottbillig. Gardinenver-
kauf, Portierenverkauf, Tischdecken-
verkauf, Goldarbeiten, Silberarbeiten
passende Einsegnungsgeschenke. *331*

Teppiche mit farbigen Bildern spott-
billig. Bismarckstraße 6 Prozent Er-
rabatt. Thomas, Driantenstraße 100,
Driantenplatz. *798*

Teppiche! (Jederhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brünn, Dofelcher
Markt 4, Bahnhofs Börs. *294/11*

Bekanntmachung! Spottbilligste
Einkaufsquelle! Für Arm und Reich!
Verkauf! Ingehend! sowie auswärtige
Käufer! finden die reichhaltigste
Warenauswahl zu erproblichen Ver-
kaufspreisen im Wandbettehaus Ver-
kaufslager 6. Straßenseite des hof-
lichen Sommerpaletots! Herrenanzüge!
Herrenhosen! Bettdecken! Kieles-
auswahl! Brautbetten! Vermietungs-
bett! Bettwäsche, Tischdecken! Gardi-
nenverkauf! Teppichverkauf! Blüsch-
tischdecken! Steppdecken! Wand-
bette! Kissen! Kissen! Kissen!
Schmuckladen! Belohnt wird der
meiste Weg! Durch erproblichen
Einkauf! Im Wandbettehaus Ver-
kaufslager 6. Straßenseite
geöffnet! *103*

Abfall und fehlerhafte Teppiche
3,25, 5,85, 6,65, 8,25, 9,85 usw. Große
Frankfurterstraße 125, E. Weihenbergs
Teppichhaus. *803*

Angewandte und zurückgesetzte
Gardinen mit 15 Prozent Rabatt. *

Tischbettecken 1,95, 2,35, 2,85,
3,65, 4,50 usw. Große Frankfurter-
straße 125. *805*

Steppdecken in allen Farben, 3,85,
4,85, 6,25, 7,85 usw. *806*

Blüsch- und Tischbettecken mit
kleinen Tischdecken 1,65, 1,95, 2,65,
3,50, 4,85 usw. E. Weihenbergs
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125. *807*

Steppdecken spottbillig, Fabrik
Große Frankfurterstraße 60. *2939*

Wandbettehaus Schönhauser
Allee 110. Spottbilligster Verkauf ver-
fallener Wandbette, Herrengarderobe,
Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmuck-
sachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

**Kinderwagen, Sportwagen, großer
Koffen** zurückgesetzter, gebrauchter,
raumungshalber sofort zu jedem
Preis. Andreasstraße 53. *808*

Teppiche, 500 Prachtstücke, dar-
unter wunderbare Zimmerteppiche
14.—, prächtige Salonteppiche 20.—,
schwere Saalteppiche mit kleinen
Flecken und älteren Mustern für
jeden annehmbaren Preis. Kulkons-
annahme Grüner Weg 3. *7608*

Teppichecken, Similtische 5,85 Mark,
Bismarckstraße 6 Prozent Er-
rabatt. Thomas, Driantenstraße 100, Drianten-
platz. *7998*

Waschmaschine!!! Inwendig-
locher! 3,00, Ertragreiche Wasch-
locher! 2,00, Gasbrennapparat, Gas-
brennapparat spottbillig! Gasbrennapparat
Gasbrennapparat! 9,00. Wöhler,
Ballnertheaterstraße 32. *809*

**Metallbetten, Kinderbettecke,
Kinderwagen, hochmoderne Mutter,
spottbillig** Küstnerplatz 7 III. *129/19*

Herberzähige Herrenanzüge
Herrenanzüge, nur bestes hochfeinestes
Einzelat, ausverkauft! Angereicherter
Zusatz zu Ungroßpreisen. Grobne
Geldsparris. Verkauf bis 2. Sonntag,
tag 12—2. Neue Friedrichstr. 37, III.

**Milchverarbeitungsapparate, Käbel,
Kannen, Flaschen, gezeigte** Was-
schgöle. Otto Lindner, Gartenstr. 90.

**Mehr als 1000 Personen, Herren,
die bisher nur Rohanzüge trugen,
haben schon bei Schöninger, Lur-
straße 58, fertige Anzüge gekauft und
hinfüher sehr zufrieden. Allerdings
kaufen diese Herren nicht 20 Mark-
Anzüge, sondern solche von 36—60 Mark!**

**Metallbetten, Kinderbettecke,
Kinderwagen, Sportwagen, ge-
brauchte, zurückgesetzte. Schreiber,
Krausenstraße 172 (Dennert-
straße). *638***

**Konvertierbare, Stores, Gardinen,
Schere, Tischbettecken** verkauft unter
Preis wegen Erblassensregulierung
und Auflösung Grüner Weg 80,
dortere. *688*

**1000 neue Nähmaschinen, Lang-
schiff, hochartig, prima Qualität,
geben auf Abzahlung ohne Anzahlung.
Drei Jahre reelle Garantie. Beil-
mann, Gollnowstraße 26, nahe der
Landsbergerstraße. Alle Maschinen
nehme in Zahlung. *7933***

Wasserkantomat billig verkauft
Brangelstraße 108, Restaurant. *711

Geschäftsverkäufe.
**Wirtschaftlich, gutgehend, billig,
verkauft** Oberhönnecke, Westend-
straße 7. *824*

Wirtschaftlich, gutgehendes, so-
fort billig zu verkaufen. Expedition
Petersonsplatz. *154

Wirtschaftlich, gutgehendes preiswert zu
verkaufen Leichterstraße 48a. *2163*

Schankgeschäft wegen Todesfall
sofort zu verkaufen. April 27 habe,
ab Juni 1. an. Zu erfagen Pringen-
Allee 44, Restaurant Hof. *64

Reparatur, Unterhaltung erster
Brenner gefordert, billige Preise,
30—40 Mark Tageslohn, wegen zu
großer Kinderzahl. Nur treue Adressen
erhalten A. W., Postamt 47. *2165*

**Restaurant, Sals, Garten, Regel-
bahnen, gegenüber Friedhöfe,**
Inventarpreis abzugeben Hermann-
straße 170. *104

Reparatur billig verkauft,
schöne Räume, Bahnhöfen geeignet,
Duffenstraße 2. *774

Restaurant, sofort, Inventarpreis,
zu verkaufen wegen Todesfall Fähr-
straße 2. *21725

Obst, Kolonialwaren Geschäft mit
Kolle billig zu verkaufen Amster-
damerstraße 24. *782

Möbel.

Teilzahlung. Möbelleinrichtung,
Stuhl und Küche, Anzahlung 15 Mark an.
Eingeliegt Möbelstücke 3 Mark an.
Verleihen gemietete Möbel spottbillig.
„Seulina“, Kallanien-Allee 49.

**Möbel, E. Frau, Oneienau-
straße 10, billige und beste** Bezugs-
quelle. Kalla und Teilzahlung. *

Möbelleinrichtung liefert gebiegene
Wohnungseinrichtungen äußerst billig
Bunte Küchen. Auch Katenzahlung.
Rein Laden. Darnack, Kühlenmeister,
Dresdenerstraße 124, nahe Rottbuler
Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Möbelleinrichtung „Worden“, Tische,
Küchengeräte 120 (Gartenplatz), Büfale:
Sonnabendstraße 118 (Stettinerbahn),
Speicher. — Kielesauswahl bürger-
licher Wohnungs-Einrichtungen von
200 bis 3000 Mark. — Gelegenheits-
käufe gebrauchter wie neuer Möbel,
spottbillig, Ausbesserung und Liefe-
rung, frei. *2148*

Billige Möbel aus Verleierungen,
Aufstellungen, Schränke, Vertikals 27,—,
Bettstellen 25,—, Tischchen 45,—,
hochlegante Salongarnituren, Büfale,
Truemeis 33,—, Bücherregale 38,—,
Schreibtische, Verzugtische, Lederhühle,
Küchenschel, Lederhühle, bunte Küchen,
Kronen, Delgemäbe, tolleste Aus-
wahl billiger Wirtschaften, seltene Ge-
legenheitskäufe — kompletter Speis-
zimmer, Herrenzimmer, Salons,
Schlafzimmer, Küchen, Kerneret,
Lehrstuhlgänge 55. *6578*

Konkurrenzlos! Im Möbellein-
haus Köpenickerstraße 20, an der
Köpenicker Brücke, haben viele Woh-
nungseinrichtungen von 150 Mark an
sowie einzelne Möbelleinrichtungen zum
kleinsten Verkauf aus. Außerdem
verleihen gemietete Möbel mit unterem
Wert, darunter Kleiderständer 24,—,
Bettstelle 27,—, Ausziehtisch 15,—,
Bettstellen mit Matratze 19,—, Wascht-
toiletten 20,—, elegante Tischchen 44,—,
Büfale 100,—, englische Bett-
stellen mit Matratze und Kissen 39,—,
Herrenschreibtisch 23,—, moderne
Küchen in allen Farben und von
40,— an. Lagerung, Transport frei.
Sonntags geöffnet. *1904*

Möbelleinrichtung. Im Anhalter
Bahnhof Köpenickerstraße 25, An-
halter Innenbahnhof, direkt Hochbahn-
station Köpenickerbrücke, haben ver-
schieden Einrichtungen zum Verkauf.
Darunter befinden sich hochmoderne
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herren-
zimmer, auch einzelne Salongarni-
turen, Paneele, Büfale, Kissen, An-
kleidehülle, Ruhbaumhülle, Bronze-
skulpturen, Delgemäbe, Schreib-
tische, Küchengeräte mit praktischer
Dinwand 22,50, wunderhübsche Sä-
lenlumens 30,00, hochlegante
Salontische, schon 14,00 bis zu
allergrößten Saalteppichen, aller-
liebste Zimmerteppiche 8,00, reich-
gehaltene Lebergardinen, Spachtelwerk,
Tischgarnituren, Steppdecken, Salon-
bilder, Standuhren, praktische Blüsch-
tischdecken 5,00, verschiedene Gelegen-
heiten, Uebernahme vollständiger
Warenlager, Wirtschaften, Kontur-
massen, Nachlässe zum kleinen Ver-
kauf und Versteigerung. Otto Wibel
Kalkons- und Möbelleinrichtung, Köpeni-
ckerstraße 25, Köpenicker Transport-
Lagerung. *7618*

Verkaufe einige Möbellein-
richtung, Büfale, Säulentrumeis,
Bänke, Kleiderständer, Vertikals,
Gardinen, Portieren, zwei englische
Bettstellen, Ankleidehülle, Schaf-
elounge, Lederhühle, alles in bestem
Zustande. Frau E. Wöhler, Chausse-
straße 52, Hureingang, 2 Treppen.

Für Fremde und Verlobte günstige
Kaufgelegenheit! Im Ausbesserungs-
geschäft kommen täglich verschiedene
Einrichtungen und einzelne Möbellein-
richtung zum billigen Verkauf! Jirka
50 Küstnerplatz zur Ansicht, ohne
Kaufmann! Einrichtungen 150, 225,
300, 450, 600—1500 Mark! Büfale,
Büfale, Säulentrumeis, Aus-
ziehtische, Ankleidehülle, Vertikals,
Garnituren, Vertikals, tiefe Kleider-
hülle, komplette Küche, moderne
Möbel am Lager: Speisezimmer,
Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer,
Standuhren, Gardinen! Verkauf
mindestens 30 Prozent billiger als
die meisten Möbelleinrichtung! Leichter-
straße 26, Schönhauser Tor, Hof im
Speicher. *21675*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad
wie neu, 45,00. Holz, Blumen-
straße 36b. *2128*

**Fahrräder, Grammophon, Teil-
zahlungen, ohne Anzahlung, Leih-
zinsfreie 40. *6748***

500 gebrauchte Fahrräder wegen
Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—,
20,—, 25,—. Sämtliche Marken und
Systeme, Brennabboräder, Dürkop-
ferräder, Epellfahrräder, Wanderer-
fahrräder, Büfale, Gelegenheits-
für Händler, Wandbette. Nachm.
Leichterstraße 14.

**Fahrräder, Teilzahlungen, An-
zahlstrafe 20 Mark, Leihzinsfrei 40. *8206***

**Fahrräder, Nationalräder, Dual-
lismark, billig, Bequeme Teil-
zahlung, Hauptverteilung Druda,
Köpenickerstr. 19.**

Geschäftsbrenner, äußerst stabil,
50,00, Holz, Blumenstraße 36b. *

**Brennabboräder, Teilzahlungen,
ohne Anzahlung, Deutsche, Danziger-
straße 95. *7158***

**Herrenfahrrad, modern, spott-
billig** sofort verkauflich Büfale, Leih-
zinsfrei, 25,00, Köpenickerstr. 25, III
links. *764

**Herrenfahrrad, Kielesauswahl,
nagelneue Garantieräder 45,00, 60,00,
Aufschläuche 2,00, Laufdecken 2,50,
Werkzeug, Rittstr. 94. *254/20***

**Damenfahrrad, nagelneues, so-
fort, Spottpreis, Egerstraße 25 III
links. *764**

Verschiedenes.

**Notenanwalt Bessel, Köpeni-
ckerstraße 94a. *2558***

Verst die Mutter Sprache beherrschend!
Erfolgreich, leicht lesbaren Unterricht
in Wort und Schrift der deutschen
Sprache erteilt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewissenhafter Privatlehrer. Die
Erlernkosten eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt Ge-
schäftliche Angebote sind unter G. 4 an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunstkopiererei von Frau Kofelke,
Schlachterstr. 8, III.

Handelsschule Wobbit, Ge-
wissenhafte Ausbildung, Radrodri,
Lurstraße 85, Arminiusplatz 138/10

Gehrentklärung. Nehme hiermit
die gegenwärtige Lohn und nicht Frau
ausgehende Bezahlung zurück und
erkläre dieselben für anständige Leute.
Kielesauswahl, Langenbettestraße 3. *754

Wohnung von Frau Kofelke,
Schlachterstr. 8, III.

600 Mark (sicht junger Geschäftsmann
aus Privatbank gegen monatlich
6 Prozent. Offerten „S“ Expedi-
tion Köpenickerstr. 88. *774

Vermietungen.

Zimmer.

Kleines Zimmer an soliden Schlaf-
herren zu vermieten, Köpeni-
ckerstraße 25 II, Wagner. *21606

Kleines Zimmer als Leihnehmer
müßiger Zimmer gesucht zum
1. Juni Kielesauswahlstr. 35, vorn I.
links. *21686

Müßiger Zimmer, separ.,
15 Mark, Köpenickerstr. 41,
dortere. *21716

Schlafstellen.

Schlafstelle für 2 Herren ver-
mietet Schul, Petersburgerstraße 9,
Quergebäude I. *754

Schlafstelle Herrn vermietet
Jüngling, Kleine Köpenickerstraße 15.

Müßiger Schlafstelle billig,
praktische Parkausfahrt, Köpeni-
ckerstr. 17, Junler.

Schlafstelle, Lindenstraße 60/61, Dof rechts IV, Erdmannstr. *21606

Schlafstelle zwei Herren, Garten-
ausfahrt, Rheindorferstraße 7, Hage-
mann. *774

Freundliche Schlafstelle vermietet
Frau Schul, Friedelstraße 44a. *104

Schlafstelle an Herrn vermietet
Eismann, Dofenstraße 21. *104

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht 1. Juni ein-
fachen, möbliertes Zimmer, Nähe
Köpenicker Tor, Preis 18,00—20,00
inklusive. Offerten „M. 26“, Post-
amt 54. *749

Suche möbliertes Schlafstelle, allein
(Zimmer), 1. Juni. Offerten unter
„100“ Expedition Köpenickerstr. 88. *774

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Schuhmacher bittet um
Arbeit. Stelle werden abgeholt und
zurückgegeben. U. Wäber, Rind-
straße 27. *14688

Stellenangebote.

Korbmacher, tüchtige Bestel-
larbeiter, verlangt Fechner, Starn-
bergerstraße 8. *742

Arbeiter auf Gummiempel ge-
sucht. Offerten D. 3 Expedition dieses
Blattes. *21616*

Grantschleifer, Stunde je nach
Pfennig, Köpenickerstr. 33. *774

Zum Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streit und Differenzen sind
geplant:

**Für Tischler und Maschinen-
arbeiter:**
Wirtschaftlicher Raab, Uedom-
straße,
für Tischler, Maschinenarbeiter,
Mechaniker u. Schlosser
Pianofabrikfabrik Schütze
u. Freund in Neu-Vichtenberg,
für Vergolder, Barbiermacher,
Foder und Schreier:
Zander, Schönberger Str. 27,
Goldschmiedfabrik **Welfer**,
Vichtenberg Straße 5,
für Bodenleger:
**Norddeutsche Fußbodenfabrik in
Hannover.**

Achtung, Korbmacher! Wegen
Lohnzahlung auf Köpenickerstr. (Drill-
linge) sind in Grimma Differenzen
ausgebrochen. Zugang ist ferngehalten.
Die Ortsverwaltung Berlin